



LANDKREIS
LUDWIGSBURG

Beteiligungen des Landkreises

Bericht 2024



Beteiligungsmanagement



Beteiligungsbericht 2024 des Landkreises Ludwigsburg

**Ausgearbeitet auf der Grundlage
der Prüfungs- und Geschäftsberichte**

Herausgeber: Stabsstelle VI-S
– Beteiligungsverwaltung –

Beteiligungsverwaltung: Michael Jakob
Marcus Wägele

Kontaktadresse: Stabsstelle VI-S
– Beteiligungsverwaltung –
Landratsamt Ludwigsburg
Hindenburgstraße 40
71638 Ludwigsburg

Tel: 07141 / 144-43710

E-Mail: Marcus.Waegle@landkreis-ludwigsburg.de



Titelblatt

Bildquellen

AVL (Andreas Dalferth)

Fotolia.com (creyx)

Fotolia.com (satyrenko)



Vorwort zum Beteiligungsbericht 2024 des Landkreises Ludwigsburg

Eine Vielzahl öffentlicher Aufgaben wird außerhalb der Kernverwaltung des Landkreises Ludwigsburg durch privatwirtschaftliche Unternehmen, Zweckverbände und weitere Gesellschaften des öffentlichen Rechts erbracht. In Form von Beteiligungen in den unterschiedlichsten Organisationsformen werden diese ausgelagerten öffentlichen Aufgaben des Landkreises erfüllt.

Der jährliche Beteiligungsbericht informiert alle Gremien und interessierten Einwohnerinnen und Einwohner des Landkreises Ludwigsburg über die wichtigsten Beteiligungsunternehmen. Trotz einer Ausgliederung der Aufgabenwahrnehmung aus der Kernverwaltung, bleibt die Verantwortung des Landkreises für die Aufgabenerfüllung und die damit verbundene Finanzverantwortung bestehen. Neben der Darstellung der wirtschaftlichen Tätigkeit und Entwicklung der einzelnen genannten Unternehmen wird hier eine detaillierte Basis für die Gesamtbewertung dieser ausgelagerten Aufgaben geboten.

Vorwiegend erfolgt die Beteiligung unmittelbar oder mittelbar mit mehr als 50 % an den jeweiligen Unternehmen. Aus Gründen der Vollständigkeit sind auch weitere wesentliche Beteiligungen des Landkreises aufgeführt, die diese Kriterien nicht erfüllen.

Zu den unmittelbaren Mehrheitsbeteiligungen zählen:

- Abfallverwertungsgesellschaft des Landkreises Ludwigsburg mbH
- ILS gGmbH (Integrierte Leitstelle Landkreis Ludwigsburg)
- RKH Regionale Kliniken Holding und Services GmbH
- RKH Kliniken Ludwigsburg-Bietigheim gGmbH

Als mittelbare Beteiligungen und Kleinbeteiligungen sind insbesondere zu nennen:

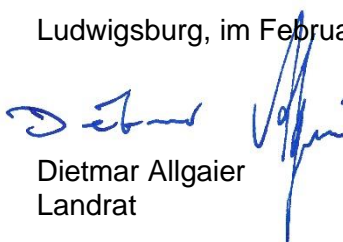
- Hamberg Deponie-Gesellschaft mbH
- RKH Klinikenservice und Gastronomie GmbH
- RKH Orthopädische Klinik Markgröningen gGmbH
- RKH MVZ Klinikum Ludwigsburg gGmbH (Medizinisches Versorgungszentrum)
- Kleeblatt Pflegeheime gGmbH
- Verkehrs- und Tarifverbund Stuttgart GmbH
- Komm.ONE AöR
- ORTEMA GmbH.

Ergänzend zu den Beteiligungen werden auch die Mitgliedschaften des Landkreises Ludwigsburg am Zweckverband Strohäubahn, Zweckverband Kreisbreitband, Zweckverband Stadtbahn im Landkreis Ludwigsburg und am Zweckverband Helene-Lange Gymnasium Markgröningen in diesen Bericht aufgenommen. Darüber hinaus sind die Stiftung Schullandheim Strümpfelbrunn, die Stiftung Burg Lichtenberg Oberstenfeld und der Landschaftserhaltungsverband Landkreis Ludwigsburg e.V. in diesem Bericht enthalten.

Die Grundlage für diesen Bericht sind die festgestellten Jahresabschlüsse und die Geschäfts- und Prüfberichte für das Geschäftsjahr 2024. Die Darstellung der einzelnen Unternehmen im Beteiligungsbericht erfolgt mindestens nach den gesetzlichen Bestimmungen der Gemeindeordnung Baden-Württemberg.

Ich danke den Geschäftsführungen, Aufsichtsgremien und den Mitarbeitenden in den Unternehmen, Zweckverbänden, Stiftungen und dem Verein für ihren engagierten Einsatz bei der Erstellung dieses Beteiligungsberichts 2024.

Ludwigsburg, im Februar 2026



Dietmar Allgaier
Landrat



Inhaltsverzeichnis

	Seite
I. Informationen zum Beteiligungsbericht 2024	5
II. Übersicht der Beteiligungen des Landkreises.....	8
III. Beteiligungsdaten auf einem Blick.....	9
IV. Darstellung der einzelnen Beteiligungsgesellschaften.....	11
1. Abfallverwertungsgesellschaft des Landkreises Ludwigsburg mbH	11
2. Hamberg Deponie-Gesellschaft mbH	23
3. RKH Regionale Kliniken Holding und Services GmbH	31
4. RKH Kliniken Ludwigsburg-Bietigheim gGmbH.....	43
5. RKH Orthopädische Klinik Markgröningen gGmbH.....	61
6. ORTEMA GmbH	77
7. RKH Klinikenservice und Gastronomie GmbH	90
8. RKH MVZ Klinikum Ludwigsburg gGmbH	96
9. RKH MVZ Orthopädische Klinik Markgröningen gGmbH.....	103
10. RKH Privatkliniken GmbH	109
11. ILS gGmbH (Integrierte Leitstelle Landkreis Ludwigsburg)	113
12. Kleeblatt Pflegeheime gGmbH.....	116
13. Verkehrs- und Tarifverbund Stuttgart GmbH.....	119
14. Komm.ONE AöR / Zweckverband 4 IT	123
V. Mitgliedschaften in Zweckverbänden.....	126
1. Zweckverband Strohgäubahn.....	126
2. Zweckverband Kreisbreitband Ludwigsburg.....	131
3. Zweckverband Stadtbahn im Landkreis Ludwigsburg.....	135
4. Zweckverband Helene-Lange-Gymnasium Markgröningen.....	139
VII. Weitere Gesellschaften / Beteiligungen	142
1. Stiftung Schullandheim Strümpfelbrunn	142
2. Stiftung Burg Lichtenberg Oberstenfeld.....	145
3. Landschaftserhaltungsverband Landkreis Ludwigsburg e.V.....	147



I. Informationen zum Beteiligungsbericht 2024

1. Gesetzliche Grundlagen

1.1 Ausgliederung kommunaler Aufgaben

Der Landkreis Ludwigsburg ist an mehreren Unternehmen, die in privater oder öffentlich-rechtlicher Rechtsform geführt werden, beteiligt. Diese Unternehmen erfüllen kommunale Aufgaben für den Landkreis.

Mit der Errichtung von Beteiligungsgesellschaften zur Erfüllung von kommunalen Aufgaben wird zwar die Aufgabenwahrnehmung aus der Verwaltung ausgegliedert, die Aufgaben selbst verbleiben aber beim Landkreis. Aus dieser fortbestehenden Aufgaben- und damit auch Finanzverantwortung des Landkreises folgt eine Steuerungs- und Überwachungspflicht bei den Beteiligungsgesellschaften.

Der Beteiligungsbericht wurde zum Stichtag 31.12.2024 erstellt. Bezugsgrößen sind die Jahresabschlüsse, Geschäfts- und Prüfungsberichte des Geschäftsjahres 2024.

1.2 Inhalte des Beteiligungsberichts

Gemäß § 48 Landkreisordnung (LKrO) i. V. m. § 105 Abs. 2 Gemeindeordnung (GemO) hat der Landkreis zur Information des Kreistages und der Einwohner jährlich einen Bericht über die Unternehmen in einer Rechtsform des privaten Rechts, an denen der Landkreis unmittelbar oder mit mehr als 50% mittelbar beteiligt ist, zu erstellen.

Im Beteiligungsbericht wird für den Kreistag und die Öffentlichkeit dargestellt, welche öffentlichen Aufgaben die Unternehmen im vergangenen Jahr erfüllt haben und wie die wirtschaftliche Entwicklung der Unternehmen verlief.

Nachfolgend sind die Mindestinhalte des Beteiligungsberichts aufgeführt.

- **Gegenstand des Unternehmens**
Hierunter versteht man den Bereich und die Art der Betätigung des Unternehmens, welche zur Erreichung des Gesellschaftszwecks im Gesellschaftsvertrag oder in der Satzung vereinbart wurden.
- **Beteiligungsverhältnisse am Unternehmen**
Bei diesem Punkt werden die Gesellschafter des Unternehmens und die Verteilung der Geschäftsanteile auf die Gesellschafter aufgeführt.
- **Beteiligungen des Unternehmens**
Hier sollen diejenigen Beteiligungen aufgezeigt werden, die das betreffende Unternehmen selbst an anderen Unternehmen hält.



▪ **Besetzung der Organe**

Die Besetzung der Organe ist vor dem Hintergrund der Kontrolle durch die Gebietskörperschaft wichtig. Hier wird aufgezeigt, wie der Landkreis in der Gesellschaftsversammlung sowie ggf. im Aufsichtsrat und in der Geschäftsführung vertreten ist.

▪ **Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks**

Hier wird insbesondere darauf eingegangen, wie das Unternehmen den im Gesellschaftsvertrag oder in der Satzung festgelegten öffentlichen Zweck durch seine Geschäftstätigkeit verfolgt.

▪ **Das letzte Geschäftsjahr**

Für das jeweilige letzte Geschäftsjahr sind die Grundzüge des Geschäftsverlaufs, die Lage des Unternehmens, die Kapitalzuführungen und -entnahmen durch den Landkreis, die durchschnittliche Anzahl der beschäftigten Arbeitnehmer getrennt nach Gruppen und die wichtigsten Kennzahlen der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage darzustellen. Darüber hinaus sind die gewährten Gesamtbezüge der Mitglieder der Geschäftsführung und des Aufsichtsrats ebenso aufzuführen (hierbei ist jedoch gemäß § 105 Abs. 2 Nr. 3 GemO der § 286 Abs. 4 HGB anwendbar, wonach auf die Angabe der Gesamtbezüge verzichtet werden kann, wenn sich anhand dieser Angaben die Bezüge eines Mitglieds des jeweiligen Organs feststellen lassen).

Ist der Landkreis Ludwigsburg **unmittelbar mit weniger als 25%** an einem Unternehmen beteiligt, kann sich die Darstellung nach § 105 Abs. 2 Satz 3 auf den Gegenstand des Unternehmens, die Beteiligungsverhältnisse und den Stand der Erfüllung beschränken.

Die Inhalte der jeweiligen Berichte zu den Beteiligungsunternehmen orientieren sich an den genannten Pflichtinhalten. Bezugsgröße für die einzelnen Berichte sind die dazugehörigen Jahresabschlüsse, sowie die Geschäfts- und Prüfungsberichte. Teilweise wurde jedoch aus Gründen der besseren Verständlichkeit sowie der Erhöhung des Informationsgehalts von der obenstehenden Untergliederung abgewichen.

Da in den Beteiligungsbericht gemäß § 105 Abs. 2 GemO nur Beteiligungen an Unternehmen in der Rechtsform des privaten Rechts aufgenommen werden müssen, sind Beteiligungen an Zweckverbänden nicht zwingend im Beteiligungsbericht aufzuführen. Aus Gründen der Transparenz und Vollständigkeit sind die bedeutendsten Mitgliedschaften des Landkreises Ludwigsburg bei Zweckverbänden ebenfalls im Beteiligungsbericht mit aufgeführt.



2. Erläuterungen der verwendeten Kennzahlen

Im Beteiligungsbericht ist die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaften anhand der nachfolgenden Finanzkennzahlen analysiert:

- Eigenkapitalquote
in % $= \frac{\text{Eigenkapital}}{\text{Bilanzsumme}} \times 100$

Das Eigenkapital setzt sich aus dem Grundkapital (gezeichnetem Kapital), den offen angesammelten Rücklagen, dem Gewinnvortrag aus dem Vorjahr, dem Jahresüberschuss und der Hälfte der langfristigen Rückstellungen (in der Regel für Pensionsverpflichtungen) zusammen.

Die Eigenkapitalquote stellt den Anteil des Eigenkapitals an der Bilanzsumme des Unternehmens dar.

- Anlagendeckung I
in % $= \frac{\text{Eigenkapital}}{\text{Anlagevermögen}} \times 100$

Anlagendeckung II
in % $= \frac{\text{Eigenkapital} + \text{langfristiges Fremdkapital}}{\text{Anlagevermögen}} \times 100$

Die Anlagendeckung sagt aus, in welchem Umfang das Anlagevermögen (im Wesentlichen Grundstücke, Gebäude, Maschinen, langfristige Forderungen und Beteiligungen) durch Eigenkapital und durch langfristiges Kapital (Eigenkapital und langfristiges Fremdkapital) finanziert ist.

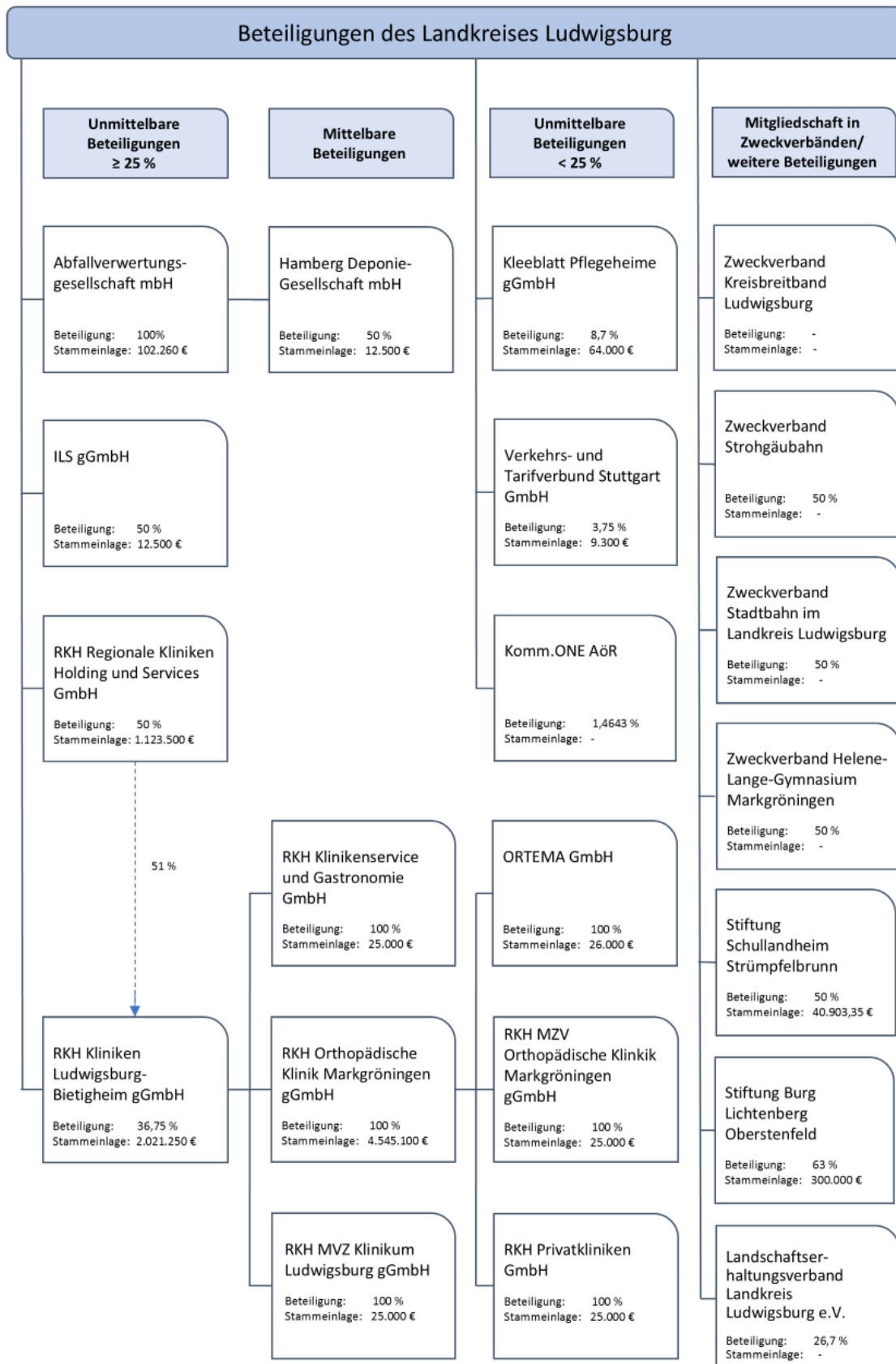
- Liquiditätsgrad
in % $= \frac{\text{Flüssige Mittel} + \text{Kurzfristige Forderungen}}{\text{Kurzfristiges Fremdkapital}} \times 100$

Als Liquidität wird die Fähigkeit eines Unternehmens bezeichnet, fällige Zahlungen termingerecht zu leisten.

Der Liquiditätsgrad zeigt, in welchem Prozentsatz kurzfristige Verbindlichkeiten durch liquide Mittel und kurzfristige Forderungen abgedeckt sind.



II. Übersicht der Beteiligungen des Landkreises





III. Beteiligungsdaten auf einem Blick

Beteiligungen des Landkreises	Bilanzsumme		Anlagevermögen		Eigenkapital		Verbindlichkeiten		Jahresergebnis		Mitarbeiterzahl	
	2024	2023	2024	2023	2024	2023	2024	2023	2024	2023	2024	2023
Unmittelbare und mittelbare Beteiligungen												
1. Abfallverwertungsgesellschaft des Landkreises Ludwigsburg GmbH	80.827.582,57 €	69.663.411,46 €	13.481.343,04 €	13.431.675,68 €	17.191.329,24 €	15.303.874,27 €	9.766.992,16 €	7.058.597,58 €	1.887.454,97 €	5.210.760,40 €	184,25	176
2. Hamberg Deponie-Gesellschaft mbH	9.645.179,47 €	9.427.214,90 €	2.219.977,49 €	3.285.086,86 €	1.621.071,68 €	1.151.577,20 €	178.041,08 €	436.117,94 €	469.494,48 €	726.773,89 €	4,5	4,5
3. RKH Regionale Kliniken Holding und Services GmbH	13.775.260,28 €	11.909.118,27 €	7.015.873,00 €	7.037.202,00 €	5.925.488,72 €	6.208.125,37 €	6.548.771,56 €	4.615.992,90 €	-282.636,65 €	86.248,94 €	236	212
4. RKH Kliniken Ludwigsburg-Bietenheim gGmbH	668.681.591,88 €	633.568.451,75 €	260.066.993,10 €	268.204.362,84 €	25.683.038,87 €	25.649.028,87 €	433.361.773,35 €	391.578.392,33 €	-48.342.909,72 €	-24.409.882,20 €	4295	4216
5. RKH Orthopädische Klinik Markgröningen gGmbH	81.744.973,76 €	83.101.265,84 €	52.451.791,34 €	55.141.315,32 €	9.309.598,73 €	9.963.265,99 €	52.355.526,88 €	53.707.719,85 €	-653.667,26 €	1.212.453,20 €	787	720
6. ORTEMA GmbH	5.209.115,80 €	5.116.118,78 €	713.011,26 €	804.672,50 €	2.148.451,01 €	1.844.395,59 €	1.896.042,58 €	2.407.114,52 €	304.055,42 €	239.351,08 €	247	245
7. RKH Klinikenservice und Gastronomie GmbH	3.725.216,01 €	3.733.777,88 €	390.782,00 €	301.941,00 €	1.936.600,60 €	1.691.406,24 €	1.577.115,41 €	1.749.371,44 €	245.194,36 €	77.885,34 €	582	561
8. RKH MVZ Klinikum Ludwigsburg gGmbH	3.119.610,19 €	2.651.841,47 €	61.166,80 €	120.166,76 €	1.478.479,92 €	1.361.685,14 €	1.145.030,27 €	945.156,33 €	221.794,78 €	380.801,39 €	22	25
9. RKH MVZ Orthopädische Klinik Markgröningen gGmbH	1.287.810,68 €	1.228.655,20 €	403.212,00 €	466.487,00 €	534.618,50 €	534.618,50 €	698.192,18 €	651.036,70 €	0,00 €	0,00 €	13	12
10. RKH Privatkliniken GmbH	1.293.847,39 €	55.507,58 €	0,00 €	0,00 €	103.650,65 €	50.507,58 €	1.171.996,74 €	0,00 €	53.143,07 €	-3.542,00 €	0	0
11. ILS gGmbH	4.995.595,50 €	4.808.201,17 €	1.513.803,00 €	1.772.559,00 €	2.785.925,71 €	3.050.653,39 €	401.711,57 €	168.087,47 €	135.272,38 €	170.488,08 €	35	30
12. Kleeblatt Pflegeheime GmbH	58.206.585,44 €	60.401.955,71 €	47.514.960,71 €	49.167.744,54 €	22.000.832,09 €	21.827.713,80 €	9.308.668,89 €	10.616.762,06 €	173.118,29 €	803.621,51 €	1063	996
13. Verkehrs- und Tarifverbund Stuttgart GmbH	7.187.378,74 €	7.663.254,38 €	2.342.489,91 €	2.177.625,84 €	632.601,43 €	502.662,23 €	1.858.403,76 €	2.664.664,35 €	129.939,20 €	111.710,83 €	88	81
14. Komm.ONE AöR/ Zweckverband 4IT	67.355.808,89 €	58.158.806,20 €	66.555.305,52 €	57.434.017,67 €	66.995.048,06 €	57.873.760,21 €	351.760,83 €	274.695,99 €	9.121.287,85 €	-2.873.824,47 €	-	-
Mitgliedschaften in Zweckverbänden												
1. Zweckverband Strohgäubahn Ludwigsburg	2.489.297,80 €	24.342.738,37 €	24.247.894,44 €	22.455.028,31 €	4.000.000,00 €	4.000.000,00 €	20.875.097,80 €	20.320.146,81 €	-	-	0	0
2. Zweckverband Kreisbreitband Ludwigsburg	589.875,11 €	471.796,35 €	49.000,00 €	55.052,00 €	558.394,27 €	452.001,50 €	21.230,84 €	9.316,85 €	106.392,77 €	284.294,45 €	0	0
3. Zweckverband Stadtbahn im Landkreis Ludwigsburg	6.478.393,75 €	3.242.537,05 €	1.902.054,05 €	603.594,92 €	-	-	3.732.687,77 €	1.956.240,91 €	-	-	12	7
4. Zweckverband Helene-Lange-Gymnasium Markgröningen	2.790.195,47 €	2.884.361,64 €	2.780.260,19 €	2.874.692,98 €	-	-	293.359,66 €	335.733,73 €	-	-	13	14
Weitere Gesellschaften/ Beteiligungen												
1. Stiftung Schullandheim Strümpfelbrunn	-	-	-	-	-	-	-	-	-78.136,52 €	36.488,90 €	7	7
2. Stiftung Burg Lichtenberg Oberstenfeld	485.949,43 €	484.000,81 €	449.949,98 €	449.949,98 €	475.991,31 €	475.991,31 €	661,33 €	660,24 €	1.947,53 €	7.349,26 €	0	0
3. Landschaftsverbandsverband Landkreis Ludwigsburg e.V.	2.650,56 €	11.614,29 €	-	-	-	-	-	-	2.650,56 €	11.614,29 €	4	4



Besonderheiten im Beteiligungsportfolio

Im Jahr 2024 hat es keine Veränderung in den Beteiligungsverhältnissen des Landkreises Ludwigsburg gegeben.



IV. Darstellung der einzelnen Beteiligungsgesellschaften

1. Abfallverwertungsgesellschaft des Landkreises Ludwigsburg mbH



1.1 Allgemeine Angaben

Anschrift	Hindenburgstraße 30 71638 Ludwigsburg
Rechtsform	Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)
Gründungsdatum	1. Juli 1989

1.2 Rechtliche Verhältnisse

1.2.1 Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand der Gesellschaft ist die Erfüllung der dem Landkreis Ludwigsburg obliegenden Aufgaben bei der Vermeidung, Verwertung und Beseitigung von Abfall. Ferner ist die Gesellschaft im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen dazu berechtigt, eigenverantwortlich Entsorgungsaufgaben als Pflichtenübernehmer durchzuführen und sich darüber hinaus wirtschaftlich zu betätigen.

1.2.2 Beteiligungsverhältnisse

Das **Stammkapital** der Gesellschaft beträgt 102.260 €.

Gesellschafter	Anteil am Stammkapital	Anteil
Landkreis Ludwigsburg	102.260 €	100 %

1.2.3 Beteiligungen des Unternehmens

Beteiligungen	Anteil am Stammkapital	Anteil
Hamburg Deponie-Gesellschaft mbH	12.500 €	50 %



1.2.4 Besetzung der Organe, sowie Gesamtbezüge der Geschäftsführung und des Aufsichtsrats

Organ	Funktion	Name des Mitglieds
Gesellschafterversammlung	Landkreis Ludwigsburg	Landrat Dietmar Allgaier
Geschäftsführung	Geschäftsführer	Tilman Hepperle
Aufsichtsrat	Vorsitz	Landrat Dietmar Allgaier
	1. stv. Vorsitz	Michael Ilk** (ab 10.10.2024)
	2. stv. Vorsitz	Guido Passaro** (ab 10.10.2024)
Mitglieder des Aufsichtsrats	Mitglieder – CDU	Martin Ergenzinger*
		Dr. Klaus Müller*
		Horst Stegmaier*
		Guido Passaro**
		Klaus Herrmann**
		Joachim Kölz**
	Mitglieder – Freie Wähler	Steffen Döttinger*
		Michael Ilk**
		Rainer Gessler***
		Eberhard Zucker***
	Mitglieder – Grüne	Doris Renninger***
		Harald Wagner*
		Michael Klumpp*
		Edda Bühler**
	Mitglieder – SPD	Ernst-Peter Morlock***
		Gerhard Jüttner*
		Ralf Maier-Geißler**
Mitglied – AfD	Ralph Flöter**	
Mitglied – FDP	Viola Noack**	
Vertreter der Arbeitnehmer	Andreas König*	
	Jakob Barabosz**	
Gäste ohne Stimmrecht, mit Rederecht	Mitglied – Die Linke	Peter Schimke***

(* = bis 19.07.2024; ** = ab 19.07.2024; *** = bis/ab 19.07.2024)

Gesamtbezüge der Mitglieder der Geschäftsführung und des Aufsichtsrats:

Die Gesellschaft macht bezüglich der Bezüge der Geschäftsführung von den Befreiungsvorschriften nach § 286 Abs. 4 HGB Gebrauch.

Die Vergütungen für den Aufsichtsrat (Sitzungsgelder und ggf. Entschädigungen für Verdienstausschlag) betragen im Berichtsjahr 29.000 € (Vorjahr 28.517 €).



1.2.5 Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks des Unternehmens

Die dem Landkreis obliegenden Aufgaben bei der Vermeidung, Verwertung und Beseitigung von Abfall wurden erfüllt.

1.2.6 Grundzüge des Geschäftsverlaufs und Lage des Unternehmens

Allgemeines zur Gesellschaft

Die AVL ist u.a. für die Vermeidung, Verwertung und Beseitigung von Abfall zuständig. Sie ist in diesem Bereich hoheitlich tätig und führt als Pflichtenübernehmer eigenverantwortlich Entsorgungsaufgaben im Auftrag des Landkreises Ludwigsburg durch. Gemäß dem Kooperationsvertrag erhält die AVL für die Leistungen im hoheitlichen Bereich des Alleingeschafters Landkreis Ludwigsburg ein ihre Kosten deckendes Entgelt.

Für die Abfallwirtschaft im Landkreis ist neben der AVL auch der Fachbereich Abfallgebühren (FB 23) im Landratsamt Ludwigsburg zuständig. Der Fachbereich Abfallgebühren ist ausschließlich hoheitlich tätig und für die Gebührenkalkulation, die Abfallwirtschaftssatzung, die Veranlagung der Abfallgebühren und die Vollstreckung der Abfallgebühren zuständig.

Entwicklung von Branche und Gesamtwirtschaft

Die Nachfrage nach Kapazitäten für die Ablagerung von mineralischen Abfällen der Deponieklassen I bis II war innerhalb des Verbands Region Stuttgart (VRS) im Jahr 2024 deutlich niedriger als im Vorjahr, wobei bereits im Jahr 2023 die Mengen gegenüber dem Vorjahr erheblich zurückgegangen waren. Dies betrifft sowohl die DK II-Abfälle, – insbesondere den Boden DK II – als auch die DK I-Abfälle. Der Bedarf zur Schaffung neuer Deponiekapazitäten ist jedoch weiterhin gegeben, insbesondere im DK I-Sektor. Das Entgeltniveau wurde im Jahr 2024 einmal angehoben.

Bei den DK 0-Kapazitäten gab es aufgrund der sehr geringen Anlieferungsmengen keine weitere Anspannung. Dies resultiert auch aus den gesetzlichen Vorgaben, die eine Entspannung in den Folgejahren erwarten lassen. So wird beispielsweise gemäß § 8 Abs. 1 Ziffer 2a der Deponieverordnung (DepV) eine verstärkte Verwertungsprüfung gefordert. Zukünftig soll zudem der Verwertungsgedanke von unbelasteten Abfällen noch stärker gefördert und umgesetzt werden. Darüber hinaus finden mehrere Oberflächenabdichtungsmaßnahmen im Verbandsgebiet, insbesondere im Großraum Stuttgart, statt, die vor allem mit DK 0-Abfällen realisiert werden müssen.

Trotz der Tatsache, dass zukünftig von geringeren Mengen auszugehen ist, ist es für die wirtschaftliche Entwicklung von Gewerbe und Industrie im Landkreis Ludwigsburg sowie in der Region Stuttgart von großer Bedeutung, gemäß der Verpflichtung im Landes-Kreislaufwirtschaftsgesetz (LKreiWiG) ausreichende Entsorgungskapazitäten vorzuhalten. Gleichwohl bleibt anzumerken, dass für DK 0-Abfälle bereits heute ein breiter Absatzmarkt existiert.

Bereits seit dem 01.01.2019 ist das Verpackungsgesetz in Kraft. Ziel des Gesetzes ist es u. a., die Verwertungsquoten zu erhöhen. Für Glas und Kunststoffe sind Verwertungsquoten von 90% vorgeschrieben. Für die Sammlung, Sortierung und Verwertung der Verpackungen sind weiterhin die dualen Systeme zuständig, wobei die Sammlung auf die vorhandenen Sammelstrukturen der öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger (örE) abzustimmen ist. Der Landkreis Ludwigsburg und die dualen Systeme – vertreten durch die Firma "Der Grüne Punkt – Duales System Deutschland GmbH" haben deshalb auf der Basis des Verpackungsgesetzes im Juli 2024 eine neue Abstimmungsvereinbarung für die Jahre 2025 - 2027 geschossen. Das Mitbenutzungsentgelt der dualen Systeme für die Mitbenutzung des PPK-Sammelsystems im Landkreis konnte dabei erhöht



werden. Grund dafür sind allgemeine Preissteigerungen in der Altpapiersammlung, als auch der gestiegene Verpackungsanteil, welcher auf den Kostenanteil umgelegt wird.

Im Kreislaufwirtschaftsgesetz (KrWG) wurde ab 2015 die Pflicht zur flächendeckenden Getrenntsammlung von Biomüll eingeführt. Im Landkreis Ludwigsburg gibt es bereits seit 1997 eine flächendeckende Biomüllsammlung. Mit der Einführung des wöchentlichen Abfuhrhythmus im Sommerhalbjahr, einer Absenkung der Leerungsgebühren und weiteren, gezielten Aktionen in den vergangenen Jahren konnte die Biomüllmenge deutlich auf 32.000 t gesteigert werden.

In der Novelle der Bioabfallverordnung werden die Bestrebungen zur Herstellung qualitativ hochwertiger Komposte in den Verwertungsanlagen erkennbar. Nach den jahrelangen Bestrebungen des Gesetzgebers zur Steigerung der Mengen steht nun die Qualität des eingesammelten Biomülls verstärkt im Fokus. Künftig gelten strengere Grenzwerte. Im eingesammelten Biomüll dürfen vor der Behandlung max. 1,0% Störstoffe enthalten sein. Überschreiten die Fremdstoffe bei der Sichtkontrolle durch die Anlagenbetreiber 3,0%, können die Betreiber seit 01.01.2025 die Annahme der Lieferungen verweigern und die Rücknahme verlangen.

Umsatz- und Auftragsentwicklung

Die Gesamtsumme der Umsatzerlöse und sonstigen betrieblichen Erträge liegt mit 49.126 T€ um 2.549 T€ über dem Vorjahreswert.

Die Erstattungsbeträge des Landkreises an die AVL sind im Vergleich zum Vorjahr um 2.234 T€ angestiegen. Dagegen haben sich die Deponieerlöse um 1.799 T€ verringert. Der Rückgang der Deponieerlöse lässt sich hauptsächlich durch die anhaltende Krise in der Bauwirtschaft erklären. Weitere Faktoren waren die Zinsschwankungen, der anhaltende Krieg in der Ukraine und die globalen Probleme innerhalb der Lieferketten.

Durch Zuweisungen des Alleingeschafters Landkreis Ludwigsburg werden, nach Abzug der durch die AVL selbst erwirtschafteten Erlöse und den separat erstatteten Wertstofflösen, die noch verbleibenden Kosten im hoheitlichen Bereich gedeckt. Im Geschäftsjahr lagen die Zuweisungen des Landkreises bei 27.837 T€ und somit um 2.234 T€ über dem Vorjahreswert.

Investitionsbereich

Für das Geschäftsjahr waren ca. 13.622 T€ für Investitionen veranschlagt, davon konnten lediglich 2.464 T€ umgesetzt werden. Die große Abweichung zwischen den geplanten und den tatsächlichen Investitionen war darin begründet, dass die geplanten Baumaßnahmen zur Erweiterung der Ablagerungsflächen auf den Deponien noch nicht umgesetzt werden mussten und geplante Umbaumaßnahmen von Wertstoffhöfen in die Folgejahre verschoben werden konnten. Im Wirtschaftsjahr 2024 betraf ein Großteil der getätigten Investitionen den Bereich des beweglichen Anlagevermögens, schwerpunktmäßig die Ersatzbeschaffung von Maschinen, Geräten und IT-Ausstattung. Weitere Schwerpunkte waren unter anderem die Erneuerung der Heizung des Gebrauchtwaren-Kaufhauses, Planung und Umbau von Wertstoffhöfen sowie die Sanierung eines Häckselplatzes. Auf der Deponie BURGHOF wurde die Gasreinigung für das Deponiegas um eine weitere Reinigungsstufe erweitert.

Die Gesamtsumme der Abschreibungen auf das Anlagevermögen im Berichtsjahr beläuft sich auf 2.135 T€ und liegt damit 1.082 T€ unter dem Vorjahreswert.

Gemäß dem aktualisierten "Kooperationsvertrag 2022" werden nur noch die Investitionen der AVL im Nachsorgebereich durch Gesellschafterdarlehen finanziert. Die Investitionen im Gebührenbereich werden – analog zum privatwirtschaftlichen Bereich – seither aus Eigenmitteln der AVL finanziert.



Wichtige Vorgänge des Geschäftsjahres

Seit nunmehr 24 Jahren hat die AVL die Entsorgungspflicht für mineralische Abfälle des Verbands Region Stuttgart (VRS) inne.

Für den Landkreis Ludwigsburg besteht diese Übertragung seit 1999, also bereits seit 25 Jahren. Damit ist die AVL entsorgungspflichtig für die mineralischen Abfälle einer Region mit ca. 2,7 Mio. Einwohnern und damit 25 % der Bevölkerung des Landes Baden-Württemberg. Diese Region entspricht zwar nur 10 % der Fläche des Landes, jedoch werden hier 30% der gesamten Wirtschaftsleistung Baden-Württembergs erzielt. Das Regierungspräsidium Stuttgart hat der Verlängerung dieser Übertragung erneut zugestimmt, dies jedoch in abgeändertem Umfang. So wurde die Pflichtenübertragung vom Landkreis Ludwigsburg auf die AVL erneut um fünf Jahre bis zum 31.12.2029 verlängert. Die Verlängerung der Übertragung der Entsorgungspflicht vom VRS auf die AVL wurde indes – auf Antrag der AVL – nur bis zum 31.12.2027 verlängert. Voraussetzung für die Antragsstellung der AVL auf weitere Verlängerung der Übertragung der Entsorgungspflicht vom VRS auf die AVL war, dass der Verband Region Stuttgart Schritte zur Schaffung eigener Entsorgungskapazitäten ergreifen muss und die Stadt- und Landkreise im Verbandsgebiet zur langfristigen Entsorgungssicherheit von mineralischen Abfällen in der Region Stuttgart auch einen Beitrag leisten müssen. Diese Zusicherungen erfolgten im Rahmen einer Kooperationsvereinbarung zwischen dem Verband Region Stuttgart, den Stadt- und Landkreisen im Verbandsgebiet sowie der AWRM und der AVL, welcher der Kreistag des Landkreises Ludwigsburg in seiner Sitzung am 20.12.2024 zugestimmt hat. Eine weitere Verlängerung hängt maßgeblich davon ab, ob der VRS seine Bemühungen, einen eigenen Deponiestandort zu suchen und zu realisieren, mit Nachdruck vorantreibt und dies auch durch konkrete Aktivitäten und umfassende Konzepte belegen kann.

Nachdem mit Beschluss des Kreistags des Landkreises Ludwigsburg im April 2024 die Standort-suche der AVL für beendet erklärt wurde, hat der VRS unter maßgeblicher Beteiligung der AVL die ersten konkreten Schritte und eine Zeitschiene für seine verbandsgebietsweite Deponiestandort-suche festgelegt und mit deren Umsetzung begonnen. So wurde insbesondere in einem ersten Schritt eine Mengen- und Bedarfsprognose durchgeführt. Gegenstand war die Erarbeitung einer Abfallmengenprognose der Abfälle, für die dem Verband Region Stuttgart als öffentlich-rechtlichem Entsorgungsträger die Entsorgungsverantwortung obliegt. Mit den ausgearbeiteten Ergebnissen des beauftragten Ingenieurbüros wird die Notwendigkeit eines VRS-eigenen Deponiestandorts unterstrichen. Zeitgleich wurde die Standortsuche mithilfe eines externen Gutachters eingeleitet. Konkrete Ergebnisse sind im ersten Schritt ein Kriterienkatalog, der ebenfalls unter Beteiligung der AVL ausgearbeitet wurde. Weiterhin wurde vom VRS eine Bürgerbeteiligung ins Leben gerufen, um die Bedürfnisse, die innerhalb der Bevölkerung für das Vorhaben einer Deponie des Verbands Region Stuttgart bestehen, zu erkunden.

Um zukünftig nur noch die tatsächlich zu beseitigenden Abfälle zu deponieren und so langfristig die vorhandenen Deponiekapazitäten zu schonen, ist es die primäre Aufgabe, Abfälle mit einem entsprechenden Verwertungs- bzw. Recyclingpotenzial der Verwertung zuzuführen und nur den tatsächlich zu beseitigenden Restanteil zu deponieren. Dies entspricht auch dem Pflichtenkonzept des Kreislaufwirtschaftsgesetzes und der Deponieverordnung. Hierzu hat die AVL im April 2024 eine Markterkundung samt Interessenbekundung durchgeführt. Ziel der Markterkundung war es, insbesondere private Entsorgungsfirmen auf eine im Anschluss durchzuführende Ausschreibung von Mengen zur Verwertung aufmerksam zu machen. Zugleich war das Ziel, in Erfahrung zu bringen, welche Annahme- und Verwertungsmöglichkeiten der AVL zur Verfügung stehen würden, um so mineralische Abfälle, die der AVL zur Entsorgung überlassen werden, einer (stofflichen) Verwertung zuführen zu können. Die Ausschreibung, die die AVL durchgeführt hat, umfasst sowohl die Abfälle aus der Übertragung der Entsorgungspflicht des Landkreises Ludwigsburg auf die AVL als auch die Abfälle aus der Übertragung der Entsorgungspflicht vom VRS auf die AVL. Die Aufträge zur Verwertung für den Zeitraum ab 01.01.2025 wurden an zwei Firmen vergeben.



Die Bundesregierung hat den Atomausstieg beschlossen, das ist auch in Baden-Württemberg spürbar. Die EnBW als Betreiber hat u. a. mit dem Rückbau von Block I des Kernkraftwerks Neckarwestheim (GKN) begonnen. Für die AVL-Deponien BURGHOF und AM FROSCHGRABEN bedeutet dies, dass in den nächsten Jahren in Summe etwa 3.350 t zweckgerichtet freigegebene mineralische Abfälle der Deponieklassen I und II beseitigt werden müssen. Hierzu wurde im Jahr 2021 die generelle Annahmeerklärung auf die beim Rückbau anfallenden Abfallschlüssel erteilt. Das Vorhaben hat in der Bevölkerung – insbesondere in den Standortgemeinden Schwieberdingen und Vaihingen/Enz – für Vorbehalte und Ängste gesorgt. Die AVL hat sich deshalb schon vor Jahren dazu entschlossen, einen kerntechnischen Sachverständigen mit der Beratung, Durchführung und Protokollierung von Messungen sowie der Erstellung der Jahresberichte zu beauftragen. Diese Berichte werden auf der Internetseite der AVL veröffentlicht. Aktuell ist der Auftrag an die Nuclear Control & Consulting GmbH vergeben. Am 16. März 2022 erfolgte die erste Anlieferung von knapp 4 t zweckgerichtet freigegebenen Abfällen aus dem Rückbau von Block I. Der Einbau auf der Deponie BURGHOF verlief reibungslos. Im Jahr 2024 gab es keine weiteren Anlieferungen.

Auf der ehemaligen Hausmülldeponie AM LEMBERG muss der Außenkranz (Randbereich) mit einer qualifizierten Oberflächenabdichtung versehen werden. Die Oberflächenabdichtung wird an die schon oberflächenabgedichtete Deponiekuppe angeschlossen. Ohne eine technisch ausreichende Abdichtung kann eine Deponie nicht in die Nachsorge überführt bzw. aus der Nachsorge entlassen werden. Zudem bewirkt eine qualifizierte Oberflächenabdichtung, dass nachteilige Umwelteinflüsse vermieden werden und das Wohl der Allgemeinheit dadurch nicht mehr beeinträchtigt wird. Die AVL hat im November 2023 die Baumaßnahme zur Oberflächenabdichtung (Bauphase 1 mit den Bauabschnitten 1 + 2) in einem europaweiten, offenen Verfahren nach VOB/A EU ausgeschrieben. Die Vergabe erfolgte durch Beschluss des Aufsichtsrats im Januar 2024. Die Bauarbeiten im Jahr 2024 umfassten unter anderem vorbereitende Maßnahmen, wie die Einrichtung der Baustelle sowie das Ausheben und Zwischenlagern des Ober- und Unterbodens zur Wiederverwendung. Im Anschluss folgten Profilierungsarbeiten, zu denen der Bodenabtrag sowie Lieferung und Einbau von Profilierungsmaterial und Drainagekies gehörten. Außerdem wurde das sog. Probefeld gebaut.

Nach der Umstellung auf reine Altpapierbehälter im Jahr 2022 und dem damit verbundenen Wegfall einer notwendigen Sortierung lag der Störstoffanteil anfangs noch deutlich über den üblichen Erfahrungswerten der Papierverwerter. Um die Papierqualität zu erhöhen, werden die Bioscouts als Wertstoffscouts auch zur Kontrolle der Altpapierbehälter eingesetzt. Der Störstoffanteil in den Altpapierbehältern hat sich seitdem kontinuierlich verbessert.

Die Aufträge über die Einsammlung des Altpapiers sind seit 01.01.2024 erneut an die bisherigen Unternehmen PreZero und Kurz vergeben worden. Die Neuausschreibung der Verwertung des Altpapiers erbrachte ein gutes Ergebnis. Die Altpapiermengen haben sich auch 2024 leicht nach unten entwickelt, wenngleich nicht mehr so stark wie in den letzten Jahren.

Die Planungen, den Behälteränderungsdienst für die kommunalen Rest-, Biomüll- und Altpapierbehälter durch die AVL in Eigenleistung zu erbringen, wurden im Jahr 2024 vorangetrieben. Der Start der Eigenleistung ist für das erste Halbjahr 2028 geplant. Bis dahin wird die Leistung noch an einen externen Dienstleister vergeben. Die Zwischenzeit wird für Planung und Bau sowie zur Akquise und Einarbeitung von Fachpersonal benötigt.

Bei der Verwertung des Biomülls sind in den letzten Jahren höhere gesetzliche Anforderungen im Zuge der Novellierung der Dünge- und Düngemittelverordnung aufgenommen worden, auch die Qualitätskriterien der Bundesgütegemeinschaft Kompost e.V. wurden verschärft. Die erzeugten Kompost- und Gärrestprodukte müssen deshalb einer feineren Nachkonditionierung unterzogen werden. Dadurch fallen weniger verwertbare Produkte und mehr Siebreste zur Entsorgung an.



Zudem wurden die Ausbringungsmengen reglementiert. Dadurch sind die Behandlungskosten beim Vertragspartner gestiegen und der AVL weiterberechnet worden. Zur Beurteilung des Störstoffgehalts werden Chargenanalysen des Biomülls durchgeführt. Die Störstoffgehalte haben sich auf ein relativ niedriges Niveau reduziert. Dies ist vor allem auf die Kontrolle der Biotonnen durch die Wertstoffscouts und die Sperrung der Leerung der Biotonnen bei Fehlbefüllung zurückzuführen. Dies ist umso wichtiger, um Rückweisungen an den Vergärungsanlagen zu verhindern, die ab 01. Mai 2025 gesetzlich möglich sind.

Auf kommunaler Ebene werden in den Landkreisen vermehrt Strategien entwickelt und umgesetzt, die auf eine Intensivierung und Förderung der Abfallvermeidung und Wiederverwendung und damit eine Reduzierung des Abfallaufkommens abzielen. Abfallvermeidung und Vorbereitung zur Wiederverwendung im Landkreis Ludwigsburg wird momentan durch den Betrieb des Gebrauchtwaren-Kaufhauses WARENWANDEL umgesetzt. Die Stärkung der Wiederverwendung, insbesondere von häuslichen Gebrauchtwaren, ist ein wichtiger Grundstein für die Entwicklung der Ludwigsburger Abfallwirtschaft hin zu einer modernen Kreislaufwirtschaft. Derzeit werden neben einer effizienten Betriebsführung folgende drei Hauptziele angestrebt, um noch mehr Abfälle im Landkreis Ludwigsburg zu vermeiden: Maßnahmen zur Erfüllung der Abfallvermeidung und Wirtschaftlichkeit, die z.B. den Ausbau des Abholservice beinhalten, Maßnahmen zur Bewusstseinssteigerung der Bevölkerung, die z.B. die Durchführung von Upcycling-Workshops und Öffentlichkeitsarbeit beinhalten, und Maßnahmen zur Standortentwicklung, die perspektivisch die Standortsituation optimieren sollen.

Bei der Tochtergesellschaft "Hamberg Deponie-Gesellschaft mbH" (HDG, Beteiligungsquote 50%), konnte der Ausbau des Deponieabschnitts V, Bauabschnitt 4 abgeschlossen und der reguläre Deponiebetrieb wieder aufgenommen werden.

Auch die Kulturerbe-Verträglichkeitsprüfung (KVP) im Zuge des geplanten Ausbaus des Deponieabschnitts VI wurde abschließend durch ein externes Büro bewertet. Eine finale Entscheidung zum Bau des DA VI steht weiterhin noch aus.

Vermögenslage

Die Vermögenslage der Gesellschaft weist ein Anlagevermögen zum 31.12.2024 in Höhe von 13.481 T€ aus. Beim Umlaufvermögen belaufen sich die Vorräte auf 115 T€, die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen auf 2.501 T€, die Sonstigen Wertpapiere auf 9.930 T€ und die Kassenbestände und Guthaben bei Kreditinstituten auf 47.097 T€. Die Forderungen gegen Gesellschafter haben sich um 3.890 T€ auf 5.521 T€ erhöht.

Auf der Passivseite hat sich das Eigenkapital um den Jahresüberschuss 2024 in Höhe von 1.887 T€ erhöht. Der Bestand der sonstigen Rückstellungen hat sich um 6.689 T€ auf nunmehr 53.574 T€ erhöht. Der größte Posten dabei sind die Rückstellungen für die künftigen Nachsorgeverpflichtungen der beiden privatwirtschaftlich betriebenen Deponien, diese haben sich um 3.932 T€ auf nunmehr 49.120 T€ erhöht. Positiv macht sich hierbei die aktuelle Zinsentwicklung bemerkbar, die diesen Effekt merklich beeinflusst hat. Die Summe der Verbindlichkeiten hat sich um 2.708 T€ erhöht. Dabei erhöhten sich die Verbindlichkeiten gegenüber dem Gesellschafter um 393 T€ und die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen um 538 T€.

Stille Reserven und stille Lasten sowie nicht betriebsnotwendiges Inventar und außerbilanzielle Finanzierungsinstrumente waren im Berichtszeitraum nicht vorhanden. Branchenbezogene Kennzahlen zur Vermögensstruktur werden intern angewendet.



Finanzlage

Der operative Cash-Flow beträgt 6.137 T€ (Vorjahr 11.794 T€). Daraus konnten alle Zahlungsverpflichtungen bedient werden, so dass sich die liquiden Mittel um 5.311 T€ auf 57.027 T€ zum Jahresende erhöht haben.

Ertragslage

Gemäß dem "Kooperationsvertrag 2022" erhält die AVL für die Leistungen im hoheitlichen Bereich vom Alleingesellschafter Landkreis Ludwigsburg ein ihre Kosten deckendes Entgelt. In den privatwirtschaftlichen Bereichen agiert die AVL auf eigene Rechnung und muss mindestens ihre Kosten durch die eigenen Erlöse decken können. Der Mindestgewinn ist nach dem Kooperationsvertrag auf jährlich 15% des Stammkapitals festgelegt. Auf Grund dieser speziellen Regelung ist die Ertragslage der AVL nicht ohne weiteres mit anderen Firmen vergleichbar. Der Gewinn nach Steuern ist keine aussagefähige Messgröße für die Ertragslage des Unternehmens. Vielmehr müssen zusätzlich die Zuweisungsbeträge, welche die AVL vom Gesellschafter als Kostenersatz erhält, herangezogen werden.

In der Theorie ergibt sich folgender Zusammenhang: sinkt der Zuweisungsbedarf bei gleichbleibenden sonstigen Erträgen, so ist dies ein Indikator für eine erfolgreiche Kosteneinsparung. In der Realität werden jedoch stets Veränderungen an allen oben genannten Stellgrößen auftreten, welche die Beurteilung der Ertragslage zu einem komplexen Sachverhalt machen.

- Die Gesamtsumme der Umsatzerlöse und sonstigen betrieblichen Erträge liegt bei 49.126 T€ und damit 2.549 € über dem Vorjahreswert.
- Die gesamten Materialaufwendungen für bezogene Leistungen, "Fremdleistungen für Entsorgung und Deponien" sind gegenüber dem Vorjahr um 3.259 T€ gestiegen.
- Der Personalaufwand ist, bedingt durch die tarifliche Lohnsteigerung und die gestiegene Anzahl der Mitarbeitenden um 1.004 T€ gestiegen.
- Die Abschreibungen liegen um 1.082 T€ unter dem Vorjahresniveau.
- Der sonstige betriebliche Aufwand ist im Geschäftsjahr um 14.459 T€ gestiegen, was fast vollständig auf die um 13.287 T€ erhöhte Zuführung zu den Nachsorgerückstellungen zurückzuführen ist.
- Die Zinserträge aus der Abzinsung von Rückstellungen belaufen sich auf 10.284 T€ und sind somit zum Vorjahr um 9.356 T€ gestiegen.

Die deutlich erhöhten Zuführungen zu den Rückstellungen sowie die hohen Zinserträge sind darauf zurückzuführen, dass die AVL für die privatwirtschaftlich geführten Deponiebetriebe ca. alle 4 Jahre das Gutachten zur Ermittlung der Folgekosten der Deponien im Landkreis Ludwigsburg neu berechnet und fortschreiben lässt. Dieses neue Nachsorgegutachten hatte erheblichen Einfluss auf die Ertragslage im Wirtschaftsjahr 2024 für die AVL. Das laufende Ergebnis wurde durch die hohen Zuführungen zu den Rückstellungen für Sanierungsmaßnahmen in Höhe von 14.500 T€ belastet. Im Gegenzug haben sich durch die erforderliche Abzinsung der Rückstellungsbeträge auf den Erfüllungszeitraum 2070 bzw. 2076 sowie wegen der Zinsentwicklung hohe Zinserträge von 10.284 T€ ergeben.

1.2.7 Kapitalzuführungen und -entnahmen

Im Geschäftsjahr 2024 gab es keine Kapitalzuführungen und -entnahmen durch den Landkreis Ludwigsburg.



1.2.8 Anzahl der Beschäftigten

Im Berichtsjahr waren in der Verwaltung, auf den Deponien, den Wertstoffhöfen, im Gebrauchtwarenkaufhaus Warenwandel und in der Grüngutverwertung durchschnittlich 184,25 Vollzeitkräfte (VK) beschäftigt:

	2024	2023
Beschäftigte insgesamt	184,25	176,00
- davon in der Verwaltung	81,25	77,25
- davon Aushilfen, geringfügig Beschäftigte und Praktikanten	32,75	31,75

Bei der Ermittlung wurden die beschäftigten Arbeitnehmer/innen alle voll berücksichtigt (sog. Kopfzahl). So werden auch nur anteilig Beschäftigte (z.B. 50%-Stelle, geringfügig Beschäftigte oder Aushilfen) als „ganze“ Arbeitnehmer gerechnet.

1.2.9 Kennzahlen der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Die Vermögens- und Finanzlage ist aus der Bilanz zum 31.12.2024 und den Vorjahreswerten (siehe hierzu 1.3.1) ersichtlich.

Die Ertragslage ist aus der Gewinn- und Verlustrechnung zum 31.12.2024 und den Vorjahreswerten (siehe hierzu 1.3.2) ersichtlich.

Finanzkennzahlen	2024	2023	Veränderung
Eigenkapitalquote	21,27 %	21,97 %	-0,70 %
Anlagendeckung I	131,85 %	117,82 %	+14,03 %
Anlagendeckung II	141,37 %	129,06 %	+12,31 %
Liquiditätsgrad	770,18 %	965,77 %	-195,59 %



1.3 Jahresabschluss des Geschäftsjahres 2024

1.3.1 Bilanz zum 31.12.2024

Aktivseite

	31.12.2024	31.12.2023
	€	€
A. Anlagevermögen		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	206.653,86	105.094,97
II. Sachanlagen		
1. Grundstücke und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	320.507,36	240.018,05
2. Einbauten in fremden Grundstücken	2.483.109,81	2.663.869,01
3. Technische Anlagen und Maschinen Andere Anlagen, Betriebs- und	8.082.098,44	8.544.537,57
4. Geschäftsausstattung	1.046.064,89	829.434,77
5. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	900.408,68	606.221,31
	<u>12.832.189,18</u>	<u>12.884.080,71</u>
III. Finanzanlagen		
Beteiligungen	412.500,00	412.500,00
Sonstige Ausleihungen	30.000,00	30.000,00
B. Umlaufvermögen		
I. Vorräte		
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	114.735,18	86.292,84
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	2.500.946,43	2.251.775,01
2. Forderungen gegen Gesellschafter	5.521.226,02	1.631.658,90
3. Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	49.619,50	224.220,53
4. Sonstige Vermögensgegenstände	1.633.416,80	57.285,75
	<u>9.705.208,75</u>	<u>4.164.940,19</u>
III. Guthaben bei Kreditinstituten	57.026.604,48	51.715.718,05
C. Rechnungsabgrenzungsposten	499.691,12	264.784,70
	<u>80.827.582,57</u>	<u>69.663.411,46</u>



Passivseite

	31.12.2024	31.12.2023
	€	€
A. Eigenkapital		
I. Gezeichnetes Kapital	102.260,00	102.260,00
II. Gewinnvortrag	15.201.614,27	9.990.853,87
III. Jahresüberschuss	<u>1.887.454,97</u>	<u>5.210.760,40</u>
	17.191.329,24	15.303.874,27
B. Rückstellungen		
1. Steuerrückstellungen	295.596,39	416.262,00
2. Sonstige Rückstellungen	<u>53.573.664,78</u>	<u>46.884.677,61</u>
	53.869.261,17	47.300.939,61
C. Verbindlichkeiten		
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und		
1. Leistungen	2.279.555,16	1.741.235,09
2. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	2.057.124,35	1.664.504,05
3. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen mit Beteiligungsverhältnis	0,00	0,00
4. Sonstige Verbindlichkeiten	<u>5.430.312,65</u>	<u>3.652.858,44</u>
	9.766.992,16	7.058.597,58
	<u>80.827.582,57</u>	<u>69.663.411,46</u>



1.3.2 Gewinn- und Verlustrechnung für den Zeitraum 01.01.2024 – 31.12.2024

	2024	2023
	€	€
1. Umsatzerlöse	48.364.641,11	45.742.058,56
2. Sonstige betriebliche Erträge	761.125,95	834.374,56
	49.125.767,06	46.576.433,12
3. Materialaufwand		
Aufwendungen für Roh-, Hilfs und		
a) Betriebsstoffe	-21.297,85	-7.132,08
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen und		
Aufwendungen für Deponien	26.181.175,27	22.908.261,40
	26.159.877,42	22.901.129,32
4. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	7.380.905,78	6.600.108,63
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für		
Altersversorgung und Aufwendungen für		
Unterstützung	2.117.508,15	1.893.863,30
	9.498.413,93	8.493.971,93
5. Vermögensgegenstände		
Abschreibungen auf immaterielle		
des Anlagevermögens und Sachanlagen	2.135.256,70	3.216.863,12
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen	20.627.289,62	6.168.256,78
7. Betriebsergebnis	-9.295.070,61	5.796.211,97
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	11.148.739,42	1.202.441,81
Abschreibungen auf Finanzanlagen und		
9. Wertpapiere	0,00	0,00
10. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	3.575,36	17.370,41
11. Finanzergebnis	11.145.164,06	1.185.071,40
12. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-90.275,94	1.756.472,02
13. Ergebnis nach Steuern	1.940.369,39	5.224.811,35
14. Sonstige Steuern	52.914,42	14.050,95
15. Jahresüberschuss	1.887.454,97	5.210.760,40



2. Hamberg Deponie-Gesellschaft mbH



2.1 Allgemeine Angaben

Anschrift	Hamberg 4 75433 Maulbronn
Rechtsform	Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)
Gründungsdatum	21.07.2010

2.2 Rechtliche Verhältnisse

2.2.1 Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand der Gesellschaft ist der Betrieb von Abfalldeponien, insbesondere der in Maulbronn gelegenen Deponie HAMBERG zur Erfüllung der Entsorgungspflichten des Enzkreises und des Landkreises Ludwigsburg.

2.2.2 Beteiligungsverhältnisse

Das **Stammkapital** der Gesellschaft beträgt 25.000 €.

Gesellschafter	Anteil am Stammkapital	Anteil
AVL GmbH	12.500 €	50 %
Enzkreis	12.500 €	50 %

2.2.3 Beteiligungen des Unternehmens

Die Hamberg Deponie-Gesellschaft mbH ist an keinen Unternehmen beteiligt.



2.2.4 Besetzung der Organe, sowie Gesamtbezüge der Geschäftsführung und des Aufsichtsrats

Organ	Funktion	Name des Mitglieds
Gesellschafterversammlung	Für die AVL GmbH	Tillman Hepperle
	Für den Enzkreis	Landrat Bastian Rosenau
Geschäftsführung	Geschäftsführer	Johannes Wolff
		Frank Stephan
Beirat	Vorsitz	Landrat Bastian Rosenau
	Stv. Vorsitz	Tillman Hepperle
	Vertreter der AVL	
	Mitglieder – Freie Wähler	Steffen Döttinger*
		Michael Ilk**
	Mitglieder – CDU	Horst Stegmaier*
		Klaus Herrmann**
	Mitglied – Grüne	Doris Renninger***
	Mitglieder – SPD	Gerhard Jüttner*
		Ernst-Peter Morlock**
	Mitglied – AfD	Ralph Flöter**
Mitglied – FDP	Viola Noack**	
Mitglied – LuV	Peter Schimke**	
Gäste ohne Stimmrecht, mit Rederecht	Freie Wähler	Rainer Gessler**
	CDU	Martin Ergenzinger*
		Joachim Kölz**
Vertreter des Enzkreises	Vertreter des Enzkreises	
	Mitglieder – Freie Wähler	Udo Kleiner*
		Klaus Riekert*
		Steffen Bochinger**
	Mitglied – CDU	Kurt Ebel***
	Mitglied – Grüne	Pina Stähle***
	Mitglied – SPD	Hans Vester***
	Mitglied – AfD	Dr. Thomas Fink***
Mitglied – FDP	Frank Schneider***	
Mitglied – parteilos	Aaron Treut***	

(* = bis 22.07.2024; ** = ab 22.07.2024; *** = bis/ab 22.07.2024)

Gesamtbezüge der Organmitglieder:

Die Gesellschaft macht von der Befreiungsmöglichkeit des § 286 Abs. 4 HGB hinsichtlich der Bezüge der Geschäftsführer Gebrauch.

Die Vergütungen für den Beirat betragen im Berichtsjahr 8.887,50 € (Vorjahr 8.625 €).

(Anmerkung: Im Jahr 2024 wurde nachträglich der Vergütungsanspruch 2023 an Herrn Aaron Treut ausgezahlt).



2.2.5 Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks des Unternehmens

Die Kooperation zwischen dem Enzkreis und der AVL verfolgt das Ziel, gemeinsame Synergieeffekte für die beiden Kooperationspartner bei der Erledigung der öffentlich-rechtlichen Entsorgungsaufgaben, insbesondere bei der Entsorgung mineralischer Abfälle, zu nutzen. Primäre Aufgabe der Gesellschaft ist die Durchführung des operativen Betriebs der Deponie HAMBURG sowie die Öffentlichkeitsarbeit und die Pflege der Kontakte zur Standortgemeinde Stadt Maulbronn, die auch Grundstückseigentümerin der Deponiefläche ist.

Die operative Geschäftsführung umfasst die Aufgaben zur Planung, Genehmigung, Bau und Betrieb von abfallwirtschaftlichen Anlagen, den Deponiebetrieb sowie Nachsorge- und Sanierungsmaßnahmen. Zum Deponiebetrieb gehört die Fahrzeug- und Gerätebeschaffung samt Unterhaltung dieser Fahrzeuge, die Akquisition von Abfällen zur Ablagerung in der Deponie, die Beurteilung der Ablagerungsfähigkeit von Abfällen, Betriebsdatenerfassung sowie das technische Berichtswesen und die deponiespezifische Abfallstatistik.

2.2.6 Grundzüge des Geschäftsverlaufs und Lage des Unternehmens

Umsatz- und Auftragsentwicklung

Die ursprünglich für das Jahr 2024 geplante Verfüllung des Deponieabschnitts V mit ca. 50.000 Mg wurde nicht erreicht. Ursache hierfür sind vor allem die Baukonjunktur, die erneut im Berichtsjahr mit Schwierigkeiten zu kämpfen hatte. Zugleich hat sich im Berichtsjahr die Annahmestrategie dahingehend verändert, dass die noch vorhandenen Restkapazitäten restriktiv verwendet werden sollen. So lag der Fokus vor allem auf preislich attraktiven Abfällen zur Beseitigung, die sich ausschließlich im DK II-Segment befinden. Im Geschäftsjahr 2024 wurden demzufolge bewusst nur 27.032 Mg mineralische Abfälle angeliefert. Somit betrug die Ist-Menge nur etwas mehr als 50% der budgetierten Planmenge.

Die Deponieerlöse im Jahr 2024 betragen deshalb 1.995 T€ (Vorjahr: 1.898 T€). Die Gesamtsumme der Umsatzerlöse und sonstigen betrieblichen Erträge – inklusive der darin enthaltenen Zuweisungen des Enzkreises – lag bei 2.374 T€. Durch diese Zuweisungen werden, nach Abzug der durch die HDG selbst erwirtschafteten Erlöse, die noch verbleibenden Kosten im hoheitlichen Bereich gedeckt. Im Geschäftsjahr 2024 betragen diese Zuweisungen des Enzkreises im Gebührenbereich 87 T€ und im Nachsorgebereich 167 T€.

Investitionsbereich

Für das Berichtsjahr waren im Investitionsplan insgesamt 13 T€ veranschlagt worden, größtenteils für Investitionen in das bewegliche Anlagevermögen. Im Ergebnis wurde allerdings investiert 11 T€ für das bewegliche Anlagevermögen, für den weiteren Ausbau des Deponieabschnitts V/4 57 T€ und für die Planung des Deponieabschnitts VI 31 T€. Die Gesamthöhe der Investitionen belief sich somit auf 99 T€. Die Überschreitung des geplanten Investitionsvolumens führte nicht zu Finanzierungsproblemen, da der Gesellschaft ausreichende finanzielle Eigenmittel zur Verfügung standen.

Personal- und Sozialbereich

Die Gesellschaft beschäftigt – neben den beiden Geschäftsführern – noch zwei weitere Arbeitskräfte. Darüber hinaus erbringen die Mitarbeitenden der AVL und des Enzkreises Leistungen für die HDG, die nach festgelegten Stundensätzen der HDG in Rechnung gestellt werden. Diese fremdbezogenen Personalkosten belaufen sich im Berichtsjahr auf 984 Einsatzstunden mit Kosten von insgesamt 67 T€. Für die Mitarbeitenden des Enzkreises wurden Leistungen in Höhe von 23 T€ für 341 Einsatzstunden abgerechnet.



Wichtige Vorgänge des Geschäftsjahres

Die Betriebsdauer der Deponie HAMBERG ist mit der Fertigstellung des letzten planfestgestellten Deponieabschnitts V/4 in wenigen Jahren erreicht. Daher wurden die Planungen zur Erweiterung der Deponie um einen sogenannten Deponieabschnitt VI fortgeführt. Der Antrag auf Planfeststellung wurde im Jahr 2022 eingereicht. Aufgrund einer durchzuführenden Kulturerbe-Verträglichkeitsprüfung (KVP) – Beurteilung der Auswirkungen der geplanten Erweiterung und Erhöhung der Deponie HAMBERG auf die UNESCO-Welterbestätte „Klosteranlage Maulbronn“ – und der abschließenden Bewertung durch die UNESCO selbst, verzögert sich der geplante Ausbau des DA VI erheblich. Somit soll die Annahmemenge ab dem Jahr 2025 nochmals deutlich gesenkt werden, um die Entsorgungssicherheit gewährleisten zu können.

Vermögens- und Finanzlage

Die Verbindlichkeiten betragen zum Stichtag 178 T€, davon 71 T€ aus Lieferungen und Leistungen, 50 T€ gegenüber Gesellschaftern und weitere 57 T€ für sonstige Verbindlichkeiten.

Im Berichtszeitraum wurden Rückstellungen für Fremdleistungen in Höhe von 99 T€ und für Abschluss- und Prüfungskosten sowie für die Veröffentlichung des Jahresabschlusses in Höhe von 20 T€ gebildet. Für die spätere Nachsorge des privatwirtschaftlichen Deponieabschnittes V haben sich die Rückstellungen, bedingt durch die Zuführung und den Effekt aus Auf- und Abzinsungen, leicht auf 7.719 T€ erhöht.

Die Vermögenslage der Gesellschaft weist im Anlagevermögen zum 31.12.2024 Sachanlagen in Höhe von 2.220 T€ aus. Im Umlaufvermögen belaufen sich die Vorräte auf 6 T€, die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen auf 105 T€ und gegenüber Gesellschaftern auf 303 T€. Der Kassenbestand und die Guthaben bei Kreditinstituten betragen zum Ende des Geschäftsjahres 6.981 T€.

Die Gesellschaft hat im Geschäftsjahr erneut ein positives Jahresergebnis mit 469 T€ erzielt.

Ertragslage

Gemäß dem Kooperationsvertrag erhält die HDG für ihre Leistungen im Gebühren- und Nachsorgebereich vom Enzkreis ein kostendeckendes Entgelt. Der Zuweisungsbedarf im Nachsorgebereich beträgt im Berichtsjahr 167 T€ und im Gebührenbereich 87 T€. Im privatwirtschaftlichen Bereich, der die Verfüllung des Deponieabschnittes V beinhaltet, ist die Gesellschaft dagegen für die Wirtschaftlichkeit selbst verantwortlich und muss mindestens ihre Kosten durch die Erlöse decken. Dies ist im Geschäftsjahr 2024 gelungen, die Gesellschaft weist einen Jahresgewinn in Höhe von 469 T€ aus.

Die Ertragslage der Gesellschaft im Geschäftsjahr 2024 lässt sich anhand der nachstehenden Sachverhalte besser verdeutlichen:

- Die Erlöse aus der Deponieverfüllung liegen bei 1.995 T€
- Der "Materialaufwand" beläuft sich auf insgesamt 229 T€. Darin enthalten sind 156 T€ für Fremdleistungen, u.a. für die von den Mitarbeitenden der AVL und des Enzkreises für die HDG erbrachten Arbeitsleistungen. Weiterhin enthalten sind Entsorgungs- und Transportkosten für auf der Deponie angenommenen Anlieferungen.
- Der Personalaufwand beträgt 97 T€
- Die Abschreibungen betragen 1.164 T€
- Die Kosten für den sonstigen betrieblichen Aufwand betragen 339 T€, davon für Instandhaltung und Wartung 77 T€ und für externe Beratungskosten 67 T€
- Die Veränderungen innerhalb der Position „Rückstellungen für Umweltschutz“ auf Basis des bisherigen Nachsorgegutachtens, fielen mit 25 T€ im Vergleich zum Vorjahr geringer aus. Der



Anstieg dieser Rückstellung ergibt sich aus der Neubewertung bei den Nachsorgerückstellungen sowie dem entsprechenden Aufzinsungsaufwand.

2.2.7 Kapitalzuführungen und -entnahmen

Im Geschäftsjahr 2024 gab es keine Kapitalzuführungen und -entnahmen durch den Landkreis Ludwigsburg.

2.2.8 Anzahl der Beschäftigten

Bei der Ermittlung wurden die Beschäftigten alle voll berücksichtigt (sog. Kopfzahl). Durch Neuzugänge oder das Ausscheiden von Beschäftigten innerhalb des Jahres können sich Bruchteile bei der Zahl der Beschäftigten ergeben, da die jeweilige Anzahl zum Ende des Quartals als Berechnungsgrundlage dient.

	2024	2023
Beschäftigte insgesamt	4,5	4,5
- davon Aushilfen und geringfügig Beschäftigte	2,5	3,0

2.2.9 Kennzahlen der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Die Vermögens- und Finanzlage ist aus der Bilanz zum 31.12.2024 und den Vorjahreswerten (siehe hierzu 2.3.1) ersichtlich.

Die Ertragslage ist aus der Gewinn- und Verlustrechnung zum 31.12.2024 und den Vorjahreswerten (siehe hierzu 2.3.2) ersichtlich.

Finanzkennzahlen	2024	2023	Veränderung
Eigenkapitalquote	16,81 %	12,22 %	+4,59 %
Anlagendeckung I	73,02 %	35,05 %	+37,97 %
Anlagendeckung II	73,02 %	40,52 %	+32,50 %
Liquiditätsgrad	4.150,84 %	1.399,60 %	+2.751,24 %



2.3 Jahresabschluss des Geschäftsjahres 2024

2.3.1 Bilanz zum 31.12.2024

Aktivseite

	31.12.2024	31.12.2023
	€	€
A. Anlagevermögen		
I. Sachanlagen		
1. Grundstücke und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	2.394,40	3.025,80
2. Technische Anlagen und Maschinen	1.463.334,48	2.559.362,00
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	33.580,47	32.114,25
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	720.668,14	690.584,81
	2.219.977,49	3.285.086,86
B. Umlaufvermögen		
I. Vorräte		
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	5.722,31	9.812,40
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	104.740,79	295.823,99
2. Forderungen gegen Gesellschafter	303.019,23	617.338,19
3. Sonstige Vermögensgegenstände	1.381,97	18.738,85
	409.141,99	931.901,03
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	6.981.052,61	5.171.994,81
C. Aktive Rechnungsabgrenzungsposten	29.285,07	28.419,80
D. Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0,00	0,00
	9.645.179,47	9.427.214,90



Passivseite

	31.12.2024	31.12.2023
	€	€
A. Eigenkapital		
I. Gezeichnetes Kapital	25.000,00	25.000,00
II. Kapitalrücklage	800.000,00	800.000,00
III. Gewinnvortrag / Verlustvortrag	326.577,20	-400.196,69
IV. Jahresgewinn	469.494,48	726.773,89
V. Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0,00	0,00
	<u>1.621.071,68</u>	<u>1.151.577,20</u>
B. Rückstellungen		
Steuerrückstellungen	0,00	0,00
Sonstige Rückstellungen	7.844.758,54	7.836.381,07
	<u>7.844.758,54</u>	<u>7.836.381,07</u>
C. Verbindlichkeiten		
1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	70.779,22	23.763,50
2. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschafter	49.619,50	224.220,53
3. Sonstige Verbindlichkeiten	57.642,36	188.133,91
	<u>178.041,08</u>	<u>436.117,94</u>
D. Passive Rechnungsabgrenzungsposten	1.308,17	3.138,69
	<u>9.645.179,47</u>	<u>9.427.214,90</u>



2.3.2 Gewinn- und Verlustrechnung für den Zeitraum 01.01.2024 – 31.12.2024

	2024	2023
	€	€
1. Umsatzerlöse	2.253.203,05	2.423.819,51
2. Sonstige betriebliche Erträge	120.357,55	11.830,77
	<u>2.373.560,60</u>	<u>2.435.650,28</u>
3. Materialaufwand		
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	4.085,35	-3.608,40
b) Aufwendungen für Deponien	181.039,43	237.880,85
c) Aufwendungen für bezogene Leistungen	44.328,70	92.071,37
	<u>229.453,48</u>	<u>326.343,82</u>
4. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	74.694,16	66.565,43
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen	21.827,52	18.625,28
	<u>96.521,68</u>	<u>85.190,71</u>
5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	1.163.616,70	721.838,43
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen	339.441,90	654.000,10
7. Betriebsergebnis	544.526,84	648.277,22
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	78.717,47	94.213,51
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-131.919,65	-14.522,89
10. Finanzergebnis	-53.202,18	79.690,62
11. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	20.636,18	-0,05
12. Ergebnis nach Steuern	470.688,48	727.967,89
13. Sonstige Steuern	1.194,00	1.194,00
14. Jahresüberschuss	469.494,48	726.773,89



3. RKH Regionale Kliniken Holding und Services GmbH



3.1 Allgemeine Angaben

Anschrift	Posilipostraße 4 71640 Ludwigsburg
Rechtsform	Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)
Gründungsdatum	10.12.2004

3.2 Rechtliche Verhältnisse

3.2.1 Gegenstand des Unternehmens

Bei der RKH Regionale Kliniken Holding und Services GmbH (Kliniken Holding) handelte es sich von 2005 bis 2008 um eine strategische Partnerschaft der RKH Enzkreis-Kliniken gGmbH (Enzkreis-Kliniken, EKK) und der RKH Kliniken Ludwigsburg-Bietigheim gGmbH (Kliniken gGmbH, KLB). Dafür haben zum 01.01.2005 der Enzkreis 51% der Enzkreis-Kliniken und der Landkreis Ludwigsburg zusammen mit der Stadt Bietigheim-Bissingen 51% der Kliniken gGmbH in die Kliniken Holding eingebracht.

Der Landkreis Ludwigsburg und die Kliniken gGmbH haben sich Ende 2006 erfolgreich um den Erwerb der RKH Orthopädischen Klinik Markgröningen gGmbH (OKM) inkl. deren Tochtergesellschaft ORTEMA GmbH (ORTEMA) beworben. Der Erwerb wurde zum 01.07.2007 vollzogen. Die Eingliederung der OKM und der ORTEMA vervollständigt das Leistungsangebot des Klinikverbundes und ermöglicht eine entsprechend dem Gesellschaftszweck sinnvolle Abstimmung, insbesondere der medizinischen Gesundheitsleistungen, in der Region.

Im Verlauf des Jahres 2008 haben sich die kommunalpolitischen Gremien des Klinikverbundes dafür ausgesprochen, die Krankenhäuser Bruchsal und Bretten zum 01.01.2009 in die strategische Partnerschaft aufzunehmen. Die Gesellschaftervertreter haben sich dabei für die gesellschaftsrechtliche Verflechtung nach dem bisherigen Holding-Modell des Klinikverbundes entschieden. Der Landkreis Karlsruhe hat daher die RKH Kliniken des Landkreises Karlsruhe gGmbH (KLK) gegründet und seine Krankenhäuser in diese Gesellschaft übertragen. Die Kliniken des Landkreis Karlsruhe wurden wie die RKH Enzkreis-Kliniken und die RKH Kliniken gGmbH zu 51% in die Regionale Kliniken Holding eingebracht. Die RKH Kliniken des Landkreises Karlsruhe gGmbH hat ihr Tochterunternehmen RKH Klinikenservice und Gastronomie im Landkreis Karlsruhe GmbH (KSG KA) ebenso in den Verbund eingebracht. Der Zusammenschluss hat bereits und wird weiterhin auf allen Seiten zu positiven Effekten führen. Die einheitliche Geschäftsführung steht dabei für eine einheitliche Steuerung und Zielorientierung.



3.2.2 Beteiligungsverhältnisse

Das **Stammkapital** der Gesellschaft beträgt 2.247.000 €

Gesellschafter	Anteil am Stammkapital	Anteil
Landkreis Ludwigsburg	1.123.500 €	50 %
Enzkreis	292.110 €	13 %
Stadt Bietigheim-Bissingen	337.050 €	15 %
Landkreis Karlsruhe	494.340 €	22 %

3.2.3 Beteiligungen des Unternehmens

Beteiligungen	Anteil am Stammkapital	Anteil
RKH Kliniken Ludwigsburg-Bietigheim gGmbH	2.805.000 €	51 %
RKH Enzkreis-Kliniken gGmbH	1.530.000 €	51 %
RKH Kliniken des Landkreises Karlsruhe gGmbH	2.040.000 €	51 %

3.2.4 Besetzung der Organe, sowie Gesamtbezüge der Geschäftsführung und des Aufsichtsrats

Organ	Funktion	Name des Mitglieds
Gesellschafterversammlung	Landkreis Ludwigsburg	Landrat Dietmar Allgaier
	Enzkreis	Landrat Bastian Rosenau
	Stadt Bietigheim-Bissingen	OB Jürgen Kessing
	Landkreis Karlsruhe	Landrat Dr. Christoph Schnaudigel
Geschäftsführung	Geschäftsführer	Prof. Dr. Jörg Martin (bis 30.09.2024)
		Dr. Marc Nickel (ab 01.10.2024)
		Axel Hechenberger (ab 01.08.2024)
Aufsichtsrat	Vorsitz	Landrat Dietmar Allgaier
	1. stv. Vorsitz	Landrat Bastian Rosenau
	2. stv. Vorsitz	OB Jürgen Kessing
	3. stv. Vorsitz	Landrat Dr. Christoph Schnaudigel



Aufsichtsrat der KLB	Vertreter des Landkreises Ludwigsburg	
	Mitglieder - CDU	Karl-Heinz Schlumberger***
		Claus-Dieter Meyer***
		Ralf Trettner***
	Mitglieder - Freie Wähler	Jan Trost***
		Dirk Schaible***
		Werner Möhrer*
		Jürgen Scholz**
	Mitglieder - SPD	Egon Beck***
		Ramona Schröder*
	Mitglieder - Grüne	Dr. Uwe Stoll***
		Jürgen Waser*
		Daniel Christen**
	Mitglied – AfD	Dr. Matthias Weißert**
	Mitglieder - FDP	Dr. Horst Ludewig*
		Jochen Eisele**
	Vertreter der Stadt Bietigheim-Bissingen	
	Mitglieder - CDU	Marcus List***
		Dr. Alfred Theil**
	Mitglied - SPD	Thomas Reusch-Frey***
	Mitglieder - FW	Dr. Wassilios Amanatidis*
		Eberhard Blatter**
	Mitglied - FDP	Dr. Arno Steiler*
Mitglied - GAL	Traute Theurer***	
Vertreter der Arbeitnehmer		
Betriebsrat	Dr. Gerhard Locher***	
	Hagen Klee***	



Aufsichtsrat der EKK	Vertreter des Enzkreises	
	Mitglieder - FW	Werner Henle***
		Horst Martin*
		Fabian Bader**
	Mitglied - CDU	Günter Bächle***
	Mitglied - SPD	Dr. Till Neugebauer***
	Mitglied - Grüne	Hasan Özer***
	Mitglied - FDP	Frank Schneider***
	Mitglied - AfD	Dr. Christoph Wichardt***
	Vertreter der Arbeitnehmer	
Betriebsrat	Sascha Griesinger***	
	Dr. Michael Unseld***	
Aufsichtsrat der KKK	Vertreter des Landkreises Karlsruhe	
	Mitglieder - CDU	Tony Löffler*
		Andreas Glaser***
		Michael Nöltner***
		Klaus-Dieter Scholz***
		Sven Weigt**
	Mitglieder – SPD	Markus Rupp***
		Eberhard Schneider***
	Mitglieder – FW	Prof. Dr. Jürgen Wacker**
		Eberhard Roth*
		Felix Geider**
	Mitglieder – Grüne	Uwe Rohrer*
		Cornelia Petzold-Schick***
		Monika Lauber*
	Mitglied – FDP/ULi	Dorothee Eckes**
	Mitglieder – AfD	Andreas Laitenberger***
Dr. Thomas Markus Kastell**		
Vertreter der Arbeitnehmer		
Betriebsrat	Monika Zink***	
	Thorsten Emmerich***	

(* = bis 12.12.2024; ** = ab 12.12.2024; *** = bis/ab 12.12.2024)

Die Konstituierung des neuen Aufsichtsrates der RKH Regionale Kliniken Holding und Services GmbH fand am 12.12.2024 statt.



Gesamtbezüge der Mitglieder der Geschäftsführung und des Aufsichtsrats:

Die Bezüge der Konzern-Geschäftsführung beliefen sich auf 620.599 € (hinzukommen weitere Bezüge des laufenden Jahres, die im Folgejahr ausgezahlt werden, und zwar Prämien von max. 120.000 €, sowie eine Abfindung in Höhe von 500.000 €). Für 2023 sind der Geschäftsführung im Jahr 2024 Prämien des Vorjahres in Höhe von 40.000 € zugeflossen. In den Bezügen sind 22.099 € Zuschüsse für Altersversorgung bzw. Umlage (ZVK) enthalten. Die Bezüge beziehen sich in Höhe von 36.000 € auf die Unterstützung der Geschäftsführung der Kreiskliniken Reutlingen GmbH sowie mit 22.500 € auf die alleinige Geschäftsführertätigkeit in den Gesellschaften:

- RKH Regionale Kliniken Holding und Services GmbH,
- RKH Kliniken Ludwigsburg-Bietigheim gGmbH,
- RKH Enzkreis-Kliniken gGmbH,
- RKH Kliniken des Landkreises Karlsruhe gGmbH,
- RKH Orthopädische Klinik Markgröningen gGmbH,
- RKH Klinikenservice und Gastronomie GmbH,
- RKH Klinikenservice und Gastronomie im Landkreis Karlsruhe GmbH,
- ORTEMA GmbH,
- RKH MVZ Klinikum Ludwigsburg gGmbH,
- RKH MVZ Enzkreis-Kliniken gGmbH,
- RKH MVZ Orthopädische Klinik Markgröningen gGmbH,
- RKH MVZ Kliniken des Landkreises Karlsruhe gGmbH.
- RKH Privatkliniken GmbH.

Die Auszahlungen erfolgten durch die RKH-Holding und wurden im Rahmen des Managementvertrages verrechnet.

Die Mitglieder des Aufsichtsrates sind ehrenamtlich tätig. An Aufwandsentschädigungen anlässlich der Aufsichtsratssitzungen der RKH-Holding wurden ausbezahlt:

2024: 44.475 €
2023: 45.350 €

Holdingsweit sind im Kalenderjahr 2024 Sitzungsgelder in Höhe 89.074 € (Vj. 94.800 €) für die Aufsichtsratsgremien angefallen. Nicht berücksichtigt sind hier Materialkosten, Arbeitsaufwand für die Vorbereitung der Sitzungen, Arbeitszeit für die Teilnahme von Mitarbeitern an Sitzungen.

3.2.5 Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks des Unternehmens

Die Verbundpartner der Kliniken Holding haben das Ziel, die Zusammenarbeit ihrer Standorte und damit die Patientenversorgung in ihren Einzugsgebieten und darüber hinaus zu sichern und auszubauen. Dies ist in den jeweiligen Gesellschaftsverträgen festgeschrieben. Die Verbundpartner passen ihre Krankenhauseinrichtungen den Marktgegebenheiten flexibel an, bündeln in der Holding Know-how, heben damit Synergien und optimieren ihre betrieblichen Prozesse zum Vorteil der Patientinnen und Patienten und zur Entlastung der öffentlichen Haushalte.

Der deutsche Krankenhausmarkt ist gekennzeichnet von Fusionen, Schließungen und einer Veränderung der Träger- bzw. Gesellschafterstrukturen. So zeigt sich, dass innerhalb der vergangenen Jahre insbesondere die Anzahl der Krankenhäuser in öffentlicher Trägerschaft abgenommen hat. Die in rein „privater“ Trägerschaft organisierten Klinikunternehmen konnten dagegen eine Zunahme verzeichnen. Auch ausländische Klinikunternehmen drängen auf den deutschen Krankenhausmarkt. Einerseits wird die Trägervielfalt von der Gesundheitspolitik



gewünscht, andererseits ergeben sich durch die konträren Unternehmensziele ungleiche Voraussetzungen, um sich im Verdrängungswettbewerb durchsetzen zu können. Die Gesetzgebung macht durch ihre Entscheidungen deutlich, dass eine konsequente Marktberreinigung gewollt ist. Die Verbundpartner der Kliniken Holding zeigen durch ihr Handeln und ihre jeweilige Unternehmensentwicklung, dass sie diese Tendenzen früh wahrgenommen und die notwendigen Veränderungen mit der Gründung und der Erweiterung der Holding rechtzeitig aus eigenem Antrieb angestoßen und umgesetzt haben.

3.2.6 Grundzüge des Geschäftsverlaufs und Lage des Unternehmens

Allgemeines zur Gesellschaft

Zweck der Gesellschaft ist die Sicherstellung einer bedarfsgerechten medizinischen und pflegerischen Versorgung der Bevölkerung in den Landkreisen Ludwigsburg, Karlsruhe sowie dem Enzkreis, insbesondere durch die Organisation vor-, nach-, teil- oder vollstationärer sowie ambulanter Leistungen, deren Finanzierung sowie den Betrieb von Einrichtungen, die dem Zweck des Unternehmens dienen. Dabei ist die Gesellschaft entweder unmittelbar selbst tätig oder aber mittelbar durch das Halten von Beteiligungen an gemeinnützigen Krankenhausgesellschaften sowie deren Steuerung und Finanzierung. Wie oben dargestellt, ist die Gesellschaft zu je 51% an den RKH Kliniken Ludwigsburg-Bietigheim gGmbH, den RKH Enzkreis-Kliniken gGmbH und den RKH Kliniken des Landkreises Karlsruhe gGmbH beteiligt. Die Geschäftstätigkeit der RKH Regionale Kliniken Holding und Services GmbH selbst unterteilt sich seit 2008 in zwei Geschäftsfelder – das Verbundlabor und die Managementdienstleistungen.

Wichtige operative Vorgänge des Geschäftsjahres

Die Geschäftstätigkeit der RKH Regionale Kliniken Holding und Services GmbH unterteilt sich in zwei Geschäftsfelder.

Das Verbundlabor bedient alle Kliniken des Verbundes mit allen laboratoriumsmedizinischen Leistungen. „Zentral“ steht hier für eine einheitliche Führung, einheitliche Qualitätsstandards und Prozesse. Weiterhin verfügen alle Standorte über Laboreinrichtungen, die an dem individuellen Bedarf ausgerichtet sind. Zudem werden von den vier Blutdepots an den Standorten Ludwigsburg, Bietigheim, Markgröningen und Bruchsal Blutprodukte an die Kliniken ausgegeben. Schrittweise wurde der gesamte Gerätepark und die Analyse- und Diagnostikgeräte an allen Standorten angeglichen. Dadurch entstehen Synergieeffekte, von denen wiederum die Kliniken - als Kunden - profitieren. Außerdem werden für alle Standorte auch die mikrobiologischen Untersuchungen selbst erbracht. Zudem erfolgte letztes Jahr die Umstellung auf ein neues Analysesystem in der Klinischen Chemie an allen Standorten. Der Aufbau einer holdingweiten Abteilung für Infektionsprävention und Hygienemanagement ist ebenso abgeschlossen. In einer weiteren Stufe wurde der Bereich der Bakteriologie neu strukturiert und wird als Sektion innerhalb des Institutes fachlich eigenständig geführt. Zudem erfolgte eine noch engere Verzahnung mit der Abteilung Hygiene. Beide Bereiche haben eine einheitliche Führungsstruktur. Der selbständige Bereich der Krankenhaushygiene ist in der Krisenbewältigung unter dem Arbeitstitel „Infektionsmanagement“ Dreh- und Angelpunkt zur Überwachung des Infektionsgeschehens und zur Steuerung von Gegenmaßnahmen.

Auf Basis eines Gutachtens zur Optimierung der Laborleistungen wurden neben den Anpassungen im Gerätepark die Anforderungsmuster durch die Kliniken untersucht und mittels Standards konsolidiert. Auch wurde das Standortkonzept überarbeitet. Das Verbundlabor verrechnet seine Leistungen nach verbundeinheitlichen Preisen. Zusätzlich werden Leistungen an Dritte außerhalb der Holding angeboten.



Die Investitionen werden aus Eigenmitteln in Kombination mit geplanten kurzfristigen Bankdarlehen finanziert.

Im Planungshorizont sind Ersatzbeschaffungen veranschlagt, wobei die Gerätenutzung von den Herstellern meist über das System „pay per use“ abgerechnet werden.

Weiterhin nimmt die Kliniken Holding ihre zentralen Steuerungsaufgaben wahr und erbringt ihre Dienstleistungen für die Verbundgesellschaften. Um dies zu untermauern sind alle standortübergreifend verantwortlichen Führungskräfte der administrativen Bereiche arbeitsrechtlich bei der Holding angesiedelt. Bei den standortübergreifenden Tätigkeiten handelt es sich um die Akademie und die Bereiche Arbeitsschutz & Brandschutz, Bau & Technik, Recht & Datenschutz, Einkauf, Finanzen, Innenrevision, Katastrophenschutz, Marketing, Personal, Qualitätsmanagement, Simulationszentrum, zentrale Informationsverarbeitung & Medizintechnik und operatives Management und Versorgung. Weitere gesellschaftsübergreifend tätige Bereiche, wie das Projektteam Prävention, das Team für Vergaben und Ausschreibungen oder IT-Spezialisten für das Führungsinformationssystem sind mittlerweile ebenfalls bei der RKH Holding angestellt. Durch weitere Umstrukturierungen kann sich Anzahl der holdingweit verantwortlichen Mitarbeiter nach Bedarf anpassen und bei den Klinikgesellschaften entsprechend reduzieren. In den Jahren 2022 bis 2026 haben die auf RKH-Ebene beschiedenen Förderprojekte aus dem Krankenhausfinanzierungsgesetz eine hohe Bedeutung. Neben der technischen Infrastruktur wird das Team der IT, das auch bei der RKH Holding angestellt sein wird – im Rahmen der Förderung – aufgebaut.

Die RKH Holding nimmt auch außerhalb des Verbundes eine beratende und koordinierende Rolle z. B. beim Aufbau von überregionalen Projekten und Kooperationen im Bereich der Telemedizin wahr und beteiligt sich aktiv am Fördervorhaben des Landes Baden-Württemberg „MEDI:CUS“ für die Nutzung von Cloud-Diensten in Krankenhäusern.

Vom 01.05.2020 bis zum 30.04.2025 hat die RKH Holding das Management für die Kreiskliniken Reutlingen (KKRT) und deren Tochtergesellschaften gestellt. In dieser Zeit wurde die Geschäftsführung der KKRT durch Herrn Professor Jörg Martin (Vorsitzender der Geschäftsführung der RKH bis 30.09.2024) und Herrn Dominik Nusser (bis 2020 Regionaldirektor bei der Enzkreis-Kliniken gGmbH) besetzt.

Investitionsbereich

Im Jahr 2024 wurden rd. 148 T€ (Vj. 494 T€) für den Gerätepark des Labors aufgewendet.

Die Investitionen werden aus Eigenmitteln in Kombination mit geplanten kurzfristigen Bankdarlehen finanziert. Im Jahr 2024 war es nicht notwendig dafür Darlehen aufzunehmen.

Jahresabschluss

Das Geschäftsjahr 2024 schließt mit einem Jahresdefizit in Höhe von -282.637 € (Vj. 86.249 €) ab. Geplant war ein Plus in Höhe von 81.000 €. Die Bilanzsumme beläuft sich auf 13.775.260 € (Vj. 11.909.118 €).

Ertragslage

Die Umsatzerlöse aus dem Kernbereich zeigen die für die Verbundstandorte erbrachten Laborleistungen. Zusätzlich werden Laborleistungen für Patienten erbracht, die ihre Leistungsabrechnung selbst bzw. über private Versicherungsnehmer begleichen. Die Verrechnungspreise innerhalb des Verbundes werden mit marktüblichen Methoden ermittelt und den Kunden (Kliniken) in Rechnung gestellt.



Der Sachbedarf wird überwiegend von der Zentralen Materialwirtschaft beim Klinikum Ludwigsburg bezogen. Reagenzien und spezielle Hilfsmittel für die labortechnische Befundung werden bei entsprechend spezialisierten Fremdlieferanten beschafft.

Der medizinische Bedarf verändert sich in Abhängigkeit des Anforderungsverhaltens der Kliniken sowie neuen Vorschriften.

Im Geschäftsjahr haben sich vor allem die Erlöse aus ambulanten Leistungen im Bereich CA-Privatambulanz positiv entwickelt, was eine Steigerung von +100 T€ (1.002 T€, Vj. 902 T€) ausmacht.

Der medizinische Bedarf ist um -1,2 Mio. € (5,6 Mio. €, Vj. 6,8 Mio. €) gesunken, was zum einen auf die Umstellung der Verrechnungsart der Blutgasgeräte von Preis pro Packung auf Preis pro Befund zurückzuführen ist und zum anderen auf verminderte Aufwendungen im Bereich Laborbedarf.

Die Erlössteigerung im Managementbereich resultiert im Wesentlichen durch weitere Umstrukturierungen bei den holdingweit verantwortlichen Führungskräften und der damit verbundenen Kostenerstattung, korrespondierend mit den insgesamt höheren Personalaufwendungen.

Der Managementvertrag mit den Kreiskliniken Reutlingen besteht seit 2020. Im Jahr 2024 erfolgt jedoch keine Erfolgsbeteiligung. In den sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind die Mietaufwendungen inkl. Nebenkosten für die genutzten Räume an den Standorten enthalten.

Vermögenslage

Neben den laufenden Investitionen wurde, wie bereits in den Vorjahren, der Gerätepark im Rahmen der notwendigen Erweiterungsschritte erneuert bzw. ausgebaut.

Die Vorräte wurden gegenüber den Jahren, u.a. durch die geringere Vorhaltung von Covid-Tests, abgebaut. Die Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen sind durch die Schlussrechnungen stark angestiegen, dies korrespondiert in Teilen mit den Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen. Das Eigenkapital reduziert sich um den Jahresfehlbetrag 2024 (-282.637 €).

Das Bilanzvolumen erhöht sich wie bereits beschrieben durch den im neuen Geschäftsjahr erfolgten Zahlungsverkehr zwischen der RKH Holding und den Verbundgesellschaften zum Bilanzstichtag.

Bei der Gründung (2005) und Erweiterung (2009) der RKH haben sich der Landkreis Ludwigsburg, der Enzkreis, der Landkreis Karlsruhe und die Große Kreisstadt Bietigheim-Bissingen (zusammen RKH-Gesellschafter) dafür entschieden, dass die wirtschaftlichen Risiken der Klinikgesellschaften von der für die jeweilige Klinikgesellschaft zuständigen Gebietskörperschaft getragen werden. Risiken können damit nicht die wirtschaftliche Stellung einer anderen Gebietskörperschaft beeinflussen. Dieses Örtlichkeitsprinzip ist auch auf die RKH Holding als eigenständige Gesellschaft anzuwenden.

Die RKH führt im Finanzanlagevermögen die Beteiligungsansätze (51 %) an den Klinikgesellschaften der jeweiligen Gebietskörperschaften. Somit ist die Bilanzstruktur (Finanzanlagevermögen und Eigenkapital) der RKH selbst an die Werthaltigkeit dieser Beteiligungen gebunden. Aufgrund der unterschiedlichen wirtschaftlichen Entwicklungen dieser Klinikgesellschaften müsste jeweils zum Bilanzstichtag eine Neubewertung der



Beteiligungsansätze durchgeführt werden. Dies würde zur Veränderung des Bilanzbildes der RKH insgesamt führen. Das Örtlichkeitsprinzip wäre damit nicht mehr gewährleistet.

Die RKH-Gesellschafter haben bereits im Jahr 2013 in ihren zuständigen Gremien beschlossen, dass sie die Werthaltigkeit, der bei der RKH Holding bilanzierten Beteiligungsansätze durch mit der RKH Holding selbst abzuschließende Vereinbarungen sichern.

Übersicht der Garantiebeträge der RKH-Gesellschafter bzgl. deren Klinikgesellschaft:	
Landkreis Ludwigsburg bzgl. Kliniken gGmbH	2.103.750 €
Stadt Bietigheim-Bissingen bzgl. Kliniken gGmbH	701.250 €
Enzkreis bzgl. Enzkreis-Kliniken gGmbH	1.530.000 €
Landkreis Karlsruhe bzgl. KLK gGmbH	2.040.000 €
Insgesamt	6.375.000 €

Nur in dem Fall, dass ein RKH-Gesellschafter sich dafür entscheiden sollte, die RKH zu verlassen, um alleiniger Gesellschafter „seiner“ Klinikgesellschaft zu werden, würden Zahlungen zwischen der RKH und den RKH-Gesellschaftern ausgelöst. Die konkreten Regelungen zur Steuerung der Zahlungsflüsse werden noch im Gesellschaftsvertrag der RKH bzw. durch eine Anpassung des Konsortialvertrages durch die zuständigen Gremien beschlossen.

Finanzlage

Durch die unternehmerische Tätigkeit und den damit verursachten Geldmittelflüssen verändert sich die Kapitalstruktur stetig. Im Vergleich zum Vorjahr sinkt auch durch den Jahresfehlbetrag die Eigenkapitalquote. Die Umsatzentwicklung des Laborbetriebes ist weitestgehend abhängig vom Anforderungsverhalten der Kliniken und deren eigener Entwicklung. Die Umsätze durch die Umlage der Managementleistungen und die zunehmende Zusammenführung von Geschäftsvorfällen, die z. B. durch Rahmenverträge abgebildet werden und zunächst finanziell über die RKH abgewickelt werden, steigen planmäßig an und zeigen die starke Vernetzung innerhalb des Verbundes. Der Zuwachs an Leistungsbeziehungen mit Dritten stärkt neben dem Betriebsergebnis auch die Finanzlage.

3.2.7 Kapitalzuführungen und -entnahmen

Im Geschäftsjahr 2024 gab es, wie in den Vorjahren, keine Kapitalzuführungen und -entnahmen durch den Landkreis Ludwigsburg.

3.2.8 Anzahl der Beschäftigten

Im Berichtsjahr betrug die durchschnittliche Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer:

	2024	2023
Beschäftigte	231	216
- davon TVöD-K	224	207
- davon TV-Ärzte/VKA	7	9



Zum Stichtag 31.12.2024 ergeben sich folgende Personalkenngrößen:

Kenngrößen	2024	2023
Anzahl der Beschäftigten	236	212
Anzahl der Vollkräfte	188	170
Anteil der weiblichen Beschäftigten	74 %	73 %
Anteil der in Teilzeit Beschäftigten	37 %	38 %

3.2.9 Kennzahlen der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Die Vermögens- und Finanzlage ist aus der Bilanz zum 31.12.2024 und den Vorjahreswerten (Darstellung in 3.3.1) ersichtlich.

Die Ertragslage ist aus der Gewinn- und Verlustrechnung zum 31.12.2024 und den Vorjahreswerten (Darstellung in 3.3.2) ersichtlich.

Finanzkennzahlen	2024	2023	Veränderung
Eigenkapitalquote	43,3 %	52,5 %	-9,2 %
Anlagendeckung I	84,9 %	88,8 %	-3,9 %
Anlagendeckung II	84,9 %	88,8 %	-3,9 %
Liquiditätsgrad	81,8 %	77,9 %	+3,9 %



3.3 Jahresabschluss des Geschäftsjahres 2024

3.3.1 Bilanz zum 31.12.2024

Aktivseite	2024 €	2024 €	2023 €	2023 €
A. Anlagevermögen				
I. Sachanlagen (Einrichtung und Ausstattung)	640.873,00		662.202,00	
II. Finanzanlagen, hier Beteiligungen	6.375.000,00	7.015.873,00	6.375.000,00	7.037.202,00
B. Umlaufvermögen				
I. Vorräte				
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe		298.129,57		452.077,66
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände				
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	1.583.494,24		1.833.637,35	
2. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	4.396.387,01		1.860.109,90	
3. Sonstige Vermögensgegenstände	109.938,20	6.089.819,45	123.098,31	3.816.845,56
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten		307.868,18		594.617,60
C. Rechnungsabgrenzungsposten		63.570,08		8.375,45
		<u>13.775.260,28</u>		<u>11.909.118,27</u>
Passivseite				
	2024	2024	2023	2023
A. Eigenkapital				
I. Gezeichnetes Kapital	2.247.000,00		2.247.000,00	
II. Kapitalrücklagen	3.166.076,22		3.166.076,22	
III. Gewinnrücklagen	795.049,15		708.800,21	
IV. Jahresüberschuss	-282.636,65	5.925.488,72	86.248,94	6.208.125,37
B. Rückstellungen				
1. Steuerrückstellungen	7.000,00		7.000,00	
2. Sonstige Rückstellungen	1.294.000,00	1.301.000,00	1.078.000,00	1.085.000,00
C. Verbindlichkeiten				
1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	1.462.981,26		1.170.259,92	
2. Verbindlichkeiten ggü. Gesellschaftern	240.738,00		0,00	
3. Verbindlichkeiten ggü. verbundenen Unternehmen	3.838.191,02		3.031.846,27	
4. Sonstige Verbindlichkeiten	1.006.861,28	6.548.771,56	413.886,71	4.615.992,90
		<u>13.775.260,28</u>		<u>11.909.118,27</u>



3.3.2 Gewinn- und Verlustrechnung für den Zeitraum 01.01.2024 – 31.12.2024

	2024 €	2024 €	2023 €	2023 €
1. Umsatzerlöse	30.677.395,06		28.630.378,66	
2. Sonstige betriebliche Erträge	262.306,46	30.939.701,52	85.682,84	28.716.061,50
3. Materialaufwand und bezogene Leistungen				
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	5.657.567,50		6.882.166,88	
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	170.628,12	5.828.195,62	137.563,66	7.019.730,54
4. Personalaufwand				
a) Löhne und Gehälter	16.840.562,26		14.312.529,16	
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung davon für die Altersversorgung	3.745.104,21	20.585.666,47	3.167.064,76	17.479.593,92
	(1.102.883,33)		(948.870,59)	
Zwischenergebnis		4.525.839,43		4.216.737,04
5. Abschreibungen auf <u>imm.</u> Vermögens- gegenstände und Sachanlagen	168.733,83		149.910,65	
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen	4.666.406,15	4.835.139,98	3.931.490,09	4.081.400,74
Zwischenergebnis		-309.300,55		135.336,30
7. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	613,00		317,00	
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	1.699,99	-1.086,99	1.908,00	-1.591,00
9. Steuern vom Einkommen und Ertrag		-27.750,89		47.496,36
10. Ergebnis nach Steuern		-282.636,65		86.248,94
11. Jahresfehlbetrag (Jahresüberschuss)		-282.636,65		86.248,94



4. RKH Kliniken Ludwigsburg-Bietigheim gmbH



4.1 Allgemeine Angaben

Anschrift	Posilipostraße 4 71640 Ludwigsburg
Rechtsform	Gemeinnützige Gesellschaft mit beschränkter Haftung (gGmbH)
Gründungsdatum	17.12.1993

4.2 Rechtliche Verhältnisse

4.2.1 Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb der Krankenhäuser in Bietigheim-Bissingen und Ludwigsburg. Die Gesellschaft wird diese Krankenhäuser gleichwertig nach dem jeweiligen Versorgungsauftrag entsprechend dem medizinischen, personellen, technischen, organisatorischen und baulichen Fortschritt weiterentwickeln.

Der Betrieb der Krankenhäuser umfasst voll- und teilstationäre sowie vor- und nachstationäre Krankenhausleistungen und ambulante ärztliche, medizinisch-technische und physikalische Leistungen.

4.2.2 Beteiligungsverhältnisse

Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt 5.500.000 €

Gesellschafter	Anteil am Stammkapital	Anteil
Landkreis Ludwigsburg	2.021.250 €	36,75 %
RKH Regionale Kliniken Holding und Services GmbH	2.805.000 €	51,00 %
Stadt Bietigheim-Bissingen	673.750 €	12,25 %

4.2.3 Beteiligungen des Unternehmens

Beteiligungen	Anteil am Stammkapital	Anteil
Energieversorgungsgesellschaft Klinikum Ludwigsburg mbH	25.564,59 €	33,33 %
Gesellschaft für Qualität und Management im Krankenhaus mbH	5.000 €	7,69 %
RKH Klinikenservice und Gastronomie GmbH	25.000 €	100 %
RKH MVZ Klinikum Ludwigsburg gGmbH	25.000 €	100 %
RKH Orthopädische Klinik Markgröningen GmbH	4.545.100 €	100 %
RadioOnkologicum MVZ GmbH	12.500 €	50 %
Lumis Südwest GmbH	7.500 €	2,78 %



4.2.4 Besetzung der Organe, sowie Gesamtbezüge der Geschäftsführung und des Aufsichtsrats

Organ	Funktion	Name des Mitglieds
Gesellschafterversammlung	Landkreis Ludwigsburg	Landrat Dietmar Allgaier
	Regionale Kliniken Holding	Prof. Dr. Jörg Martin (bis 30.09.2024)
		Dr. Marc Nickel (ab 01.10.2024)
		Axel Hechenberger (ab 01.08.2024)
	Stadt Bietigheim-Bissingen	OB Jürgen Kessing
Geschäftsführung	Geschäftsführer	Prof. Dr. Jörg Martin (bis 30.09.2024)
		Dr. Marc Nickel (ab 01.10.2024)
		Axel Hechenberger (ab 01.08.2024)
Aufsichtsrat	Vorsitz	Landrat Dietmar Allgaier
	Stv. Vorsitz	OB Jürgen Kessing
	Vertreter des Landkreises Ludwigsburg	
	Mitglieder - CDU	Karl-Heinz Schlumberger***
		Claus-Dieter Meyer***
		Ralf Trettner***
	Mitglieder - Freie Wähler	Jan Trost***
		Dirk Schaible***
		Werner Möhrer*
		Jürgen Scholz**
	Mitglieder - SPD	Egon Beck***
		Ramona Schröder*
	Mitglieder - Grüne	Dr. Uwe Stoll***
		Jürgen Waser*
		Daniel Christen**
	Mitglied – AfD	Dr. Matthias Weißert**
	Mitglieder - FDP	Dr. Horst Ludewig*
		Jochen Eisele**
	Vertreter der Stadt Bietigheim-Bissingen	
	Mitglieder - CDU	Marcus List***
		Dr. Alfred Theil**
Mitglied - SPD	Thomas Reusch-Frey***	
Mitglieder - FW	Dr. Wassilios Amanatidis*	
	Eberhard Blatter**	
Mitglied - FDP	Dr. Arno Steiler*	
Mitglied - GAL	Traute Theurer***	
Vertreter der Arbeitnehmer		
Betriebsrat	Dr. Gerhard Locher***	
	Hagen Klee***	

(* = bis 19.11.2024; ** = ab 19.11.2024; *** = bis/ab 19.11.2024)

Die Konstituierung des neuen Aufsichtsrates der RKH Kliniken Ludwigsburg-Bietigheim gGmbH fand am 19.11.2024 statt.



Gesamtbezüge der Mitglieder der Geschäftsführung und des Aufsichtsrats:

Die Gesellschaft macht bezüglich der Bezüge der Geschäftsführung von den Befreiungsvorschriften nach § 286 Abs. 4 HGB Gebrauch.

Die Mitglieder des Aufsichtsrates sind ehrenamtlich tätig. An Aufwandsentschädigungen anlässlich der Aufsichtsratssitzungen wurden ausbezahlt:

2024: 13.637 €

2023: 15.050 €

4.2.5 Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks des Unternehmens

Der Landkreis Ludwigsburg verfolgt mit der Gesellschaft die bedarfsgerechte Versorgung der Bevölkerung des Landkreises Ludwigsburg nach Maßgabe des Krankenhausplans des Landes mit leistungsfähigen, wirtschaftlich gesicherten Krankenhäusern sowie die medizinisch zweckmäßige und ausreichende Versorgung der in diesen Krankenhäusern behandelten Patienten. Der dem Landkreis obliegende gesetzliche Auftrag zur Krankenversorgung für das gesamte Kreisgebiet entsprechend § 3 Landeskrankenhausgesetz wird durch die Gesellschaft mit dem Betrieb der Krankenhäuser in Bietigheim-Bissingen und Ludwigsburg erfüllt. Dabei steht die Gesellschaft im stetigen Spannungsfeld zwischen stagnierenden und teilweise real rückläufigen Leistungsvergütungen, steigenden (Fix-) Kosten und wachsenden Anforderungen der Gesellschaft. Insbesondere die Bedürfnisse der „kleinen Häuser“ und die Bedürfnisse der darin versorgten Patienten werden unter den gesetzlichen Rahmenbedingungen immer noch nicht ausreichend berücksichtigt.

4.2.6 Grundzüge des Geschäftsverlaufs und Lage des Unternehmens

Allgemeines zur Gesellschaft

Wie bereits beim Gegenstand des Unternehmens beschrieben, betreibt die Gesellschaft die Krankenhäuser in Ludwigsburg und Bietigheim-Bissingen. Sie entwickelt diese Krankenhäuser gleichwertig nach dem jeweiligen Versorgungsauftrag entsprechend dem medizinischen, personellen, technischen, organisatorischen und baulichen Fortschritt weiter. Der Betrieb der Krankenhäuser umfasst voll- und teilstationäre sowie vor- und nachstationäre Krankenhausleistungen und ambulante ärztliche, medizinisch-technische und physikalische Leistungen.

Finanzierungsgrundsätze

Das Krankenhausfinanzierungsgesetz (KHG) legt fest, dass die wirtschaftliche Sicherung der Krankenhäuser durch die sogenannte duale Finanzierung erfolgen soll. Darauf aufsetzend regeln zahlreiche Gesetze, Verordnungen und Richtlinien die speziellen Finanzierungsregeln.

Demnach sollen die Investitionskosten im Rahmen der öffentlichen Förderung übernommen werden. Da die zwei Krankenhäuser in den Krankenhausplan des Landes Baden-Württemberg aufgenommen sind, erfüllen sie die Voraussetzungen des KHG und erhalten sowohl Einzelfördermittel als auch Pauschalfördermittel. Bei beiden Förderbereichen reichen die Landesmittel nicht aus, um die notwendigen Investitionen voll zu finanzieren.

Bei der Gründung und Erweiterung der RKH haben sich die Landkreise Ludwigsburg, Enzkreis, Karlsruhe und die Große Kreisstadt Bietigheim-Bissingen dafür entschieden, dass die wirtschaftlichen Risiken der Klinikgesellschaften von der für die jeweilige Klinikgesellschaft zuständigen Gebietskörperschaft (Landkreis) getragen werden. Risiken können damit nicht die



wirtschaftliche Stellung einer anderen Gebietskörperschaft beeinflussen. Nach diesem Örtlichkeitsprinzip, das in Konsortialverträgen festgelegt wurde, gewähren die Landkreise ihrer jeweiligen Klinikgesellschaft zum Beispiel Investitionszuschüsse in Form der Erstattung des Kapitaldienstes. Daneben wurde in den Konsortialverträgen festgelegt, dass bei Absinken des Eigenkapitals unter den Betrag des Stammkapitals einer Klinikgesellschaft, der zuständige Landkreis „seiner“ Klinikgesellschaft einen Ausgleich zur Verfügung stellt.

Der Landkreis Ludwigsburg hat bereits mit der Verabschiedung der Unternehmensplanung 2013 beschlossen, dass der Landkreis Ludwigsburg die Finanzierung der baulichen Entwicklung in wesentlich höherem Maße unterstützt. Um alle Standorte weiterzuentwickeln, wurden zusätzlich neue strategisch bedeutsame Projekte für den Finanzplanungszeitraum vorgesehen, bei denen wiederum der Landkreis Ludwigsburg neu entstehenden Kapitaldienst, unter Berücksichtigung von Fördermitteln, den Kliniken erstatten wird. Im Herbst 2022 hat der Landkreis Ludwigsburg vor dem Hintergrund anstehender bedeutsamer Investitionsmaßnahmen die Fortführung dieser Erstattungssystematik beschlossen. Im Rahmen der Erstattungen werden dann auch direkte Zuschüsse für projektbezogene nicht aktivierungsfähige Kosten, wie z. B. Abbruchkosten, abgebildet. Im Geschäftsjahr 2024 ergibt sich eine Kapitaldiensterrstattung in Höhe von 13.413.683 € (Planansatz 14,4 Mio. €). Für das Planjahr 2025 ist eine Kapitaldiensterrstattung in Höhe von 14,6 Mio. € vorgesehen.

Mit dem Jahresergebnis 2024 sind bei der KLB nach handelsrechtlicher Berechnung die Kapital- und Gewinnrücklagen verbraucht. Dies bedeutet, dass nach den Regelungen des Konsortialvertrages der Landkreis Ludwigsburg den Fehlbetrag zusätzlich zum oben genannten Investitionszuschuss trägt und der KLB erstattet. Zum Bilanzstichtag 31.12. wird der ausstehende Ausgleichsbetrag als Forderung gegen den Landkreis Ludwigsburg zugunsten des Eigenkapitals bilanziert. Insgesamt ergibt sich für 2024 ein Erstattungsbedarf in Höhe von 48.376.920 €. Die KLB ist grundsätzlich dazu geeignet den laufenden Betrieb selbst zu erwirtschaften. Aufgrund der wirtschaftlichen Situation wurde von der neuen Geschäftsführung ein Konsolidierungsprozess gestartet. Die weitere wirtschaftliche Entwicklung hängt auch erheblich von der Krankenhausreform und von den damit verbundenen Finanzierungsmechanismen ab.

Entwicklung von Branche und Gesamtwirtschaft

Die finanzielle Situation der Krankenhäuser in Deutschland war in den Jahren 2020 bis 2023 stark von staatlichen Ausgleichsmechanismen und Coronahilfen geprägt, die zu einer temporären Stabilisierung führten. Mit dem Geschäftsjahr 2023 wurde jedoch deutlich, dass strukturelle Anpassungen und neue strategische Maßnahmen notwendig sind, um die Nachwirkungen der Pandemie, die wirtschaftlichen Belastungen der Ukraine Krise sowie die Herausforderungen der Krankenhausreform bei zunehmendem Fachkräftemangel zu bewältigen.

Die Kliniken stehen vor der Herausforderung, zwischen einer stark regulierten Einnahmenseite und marktwirtschaftlich steigenden Kosten zu agieren. Der Fachkräftemangel führt dazu, dass Kapazitäten nicht voll ausgelastet werden können, wodurch Fixkosten unzureichend gedeckt sind und eine hohe Nachfrage nicht vollständig bedient werden kann. Zudem verursacht der verstärkte Einsatz von Leiharbeitskräften Finanzierungslücken, da diese Kosten nur anteilig im Pflegebudget berücksichtigt werden.

Finanzielle Unsicherheiten und Reformprozesse

Trotz einer von der Bundesregierung angekündigten Finanzspritze für Krankenhäuser bleibt unklar, ob wesentliche Kosten – wie Vorhaltung, steigende Sachkosten und Fachkräfteauffälle – nachhaltig im Finanzierungssystem berücksichtigt werden.



Das geplante Finanzierungspaket soll die Betriebskostendefizite der Jahre 2022 und 2023 ausgleichen, jedoch ist der genaue Verteilmodus bislang nicht festgelegt. Die Mittel sollen gezielt an systemrelevante Krankenhäuser fließen, um eine pauschale Verteilung zu vermeiden.

Die Baden-Württembergische Krankenhausgesellschaft bewertet den Koalitionsvertrag in ihrem Rundschreiben vom 11.04.2025 als „vorsichtig positiv“, verweist jedoch auf hohe Interpretationsspielräume. Insbesondere die angekündigten Reformmaßnahmen lösen nicht die bestehenden Zielkonflikte zwischen verschiedenen Akteuren des Gesundheitswesens. Kliniken und ihre Träger haben weiterhin keine verlässlichen Informationen zu den maßgeblichen Einflussfaktoren wie Leistungsgruppenbescheiden und dem Transformationsfonds. Dies führt zu einem grundsätzlichen Zielkonflikt zwischen der Gewährleistung der Versorgungssicherheit und der finanziellen Belastung der kommunalen Haushalte, die bereits erheblich unter Druck stehen. Auch die Klinikgesellschaften der RKH Gesundheit sind auf die Gewährträgerschaft und finanzielle Absicherung der Landkreise angewiesen.

Strategische Weichenstellung der RKH Gesundheit

Um diesen Herausforderungen zu begegnen, haben die Gremien der RKH Gesundheit bereits im Dezember 2024 ein strategisches Konsolidierungsprogramm sowie eine Unternehmensstrategie mit klaren Wachstumszielen beschlossen. Eine neue Führungsstruktur, die im Laufe des Jahres 2025 eingeführt wird, bildet die Basis für die Konkretisierung und Umsetzung der erforderlichen Maßnahmen.

Das Konsolidierungsprogramm soll kurzfristig wirken, während die Unternehmensstrategie mit dem Titel „Gemeinsam Gesundheit gestalten“ langfristig ausgerichtet ist. Ziel ist es, die Kosten-Erlöschere zu schließen und die RKH Gesundheit nachhaltig zu stabilisieren und weiterzuentwickeln. Dazu werden gezielte Maßnahmen zur Investition, Kosteneffizienz und strategischem Wachstum kombiniert.

Ein zentraler Bestandteil des Konsolidierungsprogramms ist die eingehende Untersuchung der Personalstruktur und der Sachkostenstruktur. Die Analyse verfolgt vier wesentliche Ziele:

- Strukturoptimierung zur Effizienzsteigerung bei gleichbleibender Versorgungsqualität
- Zukunftssicherheit durch eine realistische Personalbedarfsplanung
- Optimierung des Sachkosteneinsatzes
- Transparenz und Fairness gegenüber den Mitarbeitenden

Medizinische und wirtschaftliche Zukunftsstrategie

Die standortübergreifende Unternehmens- und Medizinstrategie definiert klare Ziele in den Bereichen Medizin, Finanzen, Personal und Infrastruktur sowie den Fahrplan für die kommenden fünf Jahre.

- Anpassung der Leistungsstruktur im Einklang mit der Krankenhausreform
- Definition der zukünftigen Betriebsstätten
- Prüfung neuer Erlösmöglichkeiten im ambulanten Sektor

Der Gesamtprozess wurde bereits initiiert und ist ein prägender Faktor des Geschäftsjahres 2025. Die Abstimmungstermine mit dem Sozialministerium Baden-Württemberg sind für das zweite und dritte Quartal des Jahres bereits festgelegt.

Entwicklung des operativen Geschäfts

Operatives Geschäft – Krankenhausleistungen

Das Geschäftsjahr 2024 verzeichnet mit insgesamt 44.148 Case-Mix-Punkten (Vj. 44.554) eine Seitwärtsentwicklung der Leistungen, die sich auch in der Fallzahl der stationär behandelten



Patienten darstellt 50.911 (Vj. 50.992). Auch im Geschäftsjahr 2024 haben Personalengpässe vermehrt zur Reduzierung der Versorgungsangebote im elektiven Bereich geführt. Die Notfallversorgung war durchgehend gewährleistet. Die Fallschwere ist annähernd gleichbleibend, die Verweildauer bleibt ebenfalls auf dem Vorjahresniveau. Die ambulanten Fallzahlen steigen in Bietigheim weiter an.

Durch den kontinuierlichen Ausbau des AOP Katalogs erfolgte in den letzten Jahren eine Verschiebung von stationären Leistungen in den ambulanten Bereich. Im Jahr 2024 erfolgten in Bietigheim so 2.058 sowie in Ludwigsburg 5.938 ambulante Operationen.

Neben der Kategorie ambulanter und stationärer Patienten sind mit der sektorengleichen Vergütung die sogenannten Hybrid DRGs hinzugekommen. Ergänzend konnten im Jahr 2024 in Bietigheim 803 Hybrid DRGs mit einem Erlösvolumen von 1.282.731 € sowie in Ludwigsburg 905 Fälle mit einem Volumen von 1.467.090 € abgerechnet werden.

Nach wie vor steigt die Anzahl der Notfallpatienten, die aufgrund ihres Versorgungsbedarfs nicht in den Kliniken versorgt werden müssten. Der überdurchschnittlich hohe Anteil der Notfallpatienten erschwert strukturierte und auf planbare Behandlungen ausgerichtete Strukturen.

Am Standort Marbach wurde bereits Mitte 2020 der stationäre Betrieb nach der ersten Pandemiewelle eingestellt. Ärztliche Kooperationspartner nutzen die bestehende ambulante OP-Struktur, weiter werden Flächen für Arztpraxen vermietet. Teilflächen des Krankenhausgebäudes werden außerdem zur Unterbringung von Geflüchteten aus der Ukraine an den Landkreis Ludwigsburg vermietet.

Am Standort Vaihingen nutzt das Simulationszentrum einen Teil der Flächen. Unter der Federführung des Sozialpädiatrischen Zentrums in Ludwigsburg ist eine interdisziplinäre Frühförderstelle eingerichtet. Strategisches Ziel der Gesellschaft ist, den Standort aufgrund seiner hohen Stillstandskosten an einen Standortentwickler zu übergeben. Das etablierte Arzthaus ist dabei ein Erfolgsfaktor für eine zukunftsgerichtete Weiterentwicklung.

Operatives Geschäft - Personal

Innerhalb der Konzerngesellschaften gab es im Jahr 2023 eine Tarifeinigung sowohl für den Tarifvertrag für die nicht ärztlichen Beschäftigten des öffentlichen Dienstes für Krankenhäuser (TVöD-K/VKA), als auch für die Beschäftigten im ärztlichen Dienst (TV-Ärzte/VKA), die beide in das Jahr 2024 hineinwirkten.

Während die Entgelte der Beschäftigten im TVöD-K ab 01.03.2024 nach einer Sockelerhöhung von 200 € um 5,5 % gesteigert wurden, erhielten die Beschäftigten im ärztlichen Dienst neben einer Zahlung von 1.250 € eine lineare Erhöhung der Entgelte von 4,0 % ab 01.04.2024.

Im Bereich des TV-Ärzte VKA hatte die Tarifeinigung 2023 eine Laufzeit bis 30.06.2024. Erst im Februar 2025 wurde im Rahmen eines Einigungspapiers bekannt, dass die Entgelte rückwirkend zum 01.07.2024 um insgesamt weitere 4 % steigen werden. Für die anteiligen Personalaufwendungen 2024 wurde eine Rückstellung gebildet.

In den patientennahen Bereichen wie Ärztlicher Dienst, Pflegedienst oder Funktionsdienst ist die Zahl der Beschäftigten im Jahr 2024 im Vergleich zum Vorjahr gestiegen (Ärztlicher Dienst +34 VK, Pflegedienst +41 VK, Funktionsdienst +27 VK). Die im Unternehmensplan vorgesehenen Stellen konnten aber bis auf den ärztlichen Dienst nicht vollumfänglich besetzt werden. Im Pflegedienst lag die Ist-Besetzung 110 VK unter Plan, im Funktionsdienst um rund 25 VK. Im Pflegebereich konnte die Personalbesetzung auch durch ausländische Pflegekräfte erhöht werden.



Im Übrigen konnten temporär auftretende Personalengpässe nur durch den Einsatz von Zeitarbeitnehmern überbrückt werden. Hier beliefen sich die Kosten für die Leiharbeit auf 19,9 Mio. €

Die Zahl der Überstunden ist im Jahr 2024 um ca. 4.200 Stunden, die Anzahl der Resturlaubstage um ca. 900 Tage gestiegen, so dass ein zusätzlicher bilanzieller Rückstellungsbedarf von ca. 1,3 Mio. € entstanden ist.

Investitionen, Baumaßnahmen und Großprojekte

Um die Klinikstandorte Ludwigsburg und Bietigheim auch in der sehr angespannten wirtschaftlichen Situation attraktiv zu halten, ist die Verbesserung und Modernisierung der Stationen, Funktionsbereiche und der betriebstechnischen Infrastruktur und medizintechnischen Ausstattung notwendig.

Für die Standorte liegt eine priorisierte und an die wirtschaftliche Situation angepasste Planung vor. Darin wird in die „Außenentwicklung“ (Flächenerweiterung auf dem Areal) und die „Innenentwicklung“ (Maßnahmen innerhalb der Bestandsgebäude) unterschieden. Alle Maßnahmen orientieren sich an der Patientenversorgung. Der Fokus liegt auf den kurzfristig umsetzbaren Modernisierungen von Stationen und den betriebstechnisch erforderlichen Sanierungen. Die Möglichkeiten zur Prozessoptimierung sind allerdings durch die vorhandene teilweise sehr komplexe und den Baujahren entsprechende Gebäudestruktur begrenzt.

Im Frühjahr 2025 wurde eine sogenannten „Red-Flag-Analyse“ gestartet, die einerseits den langfristigen Investitionsbedarf und die Entwicklungspotenziale bzw. Grenzen der Standorte Ludwigsburg und Bietigheim aufzeigen wird. Im Jahresverlauf werden dann auch die Auswirkungen der Krankenhausstrukturreform bekannt sein, so dass die Ergebnisse den zuständigen Gremien im Rahmen der Unternehmensplanung 2026 vorgestellt werden können.

Neben den Investitionen und Maßnahmen im unmittelbaren Klinikbetrieb werden auch in den Tertiärbereichen moderne und effiziente Versorgungskonzepte umgesetzt, wie z.B. die Einführung einer teilautomatisierten Dienstkleiderausgabe. Weiterhin konnte vor allem in den patientennahen Bereichen die WLAN-Struktur weiter ausgebaut werden, um die digitale Dokumentation aber auch das Patientenentertainment weiter voranzubringen. Im Rahmen der Mitarbeitergewinnung und Bindung verläuft die Sanierung eines Appartementgebäudes am Krankenhaus Bietigheim planmäßig. Außerdem konnte durch eine Kooperation mit einer Stiftung ein zusätzliches Wohnangebot in Bietigheim geschaffen werden, das ab Mai 2025 bezogen werden kann.

Beim Standort Marbach wurde zwischenzeitlich das auf Basis eines städtebaulichen Wettbewerbes entstandene Großprojekt zur Errichtung eines Pflege- und Ausbildungscampus eingestellt. Eine planmäßig erstellte Wirtschaftlichkeitsuntersuchung hat gezeigt, dass die einzelnen Bausteine und insbesondere die dann notwendige Erschließung und Umgestaltung des Geländes von den Kliniken nicht finanziert werden können. In der Konsequenz wird bereits untersucht, welche Chancen und Risiken der Gebäudebestand mit sich bringt. Das Ziel ist, neben den Angeboten im bestehenden Ärztehaus auch an Stelle des Altbaubestandes weitere gesundheitsnahe Dienstleistungen anzusiedeln und die dazugehörigen Flächen vermarkten zu können. Der Gebäudestatus führt zu hohen Stillstandkosten und zu steigenden finanziellen Risiken.

Im Jahr 2024 wurden insgesamt 21,0 Mio. € (Vj. 31,7 Mio. €) für Investitionen eingesetzt.



Leistungsdaten

Kenngrößen	2024	2023
Stationär behandelte Patienten (voll- und teilstationär inkl. Psychiatrie)		
Klinikum Ludwigsburg	36.211	35.310
Krankenhaus Bietigheim-Vaihingen	14.700	15.682
Insgesamt	50.911	50.992
Anzahl Case-Mix-Punkte		
Klinikum Ludwigsburg	33.361	32.737
Krankenhaus Bietigheim-Vaihingen	10.786	11.818
Insgesamt	44.148	44.555
Fallschwere (Case-Mix-Index; CMI)		
Klinikum Ludwigsburg	0,971	0,982
Krankenhaus Bietigheim-Vaihingen	0,747	0,770
Verweildauer in Tagen		
Klinikum Ludwigsburg	7,51	7,38
Krankenhaus Bietigheim-Vaihingen	5,65	5,60
Ambulant behandelte Patienten		
Klinikum Ludwigsburg	118.478	139.745
Krankenhaus Bietigheim-Vaihingen	40.998	38.992
Insgesamt	159.476	178.737

Krankenhaus (Versorgungsstufe)	Betten 2024	Betten 2023
Klinikum Ludwigsburg (Zentralversorgung)	1.006	1.006
Krankenhaus Bietigheim-Vaihingen (Regelversorgung)	413	413
Krankenhaus (Grundversorgung)	78	78
Insgesamt	1.497	1.497

Ertragslage

Die Erträge aus dem laufenden Betrieb sind insgesamt um +11,5 Mio. € (442,4 Mio. €, Vj. 430,9 Mio. €) gestiegen.

Die Erlöse aus Krankenhausleistungen verzeichnen mit 16,6 Mio. € (298,9 Mio. €, Vj. 282,3 Mio. €) einen Anstieg gegenüber dem Vorjahr. Der Anstieg ist zurückzuführen auf höhere Erlöse in den Bereichen DRG-Erlöse, PEPP-DRG-Erlöse und insbesondere der DRG Pflegepersonalvergütung. Weiter ist im DRG-Bereich das DRG Pflegebudget enthalten, das risikoorientiert bilanziert wurde und erstmalig auch DRG Hybrid Erlöse. Zusätzlich ist zu berücksichtigen, dass die kalkulatorischen Risiken aus den Anfragen durch den medizinischen Dienst der Krankenkassen für Fälle des Geschäftsjahres 2024 direkt beim Umsatzerlös in Höhe von 1,7 Mio. € (Vj. 2,2 Mio. €) abgezogen wurden.

Die Erlösentwicklung der Wahlleistungsstationen ist auf ähnlichem Niveau zum Vorjahr.

Die Erlöse aus ambulanten Leistungen sind um +4,1 Mio. € (46,7 Mio. €, Vj. 42,6 Mio. €) gestiegen. Hier sind vermehrt Erlöse aus Institutsleistungen (+1 Mio. €), Chefarzt (+0,5 Mio. €), Notfallbehandlung (+0,6 Mio. €), sowie eine weitere Steigerung im Bereich Zytostatika (+2,2 Mio. €) enthalten.

Die Nutzungsentgelte der Ärzte sind im ambulanten Bereich um 0,8 Mio. € gesunken.



Die Bestandsveränderung an unfertigen Leistungen zeigt den stabilen Anteil an stationären Überliegern. Darüber hinaus ist die Vorgehensweise zum Pflegebudget durch die bereits verhandelten Budgets bekannt, weshalb der Risikoabschlag von 20 % Pflegebudget im Vergleich zum Vorjahr entfällt und ebenfalls zu einer Verminderung dieser Position führt.

Die Zuweisungen und Zuschüsse der öffentlichen Hand sinken aufgrund des Wegfalls der Landeshilfen für Corona-Mehraufwendungen und geringeren öffentlichen Forderungen um 7,3 Mio. € (9,8 Mio. €, Vj. 17,1 Mio. €). Weiterhin enthalten sind Erstattungen für Mutterschutz in Höhe von 3 Mio. €.

Die Erträge im Bereich Hilfs- und Nebenbetriebe steigen leicht um +0,9 Mio. € (31,8 Mio. €, Vj. 30,9 Mio. €). Dieser Anstieg ist hauptsächlich auf die Bereiche Notfallrettung und Personalcafeteria zurückzuführen.

Die Aufwendungen aus dem laufenden Betrieb sind insgesamt um +30,2 Mio. € (482,8 Mio. €, Vj. 452,6 Mio. €) gestiegen.

Der Personalaufwand hat sich gegenüber dem Vorjahr um +21,0 Mio. € (303,0 Mio. €, Vj. 282,0 Mio. €) erhöht. Den Personalkosten werden in dieser Ansicht neben den eigenen Personalkosten durch die Belegschaft auch bezogene Verwaltungsleistungen, Honorar- und Zeitarbeitskräfte zugeordnet. Hauptsächlich liegt der Anstieg im Ärztlichen-, Pflege-, Med. Techn.- und Funktionsdienst. Der Anstieg resultiert im Wesentlichen aus den Tarifsteigerungen und der Anzahl an Vollkräften. Innerhalb der Position ist der Aufbau der Personalrückstellungen berücksichtigt.

Der Aufwand im Medizinischen Sachbedarf steigt um +4,8 Mio. € (84,5 Mio. €, Vj. 79,7 Mio. €) an. Die Erhöhung der Arzneimittel um +1,5 Mio. € (25,6 Mio., Vj. 24,1 Mio. €) korrelieren mit der Erlössteigerung im Bereich Zytostatika. Weiter erhöhte sich der Bedarf für das ärztl. und pfl. Verbrauchsmaterial um +0,9 Mio. € (13,1 Mio. €, Vj. 12,2 Mio. €). Die Aufwendungen für Implantate sind aufgrund von Preis- und Mengensteigerungen um +0,5 Mio. € angestiegen (8,6 Mio. €, Vj. 8,1 Mio. €). Ebenfalls angestiegen sind auch die Aufwendungen für Blut, Blutkonserven/-plasma um +0,5 Mio. € (3,2 Mio. €, Vj. 2,7 Mio. €). Der Laborbedarf ist leicht angestiegen (1,7 Mio. €, Vj. 1,5 Mio. €).

Die Aufwendungen im Wirtschaftsbedarf sind um 0,8 Mio. € gestiegen (17,0 Mio. €, Vj. 16,2 Mio. €). Die Erhöhung resultiert aus dem Verkauf der Wäscherei und den damit verbundenen Mehraufwendungen im Bereich Wirtschaftsbedarf/bezogene Leistungen (Dritte).

Der Verbrauch von Wasser, Energie, Brennstoffe ist um 1,0 Mio. € gestiegen (8,6 Mio. €, Vj. 7,6 Mio. €). Dies lässt sich begründen durch erhöhte Strompreise und Mehraufwendungen für Gas.

Im Verwaltungsbedarf zeigen sich die Inanspruchnahme der RKH-Akademie im Bereich Fort- und Weiterbildung, sowie die Kosten für Ausbildungsplätze. Hier werden auch die Aufwendungen für Beratungsleistungen und Repräsentation der Kliniken dargestellt. Im Bereich EDV- und Organisationsaufwand stiegen die Kosten um 0,8 Mio. € (3,8 Mio. €, Vj. 3,0 Mio. €) aufgrund höherer Nutzungsentgelte für Lizenzen und Software. Durch die Zusammenführung von Beschaffung, Management und EDV-technischen Dienstleistungen belaufen sich die Umsätze innerhalb des Konzerns weiterhin auf einem hohen Niveau. Entsprechend verhalten sich die relevanten Aufwandspositionen und Erlöspositionen bei allen Verbundgesellschaften. Grundsätzlich werden Lieferungen und Leistungen verursachungsgerecht verrechnet. Auch die Versorgung des Holdinglabors mit Material und die Vermietung der Räumlichkeiten schlagen sich in diesen Positionen nieder. Mit der Zusammenführung des Labors auf Holdingebene ist das Labor



zum „Kunden“ der Wirtschaftsbereiche geworden, was auch zu den entsprechenden Geldflüssen führt. Die vom Verbundlabor erbrachten Laborleistungen werden in der Gruppe des medizinischen Bedarfs abgebildet. Die Synergieeffekte des Holdinglabors führen zur Senkung der patientenbezogenen Untersuchungskosten.

Die Speisenversorgung und Lebensmittel haben sich aufgrund erhöhter Preise in der Lebensmittelbranche um 0,9 Mio. € (13,5 Mio. €, Vj. 12,6 Mio. €) erhöht.

Neben den anstehenden Großprojekten werden laufend die notwendigen Instandhaltungs- und Sanierungsmaßnahmen insbesondere in den Bereichen Brandschutz, Heiz- und Lüftungstechnik, Wasser- und Energieversorgung durchgeführt.

Die Abgaben und Versicherungen sind aufgrund erhöhter Versicherungspreise und höherer Aufwendungen für CO₂ Abgaben um 0,4 Mio. € (4,3 Mio. €, Vj. 3,9 Mio. €) gestiegen.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind um 0,3 Mio. € (2,8 Mio. €, Vj. 2,5 Mio. €) gestiegen. Gestiegen ist die Miete für das Logistikzentrum (1,1 Mio. €, Vj. 0,8 Mio. €).

Im Finanzergebnis spiegelt sich grundsätzlich die Finanzierungsseite der Investitionstätigkeit wider. Im Saldo verbleiben die Zinsaufwendungen, die für nicht geförderte Investitionen anfallen. Durch die kumulierten Jahresfehlbeträge der kleineren Standorte in der Vergangenheit besteht für sie ein hoher Sockelbedarf an Betriebsmittelkrediten, den diese selbst nicht ablösen können.

Das Investitionsergebnis zeigt grundsätzlich im Saldo die Belastung durch die nicht geförderten Abschreibungen. Diese beinhalten auch die Abschreibungsanteile, die z. B. im steuerpflichtigen Bereich entstehen und durch Erträge gedeckt sind. Des Weiteren wurden die Soforthilfen des Landes zur Umfinanzierung von nicht gefördertem Anlagevermögen verwendet. Demzufolge ist das Investitionsergebnis im Jahr 2024 gestiegen.

Im neutralen Ergebnis werden, neben den periodenfremden Erträgen und Aufwendungen auch die kalkulatorischen Risiken aus den Anfragen des medizinischen Dienstes ausgewiesen, da es sich dabei um noch nicht abgeschlossene Anfragen aus den Vorjahren handelt. Im vorigen Geschäftsjahr konnten in erheblichem Umfang Rückstellungen aufgelöst und zusätzliche periodenfremde Erträge realisiert werden. Im aktuellen Geschäftsjahr verzeichnen wir dadurch einen Rückgang des neutralen Ergebnisses.

Vermögenslage

Das Sachanlagevermögen entwickelt sich planmäßig entsprechend vermindert um die Abschreibungen. Die Aufwände der baulichen Aktivitäten sind im Vergleich zum Vorjahr gesunken. Sowohl das Sachanlagevermögen als auch die Sonderposten haben sich gegenüber dem Vorjahr vermindert.

Die bilanzierten Finanzanlagen betreffen hauptsächlich den Beteiligungsansatz an der OKM, der wertmäßig auch deren Beteiligung an der ORTEMA beinhaltet. Der Beteiligungsansatz an der OKM wird unverändert fortgeschrieben, da hier ausgeglichene Jahresergebnisse erreichbar sind. Zusätzlich wird auch ein Wertezuwachs durch die Entwicklung der ORTEMA erwartet. Jahresüberschüsse dieser Gesellschaften sollen zunächst innerhalb der Gesellschaften zur Kapitalstärkung bzw. zur Finanzierung von Investitionen verwendet werden.

Die gebildeten Festwerte der dezentralen Vorräte wurden analog dem Vorjahr abgeschrieben und um einen zusätzlichen Sicherheitsabschlag vermindert.



Für das strategische Ziel, die Vorratshaltung in den OP- und Funktionsbereichen EDV-technisch zu verwalten und die Zu- und Abgänge zu dokumentieren, konnte immer noch keine geeignete Softwarelösung gefunden werden.

Die laufenden Forderungen aus Lieferungen Leistungen konnten zum Bilanzstichtag gegenüber dem Vorjahr mäßig abgerechnet werden. So steigen die Forderungen um 15,0 Mio. € (73,1 Mio. €, Vj. 58,1 Mio. €). Die Prüfquote des medizinischen Dienstes der Kostenträger liegt im Geschäftsjahr bei ca. 8,15 %.

Die Forderungen gegenüber Gesellschaftern beinhalten, wie im Vorjahr, die Bilanzierung der angeführten Zins- und Tilgungserstattungen durch den Landkreis Ludwigsburg. Diese Position zeigt in welcher Höhe die Bankverbindlichkeiten auf der Passivseite über das Erstattungsmodell (hier Tilgung) vom Landkreis Ludwigsburg der KLB erstattet werden. Über dieses Modell wird auch der Kaufpreis zum Erwerb der OKM abgebildet. Als Forderungen werden ebenfalls die verauslagten Projektkosten bilanziert, bei denen planmäßige Kosten angefallen sind, aber zum Bilanzstichtag noch keine Darlehen aufgenommen wurden. Die Veränderung im Vergleich zum Vorjahr ergibt sich durch geplante Darlehensneuaufnahmen und Vorfinanzierungen von Ausgaben bis zur tatsächlichen Darlehensaufnahme im Rahmen der beschlossenen und begonnenen Baumaßnahmen. Durch die Weiterentwicklungspläne wird der Bilanzposten auch künftig das Bilanzbild der KLB prägen.

Daneben werden über die Forderung gegenüber Gesellschaftern auch Geldflüsse zur Holding aus der buchhalterischen Abwicklung der Umsatzsteuerorganschaft und aus dem Leistungsaustausch mit dem Verbundlabor abgebildet.

Da für die Baumaßnahmen teilweise bereits Förderbescheide vorliegen, werden diese bis zur liquiditätswirksamen Vereinnahmung als Forderungen bilanziert. Mit dem Eingang der Fördermittel werden diese mit der Landkreiserstattung verrechnet bzw. auf neue Darlehensaufnahmen verzichtet.

Darüber hinaus sind in den Forderungen gegenüber Gesellschaftern zum 31.12.2024 Forderungen zum Erhalt des Stammkapitals ausgewiesen. Es wird auf die Ausführungen unten zum Eigenkapital verwiesen.

Die Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen resultieren im Wesentlichen aus der Inanspruchnahme des Cash-Pools durch die OKM sowie durch Konzernverrechnungen zum Jahresende.

Bei den sonstigen Forderungen haben sich die Forderungen aus dem Krankenhausentgeltgesetz weiter erhöht und werden mit den künftigen Budgets zahlungswirksam verrechnet.

Mit dem Jahresergebnis 2024 ist das nach handelsrechtlichen Kriterien ermittelte Eigenkapital vollständig verzehrt. Zum Zeitpunkt der Gründung des RKH-Verbundes wurde in einem Konsortialvertrag festgelegt, dass dann der Gesellschafter (hier der Landkreis Ludwigsburg) dazu verpflichtet ist, das Eigenkapital durch Erstattung des Jahresfehlbetrages zu stabilisieren, so dass in der Handelsbilanz ein positives Eigenkapital in Höhe des Stammkapitals ausgewiesen werden kann. Der Ausgleich in Höhe von 48.376.919,72 € (Vj. 20.076.163,61 €) erfolgt durch die Bilanzierung einer entsprechenden Forderung gegenüber dem Gesellschafter.

Das hier gezeigte erweiterte Eigenkapital ist um den Saldo aus dem Jahresergebnis und aus der Veränderung des Ausgleichspostens nach Eigenmittelförderung vermindert.



Seit 2012 werden die Finanzmittelguthaben und die kurzfristigen Betriebsmittelkredite bei der KLB für die gemeinnützigen Gesellschaften KLB und OKM in einem Cash-Pool-Verfahren fortgeführt. Der „Pool-Führer“ ist die KLB. Die konzerninterne Verzinsung orientiert sich an den marktüblichen Zinssätzen. Zum Bilanzstichtag sind diese Finanzmittelströme unter den Forderungen bzw. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen bilanziert.

Insbesondere bei den „kleinen“ Häusern Marbach und Vaihingen führen die liquiditätswirksamen Bestandteile der kumulierten Jahresergebnisse seit Bestehen dieser Standorte zu einem hohen dauerhaften Bedarf an Betriebsmittelkrediten, der auch nach den durchgeführten bzw. anvisierten Umstrukturierungen bestehen bleiben wird. Da im Berichtsjahr das Zinsniveau weiterhin hoch geblieben ist, führte dies zu einer hohen Zinsbelastung durch die Betriebsmittelkredite, welche zum Teil vom Gesellschafter zu marktüblichen Konditionen gewährt werden. Das Budget 2022 wurde zum 01.08.2024 umgesetzt. Das Budget 2023 wurde im Januar 2025 verhandelt, ist aber vor dem Hintergrund der Neuverhandlung des Zuschlags für das Onkologische Zentrum noch nicht geeint und daher nicht umgesetzt. Die Forderung 2024 wurde fristgerecht zum 31.03.2025 versendet.

Die Veränderung des Sonderpostens zeigt die Zugänge der geförderten Investitionen gegenüber der Neutralisierung der Abschreibungen.

In den sonstigen Rückstellungen mussten die Rückstellungen im Personalbereich hauptsächlich durch nicht in Anspruch genommene Urlaubstage, zusätzliche Überstunden und die noch nicht vom Gesellschafter in Rechnung gestellte UKBW-Umlage erhöht werden. Außerdem wurde eine Rückstellung für die Tarifierhöhung Ärzte gebildet. Die Rückstellungen für Altersteilzeit haben sich aufgrund der verminderten Inanspruchnahme weiter vermindert. Die kalkulatorischen Risiken aus den Anfragen des medizinischen Dienstes werden jährlich neu ermittelt. Zum Bilanzstichtag war ein Abbau der Rückstellung zu erkennen.

Die bisher in den sonstigen Rückstellungen enthaltenen Beträge aus der Rückerstattung von abgeführter Umsatzsteuer, im Rahmen der geänderten Besteuerung der Zytostatikaumsätze, wurden im Jahr 2024 erfolgswirksam aufgelöst, da die Ansprüche der Kassen verjährt sind.

Bei der Ermittlung der Rückstellung zur Einhaltung der Aufbewahrungspflichten (Archivierung) wurde im Geschäftsjahr 2023 der Anteil der in der aktuell in digitaler Form archivierten Informationen neu erhoben und bewertet. Des Weiteren wurde die vom Gesetzgeber verpflichtende Vorhaltung von Papierakten neu gezählt und bewertet. Mit dem wachsenden Digitalisierungsgrad bzw. Anteil der Akten konnte die vorhandene Rückstellung auf Vorjahresniveau gehalten werden.

Die Rückstellung in den steuerpflichtigen Bereichen wurde analog den Vorjahren ermittelt und ist im Vergleich zum Vorjahr leicht angestiegen.

Der Darlehensbestand wurde in Abhängigkeit der Baumaßnahmen planmäßig aufgebaut. Um auf weitere mittelfristige Fremdfinanzierungen zu verzichten, werden die Investitionen im kurzfristigen Bereich weitestgehend auf die Pauschalfördermittel begrenzt.

In dem Anstieg der übrigen Verbindlichkeiten, noch nicht verwendeten Fördermitteln und Abgrenzungen (+40,7 Mio. €) schlagen sich vor allem um 38,0 Mio. € höhere Darlehen/Kassenkredite des Landkreises Ludwigsburg nieder.

Finanzlage

In der Fremdkapitalquote spiegelt sich wider, dass die KLB in Verbindung mit dem Landkreis Ludwigsburg erhebliche Finanzierungsanteile auch für Krankenhausbauten übernehmen. Die Finanzlage ist auch durch die kumulierten Jahresfehlbeträge des Krankenhauses Marbach, des



Standortes Vaihingen und der Rehaklinik gekennzeichnet. Diese Standorte benötigen dauerhaft ein Volumen von aktuell rd. 40 Mio. € an Betriebsmittelkrediten.

Zusammen mit dem Gesellschafter Landkreis Ludwigsburg wurde bereits in Vorjahren der vom Landkreis verbürgte Betriebsmittelkreditrahmen neu ermittelt und jeweils angepasst. Der KLB steht damit aktuell ein Bürgschaftsrahmen von 60 Mio. € zur Verfügung. Darüber hinaus gewährt der Landkreis Ludwigsburg kurzfristige Kassenkredite, die marktüblich verzinst werden. Eine weitere Kreditlinie über 5,0 Mio. € steht über die mit der Tochtergesellschaft OKM geschlossene Cash-Pool-Vereinbarung zur Verfügung. Die Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft ist weiterhin gegeben. Im Berichtsjahr war die Liquidität aufgrund der gewährten Betriebsmittelkredite sowie durch die vom Land gezahlten Soforthilfen gesichert.

In der erweiterten Eigenkapitalquote wurde das bilanzierte Eigenkapital um den Ausgleichsposten nach Eigenmittelförderung vermindert. Als Bezugsgröße wurde dann die bilanzierte Bilanzsumme um die geförderten und um die mit Landkreismitteln finanzierten Anteile bereinigt.

Beim Anlagendeckungsgrad wurden alle mit den bilanzierten Vermögensgegenständen in Verbindung stehenden finanziellen Mittel in das Verhältnis zum Anlagevermögen gesetzt. Es wurden also auch Forderungen gegenüber dem Landkreis Ludwigsburg aus seinen Finanzierungsbeschlüssen angesetzt.

4.2.7 Kapitalzuführungen und -entnahmen

	2024	2023
Zinserstattungen	1.907.639 €	1.577.578 €
Tilgungserstattungen	11.560.044 €	11.560.812 €
Erstattungen insgesamt	13.413.683 €	13.138.390 €

Im Geschäftsjahr 2024 gab es eine Kapitalzuführung in Höhe von 48.376.919,82 €

4.2.8 Anzahl der Beschäftigten

Im Berichtsjahr betrug die durchschnittliche Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer:

	2024	2023
Beschäftigte	4.281	4.212
- davon TVöD-K	3.580	3.528
- davon TV-Ärzte/VKA	701	684

Zum Stichtag 31.12.2024 ergeben sich folgende Personalkenngrößen (Vergleich zum Vorjahr):

Kenngrößen	2024	2023
Anzahl der Beschäftigten	4.295	4.216
Anzahl der Vollkräfte	2.925	2.845
Anteil der weiblichen Beschäftigten	79 %	78 %
Anteil der in Teilzeit Beschäftigten	48 %	47 %
Anteil der im Pflegedienst Beschäftigten	41 %	41 %
Besetzte Ausbildungsplätze in der Gesundheits- und Krankenpflege (Stand Dezember)	184	201



Besetzte Ausbildungsplätze in der Gesundheits- und Krankenpflegehilfe (Stand Dezember)	18	26
Besetzte Anzahl der Ausbildungsplätze im Verwaltungs-/Wirtschaftsbereich und medizinisch-technischem Dienst (Stand Dezember)	43	22
Besetzte Anzahl der Ausbildungsplätze für Operationstechnische Assistenz (Stand Dezember)	24	24
Besetzte Anzahl der Ausbildungsplätze in der Entbindungspflege	41	30
Besetzte Anzahl der Ausbildungsplätze in der Anästhesietechnischen Assistenz	12	11
Besetzte Ausbildungsplätze insgesamt (Stand Dezember)	322	314
Belegt Betreuungsplätze Kindertagesstätte Ludwigsburg	80	80

4.2.9 Kennzahlen der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Die Vermögens- und Finanzlage ist aus der Bilanz zum 31.12.2024 und den Vorjahreswerten (Darstellung in 4.3.1) ersichtlich.

Die Ertragslage ist aus der Gewinn- und Verlustrechnung zum 31.12.2024 und den Vorjahreswerten (Darstellung in 4.3.2) ersichtlich.

Finanzkennzahlen	2024	2023	Veränderung
Eigenkapitalquote	1,9 %	2,0 %	-0,1 %
Anlagendeckung I	134,9 %	120,1 %	+14,8 %
Anlagendeckung I mit Sonderposten	48,8 %	45,9 %	+2,9 %
Anlagendeckung II	52,5 %	50,7 %	+1,8 %
Anlagendeckung II mit Sonderposten	91,1 %	86,7 %	+4,4 %
Liquiditätsgrad	87,0 %	85,4 %	+1,6 %

Die Sonderposten stellen die Finanzierung von gefördertem Anlagevermögen dar.



4.3 Jahresabschluss des Geschäftsjahres 2024

4.3.1 Bilanz zum 31.12.2024

Aktivseite	2024 €	2024 €	2023 €	2023 €
A. Anlagevermögen				
I. Immaterielle Vermögensgegenstände und dafür geleistete Anzahlungen		4.945.106,28		4.960.798,89
II. Sachanlagen				
1. Grundstücke mit Betriebsbauten	167.026.759,31		176.247.928,65	
2. Grundstücke mit Wohnbauten	11.633.194,66		12.063.261,86	
3. Grundstücke ohne Bauten	817.548,51		817.548,51	
4. Technische Anlagen	5.037.759,96		6.904.787,96	
5. Einrichtungen und Ausstattungen	35.975.879,00		35.603.631,58	
6. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	<u>21.390.958,19</u>	241.882.099,63	<u>18.354.118,20</u>	249.991.276,76
III. Finanzanlagen				
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	12.230.967,00		12.230.967,00	
2. Beteiligungen	1.008.820,19		1.008.820,19	
3. Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	0,00	13.239.787,19	12.500,00	13.252.287,19
B. Umlaufvermögen				
I. Vorräte				
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	8.200.458,54		9.622.591,46	
2. Unfertige Leistungen	<u>9.266.507,35</u>	17.466.965,89	<u>9.197.168,99</u>	18.819.760,45
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände				
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	73.110.098,77		58.120.617,55	
2. Forderungen an Gesellschafter	174.840.763,44		151.339.342,02	
3. Forderungen nach dem Krankenhausfinanzierungsrecht davon nach KHEntgG und nach BPflV	100.422.895,73 (68.410.207,30)		94.012.629,26 (68.068.443,35)	
4. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	13.801.808,51		16.077.983,07	
5. Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	786.574,24		912.690,06	
6. Sonstige Vermögensgegenstände	<u>2.106.614,80</u>	365.068.755,49	<u>1.899.843,70</u>	322.363.105,66
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten		2.901.917,35		1.962.506,52
C. Ausgleichsposten nach dem Krankenhausfinanzierungsrecht für Eigenmittelförderung		20.183.038,87		20.149.028,87
D. Rechnungsabgrenzungsposten		2.993.921,18		2.069.687,41
		<u>668.681.591,88</u>		<u>633.568.451,75</u>



Passivseite	2024	2024	2023	2023
	€	€	€	€
A. Eigenkapital				
I. Gezeichnetes Kapital	5.500.000,00		5.500.000,00	
II. Kapitalrücklagen	68.525.948,59		43.895.330,87	
III. Gewinnrücklagen (+) / Verlustvortrag (-)	0,00		663.580,20	
IV. Jahresüberschuss (+) / Jahresfehlbetrag (-)	<u>-48.342.909,72</u>	25.683.038,87	<u>-24.409.882,20</u>	25.649.028,87
B. Sonderposten aus Zuwendungen zur Finanzierung des Sachanlagevermögens				
1. Sonderposten aus Fördermitteln nach dem Krankenhausfinanzierungsrecht	89.584.830,21		85.601.727,21	
2. Sonderposten aus Zuwendungen und Zuschüssen der öffentlichen Hand	95.716.909,03		107.876.861,38	
3. Sonderposten aus Zuwendungen Dritter	<u>442.569,00</u>	185.744.308,24	<u>297.896,00</u>	193.776.484,59
C. Rückstellungen				
1. Steuerrückstellungen	1.763.400,00		1.535.400,00	
2. Sonstige Rückstellungen	<u>22.033.000,00</u>	23.796.400,00	<u>20.929.000,00</u>	22.464.400,00
D. Verbindlichkeiten				
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	206.499.149,45		205.407.716,94	
2. Erhaltene Anzahlungen	1.000,00		12.352,52	
3. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	13.806.384,79		18.752.038,04	
4. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	159.600.151,10		114.271.052,94	
5. Verbindlichkeiten nach dem Krankenhausfinanzierungsrecht davon nach KHEntG und nach BPflV	31.692.248,76 (5.412.130,59)		33.125.008,11 (1.472.173,22)	
6. Verbindlichkeiten aus sonstigen Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens	1.954.560,80		1.635.169,10	
7. Verbindlichkeiten ggü. verbundene Unternehmen	5.720.821,84		4.805.535,92	
8. Verbindlichkeiten ggü. Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	288.603,69		271.555,86	
9. Sonstige Verbindlichkeiten davon aus Steuern	<u>13.798.852,92</u> (3.099.875,01)	433.361.773,35	<u>13.297.962,90</u> (2.805.340,45)	391.578.392,33
E. Ausgleichsposten aus Darlehensförderung		65.248,00		78.555,00
F. Rechnungsabgrenzungsposten		30.823,42		21.590,96
		<u>668.681.591,88</u>		<u>633.568.451,75</u>
G. Haftungsverhältnisse durch Bürgschaften		306.755,13		306.755,13



4.3.2 Gewinn- und Verlustrechnung für den Zeitraum 01.01.2024 – 31.12.2024

	2024 €	2024 €	2023 €	2023 €
1. Erlöse aus allg. Krankenhausleistungen	298.895.263,25		282.318.696,02	
2. Erlöse aus Wahlleistungen	9.359.206,43		9.231.797,06	
3. Erlöse aus ambulanten Leistungen d. Krankenhauses	46.696.750,78		42.644.127,21	
4. Nutzungsentgelte der Ärzte	3.265.063,97		4.109.605,46	
4a. Umsatzerlöse nach § 277 Abs. 1 HGB soweit nicht in den Nummern 1 bis 4 enthalten	<u>74.468.789,24</u>	<u>432.685.073,67</u>	<u>81.953.850,17</u>	<u>420.258.075,92</u>
5. Erh. / Vermind. der Bestände an unfertigen Leistungen	69.338,36		3.981.068,63	
6. Andere aktivierte Eigenleistungen	242.785,14		261.885,75	
7. Zuweisungen und Zuschüsse der öffentlichen Hand, soweit nicht unter Nr. 11	9.759.591,16		17.063.895,62	
8. Sonstige betriebliche Erträge	<u>11.032.635,78</u>	<u>453.789.424,11</u>	<u>8.696.960,36</u>	<u>450.261.886,28</u>
9. Personalaufwand				
a) Löhne und Gehälter	217.982.194,80		198.115.241,96	
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung davon für die Altersversorgung	56.028.973,34 (16.989.779,69)		50.943.243,42 (15.978.842,49)	
10. Materialaufwand				
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	97.363.220,66		91.738.176,05	
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	<u>62.209.886,77</u>	<u>433.584.275,57</u>	<u>65.974.937,10</u>	<u>406.771.598,53</u>
Zwischenergebnis		20.205.148,54		43.490.287,75
11. Erträge aus Zuwendungen zur Finanzierung von Investitionen davon Fördermittel nach dem KHG	22.820.021,56 (22.820.021,56)		5.367.327,60 (5.367.327,60)	
12. Erträge aus der Einstellung von Ausgleichsposten für Eigenmittelförderung	34.010,00		35.152,00	
13. Erträge aus der Auflösung von Sonderposten/Verbindlichkeiten nach dem KHG und aufgrund sonstiger Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens	26.311.372,04		20.151.892,54	
14. Erträge aus der Auflösung des Ausgleichspostens für Darl.-Förderung	13.307,00		14.115,00	



	2024 €	2024 €	2023 €	2023 €
15. Aufwendungen aus der Zuführung zu Sonderposten/ Verbindlichkeiten nach dem KHG und aufgrund sonstiger Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens	22.938.097,15		4.216.368,61	
16. Aufwendungen für die nach dem KHG geförderte Nutzung von Anlagegegenständen	842.344,38	25.398.269,07	736.544,39	20.615.574,14
17. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	27.876.843,06		27.488.385,23	
18. Sonstige betriebliche Aufwendungen	<u>60.130.930,66</u>	<u>88.007.773,72</u>	<u>58.053.727,45</u>	<u>85.542.112,68</u>
Zwischenergebnis		-42.404.356,11		-21.436.250,79
19. Erträge aus Beteiligungen davon aus verbundenen Unternehmen	405.000,00 (105.000,00)		472.000,00 (222.000,00)	
20. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge davon aus verbundenen Unternehmen	2.283.160,69 (375.455,50)		1.833.564,02 (253.451,85)	
21. Zinsen und ähnliche Aufwendungen davon für Betriebsmittelkredite	<u>8.233.408,49</u> (5.184.539,39)	<u>-5.545.247,80</u>	<u>5.112.872,17</u> (2.567.112,58)	<u>-2.807.308,15</u>
22. Steuern vom Einkommen und Ertrag	257.739,96		31.504,62	
23. Ergebnis nach Steuern		-48.207.343,87		-24.275.063,56
24. Sonstige Steuern	135.565,85		134.818,64	
25. Jahresfehlbetrag		-48.342.909,72		-24.409.882,20



5. RKH Orthopädische Klinik Markgröningen gGmbH



5.1 Allgemeine Angaben

Anschrift	Kurt-Lindemann-Weg 10 71706 Markgröningen
Rechtsform	Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)
Gründungsdatum	19.08.1998

5.2 Rechtliche Verhältnisse

5.2.1 Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb eines Fachkrankenhauses für Orthopädie und Rückenmarkverletzungen in Markgröningen im Landkreis Ludwigsburg. Im Übrigen wird das Unternehmen nach dem jeweils geltenden Krankenhausbedarfsplan des Landes Baden-Württemberg betrieben. Der Betrieb des Krankenhauses umfasst voll- und teilstationäre sowie vor- und nachstationäre Krankenhausleistungen und ambulante ärztliche, medizinisch-technische, pflegerische, physikalische, orthopädie-technische sowie sonstige für den Krankenhausbetrieb erforderliche Leistungen.

5.2.2 Beteiligungsverhältnisse

Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt 4.545.100 €

Gesellschafter	Anteil am Stammkapital	Anteil
RKH Kliniken Ludwigsburg-Bietigheim gGmbH	4.545.100 €	100 %

5.2.3 Beteiligungen des Unternehmens

Beteiligungen	Anteil am Stammkapital	Anteil
ORTEMA GmbH	26.000 €	100 %
RKH MVZ-OKM gGmbH	25.000 €	100 %
RKH Privatkliniken GmbH	25.000 €	100 %
Karbonat Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH & Co. Vermietungs-KG	4.557,25 €	89 %
LUMIS Südwest GmbH	7.500 €	2,78 %



5.2.4 Besetzung der Organe, sowie Gesamtbezüge der Geschäftsführung und des Aufsichtsrats

Organ	Funktion	Name des Mitglieds
Gesellschafterversammlung	RKH Kliniken Ludwigsburg-Bietigheim gGmbH	Prof. Dr. Jörg Martin (bis 30.09.2024)
		Dr. Marc Nickel (ab 01.10.2024)
		Axel Hechenberger (ab 01.08.2024)
Geschäftsführung	Geschäftsführer	Prof. Dr. Jörg Martin (bis 30.09.2024)
		Dr. Marc Nickel (ab 01.10.2024)
		Axel Hechenberger (ab 01.08.2024)
		Olaf Sporys
Aufsichtsrat	Vorsitz	Landrat Dietmar Allgaier
	Stv. Vorsitz	OB Jürgen Kessing
	Vertreter des Landkreises Ludwigsburg	
	Mitglieder - CDU	Karl-Heinz Schlumberger***
		Claus-Dieter Meyer***
		Ralf Trettner***
	Mitglieder - Freie Wähler	Jan Trost***
		Dirk Schaible***
		Werner Möhrer*
		Jürgen Scholz**
	Mitglieder - SPD	Egon Beck***
		Ramona Schröder*
	Mitglieder - Grüne	Dr. Uwe Stoll***
		Jürgen Waser*
		Daniel Christen**
	Mitglied – AfD	Dr. Matthias Weißert**
	Mitglieder - FDP	Dr. Horst Ludewig*
		Jochen Eisele**
	Vertreter der Stadt Bietigheim-Bissingen	
	Mitglieder - CDU	Marcus List***
		Dr. Alfred Theil**
	Mitglied - SPD	Thomas Reusch-Frey***
	Mitglieder - FW	Dr. Wassilios Amanatidis*
Eberhard Blatter**		
Mitglied - FDP	Dr. Arno Steiler*	
Mitglied - GAL	Traute Theurer***	
Vertreter der Arbeitnehmer		
Betriebsrat	Dr. Gerhard Locher***	
	Hagen Klee***	

(* = bis 19.11.2024; ** = ab 19.11.2024; *** = bis/ab 19.11.2024)



Die Konstituierung des neuen Aufsichtsrates der RKH Orthopädische Klinik Markgröningen gGmbH fand am 19.11.2024 statt.

Gesamtbezüge der Mitglieder der Geschäftsführung und des Aufsichtsrats:

Die Gesellschaft macht bezüglich der Bezüge der Geschäftsführung von den Befreiungsvorschriften nach § 286 Abs. 4 HGB Gebrauch.

Die Mitglieder des Aufsichtsrates sind ehrenamtlich tätig. An Aufwandsentschädigungen anlässlich der Aufsichtsratssitzungen wurden im Geschäftsjahr 2024 insgesamt 13.637 € (Vj. 13.700 €) ausbezahlt.

5.2.5 Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks des Unternehmens

Die RKH Orthopädische Klinik Markgröningen gGmbH ist ein Kompetenzzentrum für Orthopädie und Rückenmarksverletzte. Sie zählt mit über 200 Betten zu den größten Fachkliniken mit diesem Schwerpunkt in Deutschland und gehört durch ihre Gründungshistorie zu den ältesten orthopädischen Institutionen Europas. Der Landkreis Ludwigsburg und die RKH Kliniken Ludwigsburg-Bietigheim gGmbH haben sich Ende 2006 erfolgreich um den Erwerb der RKH Orthopädischen Klinik Markgröningen gGmbH (OKM) inklusive deren Tochtergesellschaft ORTEMA GmbH beworben. Mit dem Vollzug des Erwerbs zum 1. Juli 2007 und der Eingliederung der OKM und der ORTEMA wurde das Leistungsangebot des Klinikverbunds vervollständigt.

5.2.6 Grundzüge des Geschäftsverlaufs und Lage des Unternehmens

Allgemeines zur Gesellschaft

Wie bereits unter 5.2.1 (Gegenstand des Unternehmens) beschrieben, betreibt die Gesellschaft das Fachkrankenhaus für Orthopädie und Rückenmarkverletzungen in Markgröningen. Der Betrieb des Krankenhauses umfasst voll- und teilstationäre sowie vor- und nachstationäre Krankenhausleistungen und ambulante ärztliche, medizinisch-technische, pflegerische, physikalische, orthopädie-technische sowie sonstige für den Krankenhausbetrieb erforderliche Leistungen.

Finanzierungsgrundsätze

Das Krankenhausfinanzierungsgesetz (KHG) legt fest, dass die wirtschaftliche Sicherung der Krankenhäuser durch die sogenannte duale Finanzierung erfolgen soll. Darauf aufsetzend regeln zahlreiche Gesetze, Verordnungen und Richtlinien die speziellen Finanzierungsregeln.

Demnach sollen die Investitionskosten im Rahmen der öffentlichen Förderung übernommen werden. Da die OKM in den Krankenhausplan des Landes Baden-Württemberg aufgenommen ist, erfüllt sie die Voraussetzungen des KHG und erhält sowohl Einzelfördermittel als auch Pauschalfördermittel. Bei beiden Förderbereichen reichen die Landesmittel nicht aus, um die notwendigen Investitionen voll zu finanzieren.

Die OKM erhält vom Landkreis Ludwigsburg keine Investitionszuschüsse und muss deshalb ihre Investitionskosten selbst erwirtschaften. Der Landkreis Ludwigsburg gewährt der OKM aber für deren Darlehens- und Betriebsmittelbedarf Kommunalbürgschaften, so dass die OKM von günstigen Zinskonditionen profitieren kann.

Die laufenden Betriebskosten für den Bereich der stationären Patientenversorgung sind nach geltendem Recht hauptsächlich über die Fallpauschalen (DRGs) und dem Pflegebudget zu finanzieren. Für die OKM werden nach § 108 SGB V die Budgets für die Behandlung dieser



stationären Patienten jährlich mit den Krankenkassen verhandelt. Die Vergütung der ambulanten Patientenbehandlung richtet sich je Behandlungsfall nach separaten Regelwerken.

Entwicklung von Branche und Gesamtwirtschaft

Hierzu wird auf die Ausführungen bei der RKH Kliniken Ludwigsburg-Bietigheim gGmbH verwiesen.

Entwicklung des operativen Geschäfts

Operatives Geschäft - Krankenhausleistungen

Im Rahmen der Budgetverhandlungen 2017 und 2018 hatte sich gezeigt, dass die Kassenseite die Mehrleistungen der OKM bei der Berechnung des Fixkostendegressionsabschlag nicht anerkennen werden, obwohl das Land Baden-Württemberg den Wachstumskurs der OKM befürwortet hatte, was sich in der Investitionsförderung der zusätzlichen OP-Saal Kapazitäten und einer Erhöhung der Planbettenzahl von 200 auf 209 Betten niedergeschlagen hatte. Einerseits wird die Konzentration hochspezialisierter Leistungen sowohl vom Gesetzgeber als auch von den Kostenträgern gefordert, andererseits bestehen für die Kliniken durch die Finanzierungsregeln im Budget keine Möglichkeiten, Mehrleistungen in diesem Umfang kostendeckend zu erbringen. Die Klinik hatte sich deshalb strategisch dafür entschieden, keine Mehrmengen mehr auf dieser Basis zu vereinbaren, sondern künftig selbstzahlende PatientInnen und PatientInnen mit einer privaten Krankenversicherung anteilig über die RKH Privatklinik am Standort zu versorgen und abzurechnen.

Ab 2017 hat der Gesetzgeber begonnen die Entgeltkataloge insbesondere in der Orthopädie ohne Kalkulationsgrundlage einseitig abzusenken. Dies hat bis zum Jahr 2024 zu einer Preisreduzierung von -13 % bzw. einer Budgetabsenkung in Höhe von rund -7,2 Mio. € geführt. Diese dauerhaften Budgetabsenkungen haben sich unmittelbar auf die jährlichen finanziellen Ergebnisse ausgewirkt, wie es den jeweiligen Jahren zu entnehmen ist. Ohne diese beiden negativen Effekte (Mehrmengenabschläge/Vergütungsabsenkung) wären ausgeglichene Jahresergebnisse erreichbar gewesen. Der wirtschaftliche Druck auf die OKM die internen Prozesse zu optimieren und weiter zu wachsen hat sich dadurch ständig erhöht.

Um überhaupt aus eigener Kraft ausgeglichene Ergebnisse zu erreichen, ist eine volle Auslastung der OP-Ressourcen, unserer konservativen Behandlungseinheit sowie des Querschnittszentrums, das über eine tagesbezogene DRG abgerechnet wird, notwendig. Auf dieses Ziel arbeitet die OKM seit Jahren hin und war seit 2021 auf einem guten Weg, bei den Dingen, die man selbst in der Hand hat.

2021 wurde bei einer sehr hohen OP-Auslastung eine Steigerung der Krankenhausleistungen um 8,3 % erreicht. Diese hohe Schlagzahl konnte 2022 durch die schlechter werdenden Rahmenbedingungen (Materialengpässe; reduzierte OP-Reinigung, Langzeitkranke) sowie den Personalausritten in der OP-Pflege und Anästhesie nicht gehalten werden. Insgesamt sind dadurch 141 OP-Saaltage ausgefallen, was einer OP-Zahl von ca. 550 Eingriffen mit einem CM-Volumen von rund 700 CM-Punkten oder 2,8 Mio. € Umsatz entspricht.

Neben der 2023 durch den Gesetzgeber veranlassten Abwertung in der Orthopädie um -3,4 % hatte die Vorgabe zur Ausweitung der ambulanten OP-Zahlen als flankierende Maßnahme zur geplanten Krankenhausreform, weitere hohe wirtschaftliche Risiken mit sich gebracht. Durch die abgestimmte Zusammenarbeit zwischen Medizincontrolling und unseren Ärzten konnten viele Fälle mit medizinischen und sozialen Begründungen im Rahmen der Kontextfaktoren stationär begründet werden. Trotzdem gab es eine deutliche Verschiebung der stationären Fälle in die deutlich schlechter vergüteten AOP-Leistungen.



Dazu kamen in 2023 alleine 50 OP-Tage die durch die Warnstreiks von Verdi und dem Marburger Bund im März und Mai ausgefallen waren. Weitere 155 Tage waren wiederum durch kurzfristige Personalausfälle bedingt. Insgesamt sind dies 205 Tage mit ca. 780 Operationen mit einem CM- Volumen von rund 1.000 CMP oder rund 4,2 Mio. € Umsatz.

Im Geschäftsjahr 2024 ist es uns gelungen die Lücken im Personalbereich Zug um Zug zu schließen und die Saalausfälle insbesondere durch das hohe Engagement aller Beteiligten zu vermeiden. Insgesamt hatte die OKM trotz der geschilderten Belastungen ein sehr gutes Jahr 2024. Es konnte trotz einer weiteren Abwertung in Höhe von -1,3 % eine Leistungssteigerung von 5,9 % der CM-Punkte erreicht werden. Ohne diesen durch die Preisanpassung der letzten beiden Jahre entstandenen Umsatzverlust von rund 2,5 Mio. € wäre die OKM bei 14.000 CM-Punkte angelangt und hätte ein stabiles Ergebnis erreichen können. Die Leistungsentwicklung zeigt aber auch, wie wichtig das weitere Wachstum ist, denn ohne diese Steigerung wäre die OKM weiter in die roten Zahlen geraten, deshalb ist das Jahresergebnis unter dieser Prämisse positiv zu bewerten.

Insgesamt zeigt die Entwicklung, dass die OKM aus eigener Kraft wachsen kann, da es bereits jetzt schon Wartelisten von bis zu 6 Monaten gibt. Auch in den Ambulanzen ist es extrem schwer, Termine zu bekommen.

Ein weiterer Faktor, der für ein notwendiges Wachstum der OKM spricht, ist die kommende Krankenhausreform, bei der Standorte durch eine Leistungsgruppenkonzentration auf die spezialisierten Kliniken reduziert werden sollen. Aus Sicht der OKM wird dies zu einem Anwachsen der Wartelisten führen. Standorte, die dann auf die erhöhte Nachfrage reagieren können, werden von der Zunahme weiterer Leistungen profitieren. Aufgrund dessen ist eine Erweiterung der OP-Kapazitäten für die Zukunft sinnvoll. Dies geht nur mit zusätzlichem Personal und einem besseren und erweiterten Wohnraumangebot.

Durch die Ambulantisierung steigt der Anteil der ambulant behandelten Patienten weiter an. Im Jahr 2024 wurden 39.652 (Vj. 38.984) PatientInnen ambulant behandelt.

Operatives Geschäft - Personal

Innerhalb der Konzerngesellschaften gab es im Jahr 2023 eine Tarifeinigung sowohl für den Tarifvertrag für die nicht ärztlichen Beschäftigten des öffentlichen Dienstes für Krankenhäuser (TVöD-K/VKA), als auch für die Beschäftigten im ärztlichen Dienst (TV-Ärzte/VKA), die beide in das Jahr 2024 hineinwirkten.

Während die Entgelte der Beschäftigten im TVöD-K ab 01.03.2024 nach einer Sockelerhöhung von 200 € um 5,5 % gesteigert wurden, erhielten die Beschäftigten im ärztlichen Dienst neben einer Zahlung von 1.250 € eine lineare Erhöhung der Entgelte von 4,0 % ab 01.04.2024.

Im Bereich des TV-Ärzte VKA hatte die Tarifeinigung 2023 eine Laufzeit bis 30.06.2024. Erst im Februar 2025 wurde im Rahmen eines Einigungspapiers bekannt, dass die Entgelte rückwirkend zum 01.07.2024 um insgesamt weitere 4 % steigen werden. Für die anteiligen Personalaufwendungen 2024 wurde eine Rückstellung gebildet.

Die Zahl der Überstunden ist im Vergleich zum Vorjahr um rd. 4.370 Stunden gestiegen, die Zahl der Resturlaubstage um ca. 440 Tage. Für die bilanzielle Rückstellung haben diese Entwicklungen einen negativen Effekt in einer Größenordnung von ca. 350.000 €.

Investitionsbereich

Die Entwicklung der OKM basiert auf einem langfristigen Konzept. Schon im Jahr 2011 wurde die Erweiterung der OP-Kapazitäten am Standort Markgröningen dem Sozialministerium vorgetragen



und dem Grunde nach belegt. Die Anerkennung des Bedarfs erfolgte 2015 und mündete in einen Förderantrag und die Aufnahme in das Landesbauprogramm 2016. Die Umsetzung der Erweiterung um insgesamt vier Säle erfolgte in Stufen. Zuerst wurden drei neue Säle in einem Neubau erstellt und in Betrieb genommen. Die zweite Stufe wurde im Oktober 2019 mit der Inbetriebnahme des sechsten OP-Saales im Zentral-OP umgesetzt. Dieser zusätzliche Saal wurde als Hybrid-OP für den Wirbelsäulenbereich ausgebaut. Ein Hybrid-OP beinhaltet neben der OP-Funktion auch eine Navigationseinheit sowie eine intraoperative Bildgebung (Diagnostik) mittels 3D C-Bogen, CT oder MRT. Damit kann bei den sehr komplexen Wirbelsäuleneingriffen ein bestmögliches Operationsergebnis und eine sehr hohe Patientensicherheit erreicht werden. Im Rahmen des Krankenhauszukunftsgesetzes (KHZG) ist die Einrichtung des Hybridsaales mit Navigation, fahrbarer 3D Bildgebung und Robotik beantragt worden. Hierfür hatte die OKM im Frühjahr 2023 einen positiven Bescheid bekommen. Die Vergabe und Beauftragung wurde Anfang 2024 abgeschlossen. Der Hybrid-OP wurde Anfang September in Betrieb genommen.

Sobald die personellen Voraussetzungen geschaffen sind, sollen alle 12 OP-Säle, die der Klinik zur Verfügung stehen, dauerhaft betrieben werden. Insgesamt wurden für die 4 OP-Säle und die Aufbereitungseinheit für Medizinprodukte (AEMP) rund 15 Mio. € investiert, von denen das Land rund 9 Mio. € gefördert hat. Die Differenz trägt die OKM selbst, im Rahmen der jährlichen Zins- und Tilgungsaufwendungen für die in Anspruch genommenen Kreditaufnahmen sowie im Rahmen der Erwirtschaftung der nicht geförderten Abschreibungen.

Nach Abschluss der zuvor dargestellten Erweiterung der OP-Kapazitäten, müssen nun noch die OP-Säle 1 bis 3 aus der Zeit der Erstinbetriebnahme – insbesondere in den Gewerken Trinkwasser, Brandschutz und OP-Technik – saniert werden. Da auch diese Maßnahme eine deutliche Einschränkung des laufenden OP-Betriebes bedeutet, ist eine sehr gute Vorbereitung, Planung und Ausschreibung notwendig, insbesondere auch aufgrund der bestehenden Unsicherheiten bei den Materiallieferungen. Die Umsetzung des Projektes sollte ursprünglich im Jahr 2021 erfolgen. Diese musste jedoch infolge der Corona-Pandemie mehrmals verschoben werden. Das Auftaktgespräch mit dem Sozialministerium zur Förderung dieses Vorhabens hatte im April 2023 stattgefunden. Auf ein baufachliches Gespräch mit der Förderbehörde konnte verzichtet werden, da auch das Sozialministerium die Notwendigkeit einer Interimslösung anerkannt hatte. Der Förderantrag wurde vor der Sommerpause eingereicht. Im weiteren Verlauf der Planungen hatte sich gezeigt, dass die über dem Wirtschaftshof geplante Interimslösung nicht umgesetzt werden kann. Deshalb wurde eine Alternative in Richtung Neubau mit einem möglichen Ringschluss geprüft. Diese Variante würde sich als dauerhafte Lösung eignen und bei einem Auszug der Akademie ein erhebliches Entwicklungspotential für den Standort bedeuten. Diese Variante muss noch weiter ausgearbeitet und auch mit dem Sozialministerium besprochen werden.

Unabhängig von der endgültigen Ausgestaltung der Krankenhausreform ist ein wesentlicher Bestandteil eine Konzentration von hochspezialisierten Leistungen. Diese wird sowohl in der Endoprothetik als auch in der Wirbelsäulenchirurgie zu einer Reduzierung der Krankenhäuser führen, die diese Leistungen erbringen können. Dadurch wird die OKM zwangsläufig mehr OP-Kapazitäten für diese Eingriffe benötigen.

Ein weiteres wichtiges Projekt, um die Leistungsfähigkeit der Klinik abzuschließen, ist der Umbau und die Sanierung der Ambulanz zu einer modernen Funktions-, Diagnostik und Aufnahmeeinheit, in der für die Patienten die Abläufe optimiert und die Wege kurzgehalten werden können. Auch diese Maßnahme hat sich leider verzögert. Der geplante Baubeginn im Herbst 2022 konnte nicht gehalten werden. Nachdem die Maßnahme im Unternehmensplan 2024 veranschlagt und vom Aufsichtsrat freigegeben wurde, konnten die Planungen zum Abschluss gebracht und der Förderantrag vorbereitet werden. Nach der Einreichung werden die Ausschreibungen der einzelnen Gewerke erfolgen, mit dem Ziel die Baumaßnahme nach der Sommerpause 2025 zu beginnen.



Bei einer geplanten Bauzeit von einem Jahr und dem Start der Baumaßnahme in 2025 könnte die Ambulanz nach der Sommerpause 2026 in Betrieb gehen. Erst nach Abschluss dieser Maßnahme stehen der OKM alle Bettenkapazitäten zur Verfügung, da dann die Station A als derzeitige Interimsambulanz wieder mit ihren 32 Betten genutzt werden kann. Dies ist zwingend notwendig, um die zusätzlichen Patienten auch stationär versorgen zu können.

Trotz der bislang erfolgten umfangreichen Erweiterung des Klinikareals bestehen noch Reserveflächen für zusätzliche Angebote in- und außerhalb des Bestandes. Nicht vergessen werden dürfen aber auch die notwendigen Instandhaltungsmaßnahmen, insbesondere die Sanierung der Flachdächer und die perspektivisch notwendige Sanierung der Fassadenelemente der beiden Funktionstrakte.

Für die Sanierung bzw. Erneuerung der 3 Wohnheime wird weiterhin an einer zeitnahen Lösung gearbeitet. Der Schlüssel dafür ist der Erwerb eines sofort bebaubaren Teilgrundstücks vom KVJS. Diese Chance soll nun genutzt werden, um die bauliche Entwicklung des Wohnbereiches am Standort angehen zu können. Nachdem die Gremienbeschlüsse auf beiden Seiten dafür gefasst wurden, konnten sich die Parteien auf einen Kaufpreis einigen, so dass der Grunderwerb in Kürze abgeschlossen sein sollte. Im weiteren Verlauf soll in einem ersten Schritt das neue Grundstück bebaut werden, um im Anschluss daran die 3 Bestandsgebäude entweder grundlegend zu sanieren oder durch Neubauten zu ersetzen. Ziel ist eine Beschlussfassung für diese große Bauprojekt möglichst bis zur Sommerpause. Zusätzlich wird geprüft, ob eine Interimsunterbringung auf dem Grundstück in einem zeitlich befristet angemieteten Modulgebäude möglich ist. Auch dafür sind Mittel im Unternehmensplan vorgesehen.

Das zur Verfügung stellen von Wohnraum hat für die Personalgewinnung und -erhaltung einen sehr hohen strategischen Stellenwert für die Entwicklung des Klinikstandortes. Nur wem es gelingt, qualifiziertes Fachpersonal in ausreichendem Umfang zu gewinnen, kann sein Leistungsvermögen erhalten und ggf. weiter ausbauen, so wie es für die Fachklinik vorgesehen ist.

Zusammen mit der ORTEMA steht ein modernes, überregionales Zentrum für orthopädische Erkrankungen zur Verfügung, das Prävention, Akutmedizin und Rehabilitation an einem Standort anbietet und weiteres Entwicklungspotential bietet. In den letzten Jahren wurde neben der Erhöhung der OP-Kapazitäten die Werkstätten für die ORTEMA durch einen Anbau vergrößert und ein Neubau für die ambulante Rehabilitation mit 60 Plätzen errichtet und damit die Platzkapazitäten verdoppelt. Der Neubau eines Ambulanten Orthopädischen Rehabilitationszentrums (AOR) wurde direkt neben dem bestehenden Betriebsgebäude auf dem Parkplatz in zweigeschossiger Bauweise umgesetzt und ist seit Oktober 2019 in Betrieb. Der prognostizierte Bedarf hat sich in den Betriebsjahren 2021 bis 2024 nicht nur bestätigt, sondern ist ein wesentlicher Baustein des Entlassmanagements. Seit 2021 steht die ebenfalls über das Immobilienleasing finanzierte Ambulanz für die Handchirurgie auf der noch freien Dachfläche neben dem OP-Zentrum ZAG zur Verfügung. Durch diese Maßnahmen konnte eine Kapazitätserweiterung der ambulanten Untersuchungsmöglichkeiten der Sportorthopädie, die die bisherigen Räumlichkeiten zusammen mit der Handchirurgie genutzt hat, aber auch eine Konzentration der Handchirurgie neben ihrem Haupt-OP-Trakt inkl. der Möglichkeit kleine chirurgische Eingriffe auch außerhalb des OP-Bereiches in einem dafür geeigneten Eingriffsraum durchzuführen, erreicht werden.

Beide Projekte wurden auf der Erbbaufäche des schon bestehenden Immobilienleasingmodells der OKM umgesetzt. Deshalb hat nicht die OKM investiert, sondern die Objektgesellschaft (Deutsche Anlagenleasing/Karbonat). Finanzierungspartner ist die Kreissparkasse Ludwigsburg. Leasingnehmer ist die OKM, die wiederum das Gebäude an die ORTEMA anteilig für deren Nutzung untervermietet hat. Da das Leasingprojekt ursprünglich eine Laufzeit von 20 Jahren hatte (bis 2027) und schon mehr als 10 Jahre gelaufen war, wurde im Rahmen der Erweiterung eine



Verlängerung der Laufzeit bis 2032 und eine Anschlussfinanzierung des zum Zeitpunkt der Übernahme bestehenden Ablösewertes vereinbart.

Im Jahr 2024 wurden insgesamt 2,3 Mio. € (Vj. 1,8 Mio. €) für Investitionen eingesetzt.

Leistungsdaten

Kenngrößen	2024	2023
Stationär behandelte Patienten	9.955	9.266
Anzahl Case-Mix-Punkte	13.140	12.411
Fallschwere (Case-Mix-Index; CMI)	1,327	1,347
Verweildauer in Tagen	5,31	5,42

Durch die Ambulantisierung steigt der Anteil der ambulant behandelten Patienten weiter an. Im Jahr 2024 wurden 39.652 (Vj. 38.984) PatientInnen ambulant behandelt.

Jahresabschluss

Das Jahr 2024 ist erneut durch Sondereffekte gekennzeichnet, die einen aussagekräftigen Zeit- oder Planvergleich erschweren. Ausgleich, Rückstellung für den Fixkostendegressionsabschlag (FDA) 2024, Katalogeffekte, Leistungsbeschränkungen durch Personalausfälle und die allgemeinen Kostensteigerungen wirken sich negativ auf das Ergebnis 2024 aus.

Ertragslage

Die Erlöse aus Krankenhausleistungen verzeichnen mit +7,9 Mio. € (70,7 Mio. €, Vj. 62,8 Mio. €) einen weiteren Anstieg der positiven Entwicklung der Klinik.

Die Erlöse aus Wahlleistungen sind gegenüber dem Vorjahr um +0,2 Mio. € (5,7 Mio. €, Vj. 5,5 Mio. €) gestiegen, was an der starken Nachfrage nach ärztlich-medizinische Angeboten lag.

Im Bereich der ambulanten Leistungen gab es in 2024 gegenüber 2023 einen geringen Rückgang (3,3 Mio. €, Vj. 3,7 Mio. €). Dieser geringe Rückgang resultiert aus dem Bereich ambulantes Operieren.

Durch den Rückgang im ambulanten Bereich reduzieren sich die Nutzungsentgelte der Ärzte um – 68 T€ auf 746 T€ (Vj. 814 T€).

Die Bestandsveränderung an unfertigen Leistungen zeigt den gesunkenen Anteil an stationären Überliegern.

Die Zuweisungen und Zuschüsse der öffentlichen Hand beinhalten die Energiehilfen.

Im Bereich der Hilfs- und Nebenbetriebe konnte der Erlös zum Vorjahr gehalten werden, es gab einen leichten Anstieg um 35 T€ auf 637 T€ (Vj. 602 T€).



Bei den sonstigen betrieblichen Erträgen ist ein Anstieg der Erlöse um 1,4 Mio. € auf 3,9 Mio. € (Vj. 2,5 Mio. €) zu verzeichnen.

Im Bereich der Rückvergütung, Rückerstattungen zeigt sich ein Rückgang um 196 T€.

Die Steigerung von 6,5 Mio. € über die gesamten Personalkosten gegenüber dem Vorjahr entsteht durch den Anstieg der Tarife, aber auch durch den Aufbau von Vollkräften im Bereich Pflege und Funktionsdienst auf 54,9 Mio. € (Vj. 48,4 Mio. €). In den Personalkosten ist die Erhöhung der Rückstellungen Urlaub/Überstunden mit 350 T€ berücksichtigt. Der Einsatz von Zeitarbeitskräften in der Pflege wurde nicht benötigt.

Der Anstieg im Medizinischen Sachbedarf um 1,5 Mio. € auf 14,3 Mio. € korrespondiert mit der positiven Leistungsentwicklung bei den Erlösen aus Krankenhausleistungen. In diesem Zusammenhang sind auch die patientenbezogenen medizinischen Leistungen um 120 T€ angestiegen auf 1,5 Mio. € (Vj. 1,4 Mio. €).

Im Verwaltungsbedarf zeigen sich die Inanspruchnahme der RKH-Akademie im Bereich Fort- und Weiterbildung, sowie die Kosten für Ausbildungsplätze. Hier werden auch die Aufwendungen für Projekt- und Rechtsberatung dargestellt. Diese Kosten belaufen sich auf 2,3 Mio. €, dies ist ein Anstieg um 13 T€.

Im Bereich Speiseversorgung und Lebensmittel haben sich die Kosten um 210 T€ (2,6 Mio. €, Vj. 2,4 Mio. €) erhöht. Dies ist auch z. T. auf die gestiegenen Einkaufspreise im Lebensmittelbereich zurückzuführen.

Die Inanspruchnahme der holdingweit verantwortlichen Führungskräfte, die arbeitsrechtlich bei RKH angestellt sind, wird hier dem Personalaufwand zugerechnet. Grundsätzlich werden Leistungen verursachungsgerecht oder mittels geeigneter Umlageschlüssel verrechnet.

Die Zusammenführung der EDV-Technologie und der EDV-technischen Dienstleistungen stärkt ebenfalls die Leistungsbeziehungen innerhalb des Verbundes. Hard – und Software werden zentral über das verbundinterne EDV-Zentrum (Klinikum Ludwigsburg) beschafft und auch dort inventarisiert. Sämtliche Pflege- und Wartungsverträge werden ebenfalls über das Rechenzentrum abgewickelt. Die daraus resultierenden Nutzungsgebühren werden bei den Nutzern im Investitionsergebnis abgebildet. Die Nutzungsgebühren für Personal- und Sachkosten des EDV-Zentrums sind dem Betriebsergebnis (Verwaltungsbedarf) zugeordnet. Dadurch fallen für die Investitionsseite keine direkten Investitionskosten an.

Die Steuerlast bezieht sich auf die Ergebnisse der steuerpflichtigen Geschäftsbetriebe. Die Gewinnerzielung führt einerseits zu Ertragsteuern, andererseits auch zu Anspareffekten für neue Investitionen in diesen Bereichen. Die Notwendigkeit einer Anpassung der Rückstellungen in den steuerpflichtigen Bereichen hat sich für das laufende Jahr nicht ergeben.

Im Finanzergebnis zeigt sich die Steigerung der Betriebsmittelzinsen und die Zinsen aus cash-pooling, diese sind gegenüber dem Vorjahr um 130 T€ gestiegen.

Im Investitionsergebnis zeigen sich auch die Abschreibungsanteile, die z. B. im steuerpflichtigen Bereich entstehen und durch Entgelte gedeckt sind. Im Investitionsergebnis ist eine Verbesserung in Höhe von 1.216 T€ zu verzeichnen, was auf die Vereinnahmung von Sonderhilfen zurückzuführen ist.

Im Neutralen Ergebnis werden anteilig die kalkulatorischen Risiken aus den Anfragen des medizinischen Dienstes der Krankenkassen aus Vorjahren ausgewiesen. Hier werden auch die



Auflösungen von Rückstellungen, die gegenüber 2023 zurückgegangen sind und ein hoher Anteil an Auflösungen für Vorjahre bzgl. Pflegebudget und Ausgleiche gezeigt. Des Weiteren ist ein außerordentlicher Aufwand des beschlossenen Defizitausgleichs für das MVZ OKM enthalten.

Vermögenslage

Das Sachanlagevermögen nimmt planmäßig ab, da auch alle großen Baumaßnahmen bis zum Geschäftsjahr abgeschlossen waren. Im Verhältnis Sonderposten zu Sachanlagevermögen zeigt sich deutlich der hohe Eigenanteil, den es zu erwirtschaften gilt.

Die Finanzanlagen betreffen die Beteiligung an der ORTEMA GmbH, dem MVZ und der Privatklinik. Die Anteile an dem MVZ OKM wurden in 2023 um 330 T€ abgeschrieben, was nahezu die Erhöhung des Beteiligungsbuchwertes aufgrund einer Einzahlung in die Kapitalrücklage (340 T€) ausglich. In die Privatklinik wurde im Jahr 2023 eine Einzahlung in die Kapitalerhöhung von 50 T€ vorgenommen. Die Ausleihungen an verbundene Unternehmen vermindern sich erneut um 170 T€. Im Saldo ergibt sich einen Rückgang bei den Finanzanlagen in Höhe von 183 T€.

Im Bereich Vorräte werden auch die unfertigen Leistungen (Überlieger) abgebildet. Insgesamt sind die Vorräte gegenüber dem Vorjahr um 5 % zurückgegangen.

Die laufenden Forderungen aus Lieferungen und Leistungen wurden aufgrund zeitnaher Abrechnung mit den Kassen abgewickelt. Dies führt zum Bilanzstichtag zu einem maßgeblichen Rückgang der Position. Die Prüfquote des medizinischen Dienstes der Kostenträger liegt im Geschäftsjahr bei ca. 16 %.

Risiken aus den Anfragen des medizinischen Dienstes werden im Wesentlichen als Rückzahlungsrisiken, für die Rückstellungen gebildet wurden, berücksichtigt. Die kalkulatorischen Ausfallrisiken, die auf der Aktivseite bilanziert werden, konnten reduziert werden.

Seit Mitte 2009 werden die Finanzmittelguthaben und die kurzfristigen Betriebsmittelkredite zusammen mit der KLB in einem Cash-Pool-Verfahren abgewickelt. Der „Pool-Führer“ ist die KLB. Die konzerninterne Verzinsung orientiert sich an den marktüblichen Zinssätzen. Die Synergie dabei ist, dass die Zinsen innerhalb des Verbundes verbleiben und die Geldmittel jederzeit verfügbar sind. Zum Bilanzstichtag sind diese Finanzmittelströme unter den Forderungen bzw. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschafter bilanziert. Im Berichtsjahr hat die OKM weniger Finanzmittelvolumen von der KLB in Anspruch genommen. Dies trägt mit 620 T€ zu dem Rückgang der übrigen Verbindlichkeiten bei.

Die Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen betreffen die notwendigen Verrechnungen mit der ORTEMA und anderen Verbundgesellschaften zum Jahresende, deren Abrechnungsstände zum Stichtag schwanken können.

Unter den sonstigen Vermögensgegenständen ist das Finanzierungsmodell für die Gebäudefinanzierung der ambulanten Rehabilitation sowie die Raumerweiterung der Radiologie abgebildet.

Bei den übrigen Rückstellungen ist die Rückstellung für den Fixkostendegressionsabschlag (FDA) 2024 in Höhe von 1.013 T€ eingestellt worden. Die Personalarückstellungen haben sich in Summe um 320 T€ erhöht. Die Rückstellung für MDK-Risiken konnte um 422 T€ reduziert werden. Die Gesamtsumme für übrige Rückstellungen hat um 887 T€ (22,1 %) erhöht.

Die Steuerrückstellung ist im Vergleich zum Vorjahr konstant mit 56 T€.

Die Darlehensverbindlichkeiten konnten im Geschäftsjahr 2024 gegenüber den Kreditinstituten 0,6 % gesenkt werden.



Finanzlage

Die Finanzlage der Klinik ist Dank des Aufbaus in Vorjahren und des geringen Jahresfehlbetrages im Berichtsjahr noch solide. Dennoch gilt es die Entwicklung zu beobachten, da weiterhin ein hoher Anteil an eigenfinanzierten Investitionen besteht und damit eine bedeutsame Sockelbelastung. In Hinblick auf das Jahr 2025 besteht noch ein ausreichender Eigenkapitalsockel.

Die OKM profitiert aktuell davon, dass der Landkreis Ludwigsburg Bürgschaften für Darlehen und Betriebsmittelkredite gewährt. Unterstützt durch den genannten Cash-Pool geht die Geschäftsführung davon aus, dass die Liquidität der OKM somit gesichert ist.

In der erweiterten Eigenkapitalquote wurde das bilanzierte Eigenkapital um den Ausgleichsposten für Eigenmittelförderung vermindert. Als Bezugsgröße wurde dann die bilanzierte Bilanzsumme um die geförderten und um die mit Landkreismitteln finanzierten Anteile bereinigt.

Beim Anlagendeckungsgrad wurden alle mit den bilanzierten Vermögensgegenständen in Verbindung stehenden finanziellen Mittel in das Verhältnis zum Anlagevermögen gesetzt. Die Anlagendeckung zur Finanzierung des Anlagevermögens bleibt nahezu stabil. Die bisherigen Baukosten sind fast vollständig mit langfristigen Geldmitteln ausfinanziert.

5.2.7 Kapitalzuführungen und -entnahmen

Im Geschäftsjahr 2024 gab es keine Kapitalzuführungen und -entnahmen durch den Landkreis Ludwigsburg.

5.2.8 Anzahl der Beschäftigten

Im Berichtsjahr betrug die durchschnittliche Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer:

	2024	2023
Beschäftigte	787	720
- davon TVöD-K	689	627
- davon TV-Ärzte/VKA	98	93

Zum Stichtag 31.12.2024 ergeben sich folgende Personalkenngrößen:

Kenngrößen	2024	2023
Anzahl der Beschäftigten	803	732
Anzahl der Vollkräfte	526	476
Anteil der weiblichen Beschäftigten	75 %	76 %
Anteil der in Teilzeit Beschäftigten	49 %	48 %
Anteil der im Pflegedienst Beschäftigten	40 %	41 %
Besetzte Ausbildungsplätze in der Krankenpflege	26	24
Besetzte Ausbildungsplätze im Verwaltungs-/Wirtschafts- und medizinisch-technischen Bereich	5	10
Besetzte Ausbildungsplätze für Operationstechnische Assistenz	11	9
Besetzte Anzahl der Ausbildungsplätze in der Anästhesietechnischen Assistenz	4	3
Besetzte Ausbildungsplätze „Physician Assistant“	1	3
Besetzte Ausbildungsplätze insgesamt	47	49



5.2.9 Kennzahlen der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Die Vermögens- und Finanzlage ist aus der Bilanz zum 31.12.2024 und den Vorjahreswerten (Darstellung in 5.3.1) ersichtlich.

Die Ertragslage ist aus der Gewinn- und Verlustrechnung zum 31.12.2024 und den Vorjahreswerten (Darstellung in 5.3.2) ersichtlich.

Finanzkennzahlen	2024	2023	Veränderung
Eigenkapitalquote	13,4 %	14,2 %	-0,8 %
Anlagendeckung I	123,0 %	119,3 %	+3,7 %
Anlagendeckung I mit Sonderposten	46,9 %	46,3 %	+0,6 %
Anlagendeckung II	21,6 %	21,3 %	+0,3 %
Anlagendeckung II mit Sonderposten	50,6 %	49,3 %	+1,3 %
Liquiditätsgrad	94,0 %	95,4 %	-1,4 %



5.3 Jahresabschluss des Geschäftsjahres 2024

5.3.1 Bilanz zum 31.12.2024

Aktivseite	2024 €	2024 €	2023 €	2023 €
A. Anlagevermögen				
I. Sachanlagen				
1. Grundstücke mit Betriebsbauten	41.048.733,19		43.942.624,19	
2. Grundstücke mit Wohnbauten	850.132,65		953.964,65	
3. Grundstücke ohne Bauten	131.601,59		131.601,59	
4. Technische Anlagen	1.749.479,00		2.111.083,00	
5. Einrichtungen und Ausstattungen	5.144.525,00		3.759.011,92	
6. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	1.293.051,77	50.217.523,20	1.826.261,83	52.724.547,18
II. Finanzanlagen				
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	427.210,89		427.210,89	
2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen	1.795.000,00		1.965.000,00	
3. Beteiligungen	12.057,25		12.057,25	
4. Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	0,00	2.234.268,14	12.500,00	2.416.768,14
B. Umlaufvermögen				
I. Vorräte				
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	1.368.990,44		1.307.412,01	
2. Unfertige Leistungen	697.578,73	2.066.569,17	867.324,19	2.174.736,20
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände				
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	12.845.661,43		14.822.841,32	
2. Forderungen an Gesellschafter	1.909.126,89		670.981,67	
3. Forderungen nach dem Krankenhausfinanzierungsrecht davon nach KHEntgG und nach BPflVo	8.533.484,03 (7.833.840,01)		7.890.335,06 (6.879.273,10)	
4. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	1.733.826,13		739.761,24	
5. Sonstige Vermögensgegenstände	1.088.613,06	26.110.711,54	1.016.229,74	25.140.149,03
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten				
		616.833,24		172.440,83
C. Ausgleichsposten nach dem Krankenhausfinanzierungsrecht für Eigenmittelförderung				
		436.511,20		436.511,20
D. Rechnungsabgrenzungsposten				
		62.557,27		36.113,26
		81.744.973,76		83.101.265,84



Passivseite	2024	2024	2023	2023
	€	€	€	€
A. Eigenkapital				
I. Gezeichnetes Kapital	4.545.100,00		4.545.100,00	
II. Kapitalrücklagen	3.850.443,66		3.850.443,66	
III. Gewinnrücklagen (+) / Verlustvortrag (-)	1.567.722,33		355.269,13	
IV. Jahresüberschuss (+) / Jahresfehlbetrag (-)	-653.667,26	<u>9.309.598,73</u>	1.212.453,20	<u>9.963.265,99</u>
B. Sonderposten aus Zuwendungen zur Finanzierung des Sachanlagevermögens				
1. Sonderposten nach dem Krankenhausfinanzierungsrecht	15.006.511,00		15.227.759,00	
2. Sonderposten aus Zuwendungen und Zuschüssen der öffentlichen Hand	113.756,00		130.001,00	
3. Sonderposten aus Zuwendungen Dritter	61.955,00	<u>15.182.222,00</u>	61.520,00	<u>15.419.280,00</u>
C. Rückstellungen				
1. Steuerrückstellungen	56.000,00		56.000,00	
2. Sonstige Rückstellungen	4.841.626,15	<u>4.897.626,15</u>	3.955.000,00	<u>4.011.000,00</u>
D. Verbindlichkeiten				
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	37.723.768,01		37.938.633,68	
2. Erhaltene Anzahlungen	8.481,33		6.625,32	
3. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	1.779.815,72		2.241.505,19	
4. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	8.848.871,36		9.832.379,60	
5. Verbindlichkeiten nach dem Krankenhausfinanzierungsrecht davon nach KHEntgG	1.360.948,91 (723.536,81)		1.030.215,83 (315.317,55)	
6. Verbindlichkeiten gegenüber verbundene Unternehmen	920.160,02		878.824,54	
7. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	10.897,21		9.519,35	
8. Sonstige Verbindlichkeiten davon aus Steuern	1.702.584,32 (655.285,39)	<u>52.355.526,88</u>	1.770.016,34 (584.602,23)	<u>53.707.719,85</u>
		<u>81.744.973,76</u>		<u>83.101.265,84</u>

**5.3.2 Gewinn- und Verlustrechnung für den Zeitraum 01.01.2024 – 31.12.2024**

	2024 €	2024 €	2023 €	2023 €
1. Erlöse aus Krankenhausleistungen	70.720.248,09		62.780.616,05	
2. Erlöse aus Wahlleistungen	5.658.691,37		5.479.930,59	
3. Erlöse aus ambulanten Leistungen des Krankenhauses	3.254.187,20		3.656.690,48	
4. Nutzungsentgelte der Ärzte	745.700,42		813.857,76	
4a. Umsatzerlöse nach § 277 Abs. 1 HGB soweit nicht in den Nummern 1 bis 4 enthalten	<u>8.542.236,45</u>	88.921.063,53	<u>7.362.161,92</u>	80.093.256,80
5. Erhöh./Verminderung der Bestände an unfertigen Leistungen	-169.745,46		537.461,13	
6. Andere aktivierte Eigenleistungen	68.320,04		10.217,64	
7. Zuweisungen und Zuschüsse der öffentlichen Hand, soweit nicht unter Nr. 11	585.803,39		2.264.770,40	
8. Sonstige betriebliche Erträge	<u>1.793.010,16</u>	91.198.451,66	<u>2.803.738,69</u>	85.709.444,66
9. Personalaufwand				
a) Löhne und Gehälter	41.057.773,24		35.720.483,54	
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	9.321.058,93		7.996.526,78	
davon für die Altersversorgung	(2.798.011,42)		(2.443.345,65)	
10. Materialaufwand				
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	19.200.692,64		17.207.037,85	
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	<u>5.785.163,51</u>	75.364.688,32	<u>6.124.625,77</u>	67.048.673,94
Zwischenergebnis		15.833.763,34		18.660.770,72
11. Erträge aus Zuwendungen zur Finanzierung von Investitionen	2.782.391,74		802.510,42	
davon Fördermittel nach dem KHG	(1.502.391,79)		(766.561,76)	
12. Erträge aus der Auflösung von Sonderposten/Verbindlichkeiten nach dem KHG und aufgrund sonstiger Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens	2.906.149,22		1.985.983,97	



	2024 €	2024 €	2023 €	2023 €
13. Aufwendungen aus der Zuführung zu Sonderposten/ Verbindlichkeiten nach dem KHG und aufgrund sonstiger Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens	2.540.911,74		482.868,49	
14. Aufwendungen für die nach dem KHG geförderte Nutzung von Anlagegegenständen	<u>246.480,00</u>	2.901.149,22	<u>319.641,93</u>	1.985.983,97
15. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	4.791.426,13		4.772.123,26	
16. Sonstige betriebliche Aufwendungen	<u>13.612.240,07</u>	18.403.666,20	<u>13.453.718,59</u>	18.225.841,85
Zwischenergebnis		331.246,36		2.420.912,84
17. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	76.102,08		89.190,78	
davon aus verbundenen Unternehmen	(73.736,03)		(85.132,03)	
18. Abschreibungen auf Finanzanlagen	0,00		330.311,00	
19. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	<u>1.097.290,92</u>	-1.021.188,84	<u>940.243,43</u>	-1.181.363,65
davon für Betriebsmittelkredite	(135.213,76)		(127.110,18)	
davon an verbundene Unternehmen	(377.536,80)		(254.617,15)	
20. Steuern vom Einkommen und vom E (Ertrag (i. V. Aufwand)	-48.620,50		15.275,49	
21. Ergebnis nach Steuern		-641.321,98		1.224.273,70
22. Sonstige Steuern	12.345,28		11.820,50	
23. Jahresfehlbetrag (i.V. Jahresüberschuss)		-653.667,26		1.212.453,20



6. ORTEMA GmbH



6.1 Allgemeine Angaben

Anschrift	Kurt-Lindemann-Weg 10 71706 Markgröningen
Rechtsform	Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)
Gründungsdatum	12.10.1993

6.2 Rechtliche Verhältnisse

6.2.1 Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist die orthopädie-technische Versorgung von Patienten, deren Behandlung nicht durch die RKH Orthopädische Klinik Markgröningen gGmbH verordnet wurde sowie die orthopädie-technische Versorgung der RKH Orthopädischen Klinik Markgröningen gGmbH (OKM). Weiterer Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb der Physikalischen Therapie bei der RKH Orthopädischen Klinik Markgröningen gGmbH und weiterer solcher Einrichtungen bei den einzelnen Kliniken der RKH Regionale Kliniken Holding und Services GmbH sowie das Angebot präventiver und rehabilitativer Leistungen für ambulante, stationäre, teilstationäre, vor- und nachstationäre Patienten.

6.2.2 Beteiligungsverhältnisse

Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt 26.000 €.

Gesellschafter	Anteil am Stammkapital	Anteil
RKH Orthopädische Klinik Markgröningen gGmbH	26.000 €	100 %

6.2.3 Beteiligungen des Unternehmens

Die ORTEMA GmbH ist an keinen Unternehmen beteiligt.



6.2.4 Besetzung der Organe, sowie Gesamtbezüge der Geschäftsführung und des Aufsichtsrats

Organ	Funktion	Name des Mitglieds
Gesellschafterversammlung	Für die RKH Orthopädische Klinik Markgröningen gGmbH	Prof. Dr. Jörg Martin (bis 30.09.2024)
		Dr. Marc Nickel (ab 01.10.2024)
		Axel Hechenberger (ab 01.08.2024)
Geschäftsführung	Geschäftsführer	Prof. Dr. Jörg Martin (bis 30.09.2024)
		Axel Hechenberger (ab 01.08.2024)
		Olaf Sporys (kaufmännisch)
		Rüdiger Loy
Beirat *	Vorsitz	Landrat Dietmar Allgaier
	Stv. Vorsitz	OB Jürgen Kessing
	Vertreter des Landkreises Ludwigsburg	
	Mitglieder - CDU	Karl-Heinz Schlumberger***
		Claus-Dieter Meyer***
		Ralf Trettner***
	Mitglieder - Freie Wähler	Jan Trost***
		Dirk Schaible***
		Werner Möhrer*
		Jürgen Scholz**
	Mitglieder - SPD	Egon Beck***
		Ramona Schröder*
	Mitglieder - Grüne	Dr. Uwe Stoll***
		Jürgen Waser*
		Daniel Christen**
	Mitglied – AfD	Dr. Matthias Weißert**
	Mitglieder - FDP	Dr. Horst Ludewig*
		Jochen Eisele**
	Vertreter der Stadt Bietigheim-Bissingen	
	Mitglieder - CDU	Marcus List***
		Dr. Alfred Theil**
	Mitglied - SPD	Thomas Reusch-Frey***
	Mitglieder - FW	Dr. Wassilios Amanatidis*
Eberhard Blatter**		
Mitglied - FDP	Dr. Arno Steiler*	
Mitglied - GAL	Traute Theurer***	
Vertreter der Arbeitnehmer		
Betriebsrat	Dr. Gerhard Locher***	
	Hagen Klee***	

(* = bis 19.11.2024; ** = ab 19.11.2024; *** = bis/ab 19.11.2024)

Die Konstituierung des neuen Aufsichtsrates der ORTEMA GmbH fand am 19.11.2024 statt.



Die Mitglieder des Aufsichtsrats der RKH Orthopädischen Klinik Markgröningen gGmbH bilden entsprechend § 12 Abs. 2 des Gesellschaftsvertrags der RKH Orthopädischen Klinik Markgröningen gGmbH den Beirat.

Gesamtbezüge der Mitglieder der Geschäftsführung und des Aufsichtsrats:

Die Gesellschaft macht bezüglich der Bezüge der Geschäftsführung von den Befreiungsvorschriften nach § 286 Abs. 4 HGB Gebrauch.

Die Aufwandsentschädigungen für die Mitglieder des Beirats betragen im Geschäftsjahr 2024 insgesamt 0,00 € (Vorjahr: 0,00 €).

6.2.5 Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks des Unternehmens

Die ORTEMA ergänzt das Leistungsspektrum der RKH Orthopädischen Klinik Markgröningen gGmbH. Mit dem Vollzug des Erwerbs zum 1. Juli 2007 und der Eingliederung der OKM und der ORTEMA wurde das Leistungsangebot des Klinikverbundes vervollständigt.

6.2.6 Grundzüge des Geschäftsverlaufs und Lage des Unternehmens

Allgemeines zur Gesellschaft

Die ORTEMA hat schon seit geraumer Zeit den Weg eingeschlagen, zum einen die Abhängigkeit von den Kostenträgern durch den Selbstzahlerbereich und die frei verkäuflichen Artikel im Gesundheitsbereich zu senken und zum anderen, die neuen Geschäftsfelder (Prävention, Rehabilitation und Medical Fitness) weiter voranzutreiben. Die sich daraus ergebenden Synergien stärken die Marktposition durch eine bessere Wahrnehmung der KundInnen und einer hohen Kundenbindung, insbesondere auch im Zusammenspiel mit der RKH Orthopädische Klinik Markgröningen gGmbH, aber auch vermehrt mit den Krankenhäusern der RKH Regionale Kliniken Holding und Services GmbH. Dazu haben die Inbetriebnahme der Filiale im Klinikum Ludwigsburg und eine regelmäßige Versorgung des Krankenhauses Bietigheim beigetragen. Bei einer möglichen baulichen Entwicklung am Standort Bietigheim könnte auch dort die Errichtung einer Filiale sinnvoll sein.

Finanzierungsgrundsätze

Im Bereich Orthopädietechnik arbeitet die ORTEMA ausschließlich auftragsbezogen auf der Basis ärztlicher Verordnungen und besitzt eine volle Hilfsmittelzulassung für den Hauptsitz in Markgröningen und jeweils Teilzulassungen für die Filialen. Die Rezeptabrechnung erfolgt mit den Kostenträgern oder direkt mit dem Patienten. An den Rahmenbedingungen der letzten Jahre hat sich nichts geändert. Die schon seit Jahren aufgezeigten schwierigen Rahmenbedingungen mit den weiter sinkenden Preisen im Bereich der GKV sowie der zunehmenden Bürokratisierung sind mittlerweile systemimmanent. Immer mehr Hilfsmittel werden nicht mehr von den Krankenkassen finanziert. Zunehmend bewegen sich neben dem Fachhandel auch Discounter auf dem Hilfsmittelmarkt und bieten vorgefertigte Hilfsmittel (hauptsächlich Bandagen) in einem sehr niedrigen Preissegment an.

Die Ausschreibungsmodelle für den Hilfsmittelbereich erhöhen den Druck auf die einzelnen Betriebe, da es einem Preisdiktat gleicht, mit denen die Kostenträger nicht nur weitere Preisreduzierungen, sondern auch eine Konzentration auf einige (wenige) Anbieter erreichen wollen, ungeachtet der Versorgungsqualität und der Versorgungsbreite.



Im Bereich Prävention und Medical Fitness hat die ORTEMA eine Heilmittelzulassung aller Kassen und rechnet auch hier mit den Kostenträgern oder direkt mit dem Patienten ab. In den anderen Bereichen werden Kursgebühren und Mitgliedsbeiträge erhoben.

Im Rehabilitationsbereich hat die ORTEMA seit 01.08.2011 die Zulassung bei den gesetzlichen Krankenkassen und der deutschen Rentenversicherung Land (DRV-L) für die ambulante Rehabilitation. Im Jahr 2016 konnte auch die Zulassung der DRV Bund erreicht werden, so dass seit dem für alle Kostenträger eine Zulassung besteht. Seit November 2019 umfasst die ambulante orthopädische Rehabilitation 60 Plätze. Die Genehmigungen der Kostenträger für die Platzzahlerhöhung sind mittlerweile vollständig erteilt.

Entwicklung des operativen Geschäfts

Das Geschäftsjahr 2024 verlief insgesamt sehr positiv. Die Auftragszahlen konnten in fast allen Bereichen deutlich gesteigert werden.

Die Orthopädietechnik ist als Dienstleister abhängig von der ärztlichen Versorgung und den daraus notwendigen Verordnungen für Hilfsmittel. Inzwischen hat sich der Gesundheitsmarkt von der Corona-Pandemie erholt, die Abläufe und das Ordnungsverhalten haben sich wieder normalisiert.

Die im Jahr 2023 gestartete Einführung einer neuen Branchen-Software-Lösung für den Bereich Orthopädietechnik ist weiterhin in Umsetzung. Die Komplexität des neuen Systems und die damit verbundene Anforderung, die meisten unserer eingeführten Prozesse zu überprüfen und verändern zu müssen, bindet hohe Personalressourcen, die wir aufgrund des angespannten Arbeitsmarktes im vergangenen Jahr nicht im benötigten Umfang zur Verfügung stellen konnten. Deshalb musste der Zeitplan bis zur Einführung des Echtbetriebes etwas gestreckt werden. Trotzdem ist man hier auf einem guten Weg. In der Filiale in Ludwigsburg wurde im März 2024 der Testbetrieb und im April mit dem Echtbetrieb der neuen Software gestartet. Das Haupthaus in Markgröningen sollte Anfang Juni 2025 in den Echtbetrieb gehen. Aufgrund des kurzfristigen Ausfalls der bisherigen Software am 22.05.2025 mussten wir bereits am 23.05.2025 in den Echtbetrieb gehen. Dort haben wir aufgrund der vielen, individuell herzustellenden Einzelversorgungen einen wesentlich höheren Prozessaufwand, der sich bei der Umsetzung in die neue Software als wesentlich komplexer darstellt. Im Rahmen dieses Softwareprojektes wurden im November 2024 auch die neue, zertifizierte Buchhaltungssoftware, das damit verbundene Controlling Modul sowie ein revisionssicheres Softwarearchiv in Betrieb genommen. Die dafür notwendigen Tätigkeiten haben im Bereich der Finanzbuchhaltung einige Personalressourcen gebunden. Die Umstellung ist erfolgreich verlaufen, bindet jedoch weiterhin Ressourcen, nicht zuletzt auch deshalb, weil die Jahresabschlussarbeiten erstmals im neuen System vorgenommen werden müssen.

Geschäftsbereich Rehabilitation und Medical Fitness

Die ORTEMA ist auch im Präventions- und Rehabilitationsbereich und im Bereich Medical Fitness ein fester Bestandteil der Gesundheitsversorgung im Landkreis und hat damit ein weiteres Standbein und eine sinnvolle Ergänzung der Orthopädietechnik geschaffen. Sie rundet somit das Spektrum der RKH Orthopädischen Klinik Markgröningen gGmbH mit ihren kurativen Angeboten als ganzheitlicher Gesundheitsanbieter ab.

Der Umsatz ist im Jahr 2024 um +22,21 % (+1.105.007 €) gestiegen. Den größten Umsatzzuwachs haben wir in der ambulanten Rehabilitation in Kombination mit der Reha-Nachsorge zu verzeichnen.

- Ambulante Rehabilitation

Im Bereich Rehabilitation konnte seit der Inbetriebnahme des Neubaus im Jahr 2020, im Jahr 2024 erstmals die angestrebte Belegung erreicht und letztendlich sogar eine Auslastung von 106 %



erzielt werden. Im Jahr 2024 wurden über 1.000 Rehabilitandinnen betreut. Die Umsätze sind in diesem Bereich um 40,87 % gestiegen. Die gestiegenen Patientenzahlen in der ambulanten Reha wirken sich auch im Bereich der Reha-Nachsorge aus. Die Umsätze haben erneut zugenommen, und zwar um 35,51 %.

- *Heilmittelbereich*

Im Heilmittelbereich ist die Nachfrage und Auslastung nach wie vor sehr hoch. Der Beruf der Physiotherapeutin / des Physiotherapeuten stellt mittlerweile einen absoluten Mangelberuf dar. Mit zahlreichen Maßnahmen, wie Stipendien zur Ausbildungsförderung, verstärkter Zusammenarbeit mit Physiotherapieschulen, Fort- und Weiterbildungsangeboten für werdende und bereits erfahrene Physiotherapeutinnen und Physiotherapeuten konnten wir unsere Therapiebereiche positiv nach außen präsentieren und die Personaldecke im therapeutischen Bereich in 2024 zumindest stabil halten.

Noch Ende 2023 haben wir im Bereich der Heilmittelversorgung eine bedeutende organisatorische Änderung vorgenommen. Seit Bestehen der ORTEMA-Therapie haben wir Physiotherapiebehandlungen mit einer Dauer von 30 Minuten angeboten, obwohl in den Vorgaben der Krankenkassen schon lange 20 Minuten als Behandlungszeit vorgegeben sind und entsprechend auch nur bezahlt werden. Um unseren Patientinnen und Patienten einen Mehrwert bieten zu können, haben wir diese verlängerte Behandlungsdauer über die letzten Jahre immer aufrechterhalten. Aufgrund der Fachkräfteknappheit hat sich jedoch das Vergütungsniveau der therapeutischen Beschäftigten stark erhöht. Um als Arbeitgeber, wettbewerbsfähig bleiben zu können, haben wir entschieden den Behandlungstakt auf 20 Minuten zu verkürzen. Ziele dieser Maßnahme waren, zum einen wieder etwas mehr Patienten behandeln zu können und mit den Zusatzumsätzen das gestiegene Lohnniveau der Therapeuten finanzieren zu können. Zum anderen haben wir einen Teil der gewonnenen Zeit genutzt, um bei angespannter Personalsituation wieder mehr Behandlungszeit für die stationären Patienten in der OKM zur Verfügung zu haben. Die Anzahl der behandelten Heilmittelpatienten und die Umsätze konnten in 2024 entsprechend gesteigert werden. Der Umsatz liegt 2024 um 9,18 % höher als im Jahr 2023.

- *Medical Fitness*

Im Bereich Medical Fitness konnten wir den positiven Trend des letzten Jahres nochmals verstärken und einen Mitgliederzuwachs in Höhe von 7,4 % verzeichnen. Die Umsätze sind entsprechend um 7,88 % gestiegen. Auch in den Bereichen Prävention und betrieblicher Gesundheitsförderung sind die Umsätze wieder gestiegen. Insgesamt haben wir in diesem Geschäftsbereich jedoch die Umsätze von 2019 (vor der Pandemie) noch nicht ganz erreicht.

Der ganzheitliche Ansatz der Prävention, der akuten, stationären oder ambulanten Behandlung, der Rehabilitation sowie dem Bereich Medical Fitness an einem Standort, halten wir nach wie vor für zukunftsweisend, da dieses große und breite Spektrum einen Mehrwert für unsere PatientInnen und KundInnen darstellt. Durch die Einbindung in die RKH Regionale Kliniken Holding und Services GmbH ergeben sich weitere Synergieeffekte und potentielle KundInnen für die ORTEMA, wie man am Beispiel der Filiale im Klinikum Ludwigsburg und der Zusammenarbeit mit dem Krankenhaus Bietigheim sieht.

Geschäftsbereich Orthopädietechnik

- *ORTEMA Markgröningen*

Im Geschäftsjahr 2024 hat sich durch den Einsatz aller Mitarbeitenden der Umsatz erfreulich entwickelt und weiter stabilisiert. Trotz des Wegfalls des Bundeswehrauftrages konnte der Umsatz in dem Geschäftsbereich insgesamt um 2,6 % gesteigert werden.

Die Scantechnologie, das digitale Modellieren und der 3-D-Druck sind wichtige Fortschrittsthemen, an denen wir intensiv arbeiten. Durch die Verbreitung der Scantechnologie innerhalb der Branche



lässt sich der Bereich der Servicefertigung für andere Sanitätshäuser ausbauen. Es ist viel einfacher Scandaten auf unsere Plattform hochzuladen, als Gipsmodelle zu verschicken, wie es vor wenigen Jahren noch üblich war. Der anhaltende Fachkräftemangel führt dazu, dass viele Sanitätshäuser, die nicht in dem Umfang wie wir auf die individuelle Fertigung von Orthesen spezialisiert sind, zunehmend Schwierigkeiten haben, gewisse Leistungen selbst zu erbringen. Hier setzt unser Angebot der Servicefertigung an. Der Besuch von Fachmessen und Ärztekongressen dient dabei zur Information und Akquise für dieses Angebot.

Im Bereich Sportprotection sind die Umsätze stabil, obwohl der große Bundeswehr-Auftrag der letzten Jahre inzwischen vollständig abgearbeitet ist. Wir sind permanent im Gespräch mit Lieferanten und Produktionsfirmen, um unsere Herstellungskosten in der Sportprotection noch verringern zu können.

Im Bereich des Skisports haben wir entschieden, dass wir die Entwicklung eines Airbags, wie er inzwischen in den Speed-Disziplinen vorgeschrieben ist, nicht weiterverfolgen. Wir sehen dort keinen Endkundenmarkt, der es uns ermöglichen würde, die hohen Entwicklungskosten zu refinanzieren. Anders ist dies im Bereich Motorsport zu sehen. Dort sind wir mit einem Zulieferer dabei, die Integration des Airbags in unsere Protektorenjacke umzusetzen. Hier gibt es neben dem Motocross- und Enduro-Freizeitbereich, auch im Straßensport, sowie im Straßenalltagsverkehr Verwendungsmöglichkeiten und damit die Chance im Endkundenbereich Umsätze zu erzielen.

Im Verkauf arbeiten wir seit einiger Zeit im Hintergrund am Aufsetzen eines neuen, moderneren Online-Shops, den wir dann auch an unsere neu eingeführte Materialwirtschaftssoftware anbinden können. Die Inbetriebnahme wird Mitte 2025 erfolgen, so dass wir hier umfangreich Prozesse optimieren und vereinfachen können, sowie unseren Kunden im Onlinebereich ein optimiertes Einkaufserlebnis bieten können.

- *ORTEMA Pforzheim*

Der Betrieb in der Arcus-Klinik hat sich im Jahr 2024 weiter ausgeweitet. Dadurch konnten wir den Umsatz nochmals deutlich um 172,8 T€ bzw. 9,62 % steigern (VJ: +29,5 T€ / +1,67 %).

Der Umbruch im Filialteam, nach Ausscheiden des langjährigen Filialleiters, konnte durch seinen Nachfolger zunächst gut gestaltet werden. Unbesetzte Stellen im Team haben jedoch zu einer im Alltag weiterhin hohen Belastung der Beschäftigten geführt, weshalb die Stimmung im Team angespannt war. Der neue Filialleiter hat uns nach einem Jahr leider wieder verlassen, da er ein Angebot für eine noch verantwortungsvollere Aufgabe bei einem Mitbewerber erhalten hatte. Als Interimslösung haben wir unseren erfahrenen Leiter der Filiale im Krankenhaus Ludwigsburg, im Team mit einer jungen, engagierten Meisterin aus Markgröningen etabliert. Beide zusammen haben bestehende Standards, sowie die Einführung der neuen Branchensoftware vorangetrieben. Zusätzlich haben wir durch den Einsatz von Orthopädietechnikerinnen und Orthopädietechnikern aus Markgröningen, die Arbeitsbelastung für das gesamte Team besser verteilen können. Diese Interimslösung hat sehr gut funktioniert. Die junge Meisterin hat nun Interesse die Filialleitung zu übernehmen. Wir freuen uns, wenn wir damit einer jungen aufstrebenden Fachkraft eine Entwicklungsmöglichkeit bieten und gleichzeitig eine stabile und hoffentlich dauerhafte Lösung für die Leitung der Filiale gewährleisten können.

- *ORTEMA Ludwigsburg*

Unsere Filiale im Klinikum Ludwigsburg wurde durch die CORONA Pandemie am stärksten getroffen, da weiterhin rückläufige Patientenzahlen im Klinikum zu verzeichnen waren und zum anderen für die Laufkundschaft bis 2023 Zugangsbeschränkungen bestanden haben. Der Umsatz in der Filiale war somit nach dem hervorragenden Jahr 2019 um rund 220 T€ gesunken. Nach den Steigerungen in den Jahren 2021 bis 2023, ist es auch 2024 gelungen den Vorjahresumsatz um 36 T€ bzw. 3,91 % zu steigern (VJ: +42 T€ / +4,81 %). Das Niveau 2019 konnte allerdings noch



nicht wieder erreicht werden, was sicher auch mit den geringeren Patientenzahlen des Klinikums Ludwigsburg zusammenhängt.

Das Jahr 2024 war durch die Einführung der neuen Branchensoftware in der Filiale Ludwigsburg als Pilotanwender maßgeblich geprägt. Neben der Schaffung der technischen Voraussetzung – die WLAN-Ausleuchtung war unzureichend – war die große Herausforderung, die bisher weitgehend analogen und von Papier geprägten Prozesse auf digitale Abläufe umzustellen. Das Team hat diese Aufgabe mit sehr großem Engagement gemeistert, so dass wir im November in der 2. Filiale in Pforzheim das System ebenfalls einführen und dabei von den umfangreichen Erfahrungen des Teams in Ludwigsburg profitieren konnten. Die interimswise Übernahme der Leitung der Filiale Pforzheim durch den Filialleiter Ludwigsburg, hat zusätzlich eine große Einsatzbereitschaft des Teams erfordert. Hier haben die beiden Stellvertretungen sich sehr positiv eingebracht, so dass diese Belastung bisher gut aufgefangen werden konnte.

- *Aktivitäten und Events*

Seit vielen Jahren betreut die ORTEMA aktiv verschiedene Veranstaltungen und Events, Ärzte- und Patientenfortbildungen sowie Sportveranstaltungen und initiiert auch eigene Veranstaltungen zur Fort- und Weiterbildung aber auch zur Präsentation der Leistungsfähigkeit der ORTEMA.

- *Forschung und Entwicklung (F&E)*

Der Bereich Forschung und Entwicklung wurde im Jahr 2020 neu aufgestellt und besteht nun aus einem interdisziplinären Team mit externer Unterstützung bzw. Partnerschaft soweit nötig.

- *Gebietsübergreifende Zusammenarbeit*

Die sehr gute Zusammenarbeit zwischen Orthopädietechnik, Physio- und Ergotherapie hatte uns dazu bewogen, ein sogenanntes Arthrosekompentzzentrum (AKZ) zu implementieren. In diesem Bereich werden PatientInnen diagnose- und indikationsspezifisch gesteuert und profitieren dabei von all unseren therapeutischen und technischen Bereichen. Hier sehen wir einen sehr guten Ansatz, um eine umfassende Betreuung in dem wichtigen Thema Arthrose anzubieten. Das Angebot wurde von Beginn an gut angenommen. Die internen Empfehlungen für PatientInnen und die Beratungszahlen im AKZ steigen langsam, aber kontinuierlich an. Unsere jährlichen Auswertungen zeigen, dass sowohl unsere beratenen Patienten profitieren als auch wir Zusatzleitungen durch die Beratungen generieren können.

Jahresabschluss

Das Geschäftsjahr 2024 schließt mit einem Jahresüberschuss in Höhe von 304.055,42 € (VJ: Jahresüberschuss 239.351,08 €) ab.

Ertragslage

Das Ziel, im laufenden Betrieb einen Jahresüberschuss in Höhe von 27.700 € zu erzielen, wurde nicht nur erreicht, sondern deutlich übertroffen. Dazu haben alle Geschäftsbereiche beigetragen. Insbesondere der Bereich Rehabilitation und Medical Fitness konnte seinen Umsatz mit 21,1 % überproportional steigern. Im Bereich Orthopädietechnik ist eine Steigerung um 2,3 % gelungen und das trotz Auslaufen des Bundeswehrauftrages. Insgesamt sind die Erträge auslaufendem Betrieb im Geschäftsjahr um 1.726.906 €, d. h. +8,7 % (VJ: +1,3 %) gestiegen.

Die Personalkosten sind auch im Geschäftsjahr 2024 um 575 T€ (+5,1 %) gestiegen (VJ: +7,1 % bzw. 746 T€). Im Jahr 2024 wurden die Tabellenentgelte um 4 % ab dem 01.07.2024 angehoben.

Durch die Erhöhung der Ausbildungsplätze im Bereich Orthopädietechnik, die Aufnahme von Ausbildungen im kaufmännischen Bereich, die Übernahme ausgelernter Gesellinnen und Gesellen, dem Aufstocken im Jahr 2023 neu hinzugenommenen Werkstattbereich der Neuroorthetik sowie dem Nachbesetzen offener Stellen in der Orthopädietechnik, ist der VK-



Umfang zum Jahresende deutlich angestiegen. Im Bereich der Physiotherapie haben wir weiterhin zahlreiche offene Stellen. Zudem befinden sich 4 ausländische Fachkräfte im Anerkennungsverfahren, sowie ein Bachelor-Student im Berufspraktikum. Diese Behördenverfahren sind allerdings sehr langwierig und laufen in einigen Fällen bereits über 1,5 Jahre. Der tatsächliche Start dieser Fachkräfte kann somit leider noch nicht abgesehen werden.

Der Materialeinsatz wird zu mehr als 95 % durch die Orthopädietechnik verursacht und ist damit umsatzabhängig. Der Anstieg in Höhe von +9,0 % (+443 T€) resultiert aus den gestiegenen Materialpreisen und insbesondere am starken Anstieg in der Prothetik, da hier besonders teure Passteile zum Einsatz kommen. Der sonstige betriebliche Aufwand ist 2024 wieder stärker angestiegen +369 T€ (+10,8 %). Dies ist im Bereich der ambulanten Rehabilitation durch die gestiegenen Fahrtkostenerstattungen, den gestiegenen Verpflegungsaufwendungen und den gestiegenen Fahrzeugkosten bedingt. Im Allgemeinen sind die Werbe- und Anzeigenaufwendungen wieder gestiegen und die Managementaufwendungen für die RKH haben sich verdoppelt. Außerdem schlägt die Instandhaltung der Damenduschen im Medical Fitness mit rund 140 T€ zu Buche. Die Abschreibungen haben sich durch die Beschaffung von Einrichtung und Ausstattung planmäßig entwickelt.

Insgesamt hat sich das Geschäftsjahr 2024 unter den weiterhin schwierigen Rahmenbedingungen sehr stabil gezeigt und mit dem erzielten Jahresüberschuss gut entwickelt. Erfreulich ist die Stabilisierung und Verbesserung des Ergebnisses aus dem laufenden Betrieb auf 633.756 € (VJ: 292.947 €). Dies reicht aus, um die Finanzierungs- und Investitionstätigkeit aus eigener Kraft zu stemmen. Hierzu werden im Schnitt rund 300 T€ im Jahr benötigt. Das neutrale Ergebnis beinhaltet die Veränderungen bei den Rückstellungen und den periodenfremden Erträgen. Nachdem im Vorjahr dort noch die Erstattung der durch die RKH fälschlicherweise abgerechneten Haftpflichtprämien aus Vorjahren enthalten war, ist das Neutrale Ergebnis auf 163.930 € (VJ: 412.563 €) zurückgegangen.

Das Jahresergebnis verbessert sich um +64.704 € auf +304.055 € (VJ: +239.351 €). Es wurde eine Umsatzrendite von 1,4 % nach Steuern erwirtschaftet (VJ: 1,2 %).

Vermögenslage

Die ORTEMA arbeitet ausschließlich in gemieteten Räumlichkeiten und zwar am Standort in Markgröningen mittlerweile in drei Betriebsgebäuden. Das Gebäude der Orthopädietechnik wurde 1999 in Betrieb genommen, 2016 umfassend erweitert und gehört der OKM. Im Zuge der Ausgliederung der Orthopädietechnik wurde das ganze bewegliche Anlagevermögen und die Vorräte an die ORTEMA veräußert. Im Neubau für den Bereich Rehabilitation und Medical Fitness ist die ORTEMA Untermieter der OKM, die das Gebäude von einer Immobilienleasinggesellschaft geleast hat. Innerhalb dieses Immobilienleasingmodells wurde 2019 der Neubau für die ambulante Rehabilitation erstellt und in Betrieb genommen. Auch dieses Gebäude wird über den Untermietvertrag mit der ORTEMA finanziert. In Pforzheim und seit 2011 auch in Ludwigsburg wurden die Filialräumlichkeiten ebenfalls gemietet. Die Geschäfts- und Betriebsausstattungen befinden sich komplett im Eigentum der ORTEMA bzw. sind geleast.

Der gesamte Einkauf der Betriebsmittel der Orthopädietechnik erfolgt direkt über die ORTEMA. Organisatorisch hat sich beim Beschaffungsprozess nichts geändert, da die Artikel der ORTEMA nicht zum Portfolio des Zentralen Einkaufs gehören.

Mit den Mietzahlungen trägt die ORTEMA dazu bei, dass die OKM die drei Betriebsgebäude refinanziert und dort Vermögen geschaffen wird. Das 1999 in Betrieb genommene Betriebsgebäude der Orthopädietechnik konnte somit schon komplett finanziert werden.



Der Leasingvertrag für die vom Geschäftsbereich Medical Fitness und Rehabilitation genutzte Immobilie hat noch eine Restlaufzeit von 6 Jahren und endet im Jahr 2030. Die Verlängerung dieses Finanzierungsmodells war durch die Erweiterung um die ambulante Reha sowie die Räumlichkeiten für die Handchirurgie notwendig geworden, da sonst die Leasingraten zu hoch geworden wären.

Den eigenen Investitionsbedarf finanziert die ORTEMA durch ihre Liquidität im Rahmen der erwirtschafteten Abschreibungen mit Ausnahme der oben geschilderten Beschaffungen.

Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen haben sich um -5,8 % (-131 T€) reduziert. Dies liegt hauptsächlich an der stattgefundenen Abwicklung des Bundeswehrauftrages mit seinen langen Zahlungsfristen. Die liquiden Mittel haben sich um 352 T€ stichtagsbezogen verbessert. Die Forderungen gegen den Gesellschafter sind im Verhältnis zum Vorjahr um 20 T€ gestiegen, gegenüber verbundenen Unternehmen um 31 T€.

Die Rückstellungen sind durch die Rückstellungen für Boni und Zielvereinbarungen, bei ebenfalls angestiegenen Rückstellungen für Urlaub und Überstunden um insgesamt 274 T€ gestiegen.

Die Darlehensverbindlichkeiten sind durch die planmäßigen Tilgungen gesunken. In den übrigen Verbindlichkeiten ist das Gesellschafterdarlehen der OKM enthalten, das entsprechend der Vereinbarung getilgt wird. Hier ist ein Rückgang von -485 T€ zu verzeichnen.

Finanzlage

Zur Sicherung der Liquidität wurde im Jahr 2020 ein Gesellschafterdarlehen durch den Aufsichtsrat der OKM beschlossen, das 2021 verlängert wurde. Im Jahr 2022 wurde dieses Darlehen in ein Gesellschafterdarlehen mit fest vereinbarter Laufzeit und entsprechenden Rückzahlungsmodalitäten umgewandelt. Die Verzinsung ist marktüblich anzusetzen und jeweils anzupassen. Das Darlehen wird seit dem 01.01.2022 mit jährlich 10 % des damaligen Darlehensbetrages getilgt. Gleiche Regelung gilt für ein weiteres Darlehen, welches im Geschäftsjahr 2021 gewährt wurde.

Die Liquidität des Unternehmens war durch diese Regelungen das ganze Jahr über sichergestellt. Es mussten darüber hinaus kein Kontokorrent oder sonstige Kredite in Anspruch genommen werden.

Die EK-Quote in Höhe von 41,2 % (VJ: 36,1 %) ist durch den Jahresüberschuss trotz Zunahme bei den Rückstellungen durch den Rückgang der übrigen Verbindlichkeiten gestiegen. Die EK-Quote ist weiterhin ein wichtiger Indikator für die Innenfinanzierung. Absolut ist das Eigenkapital um den Jahresüberschuss in Höhe von 304.055 € auf 2.148.451 € gestiegen. Auf der Aktivseite hat sich das Anlagevermögen absolut um -92 T€ auf 713 T€ verringert.

6.2.7 Kapitalzuführungen und -entnahmen

Im Geschäftsjahr 2024 gab es keine Kapitalzuführungen und -entnahmen durch den Landkreis Ludwigsburg.



6.2.8 Anzahl der Beschäftigten

Im Berichtsjahr betrug die durchschnittliche Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer:

	2024	2023
Beschäftigte	247	245
- davon weiblich	168	150
- davon männlich	79	95

6.2.9 Kennzahlen der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Die Vermögens- und Finanzlage ist aus der Bilanz zum 31.12.2024 und den Vorjahreswerten (Darstellung in 6.3.1) ersichtlich.

Die Ertragslage ist aus der Gewinn- und Verlustrechnung zum 31.12.2024 und den Vorjahreswerten (Darstellung in 6.3.2) ersichtlich.

Finanzkennzahlen	2024	2023	Veränderung
Eigenkapitalquote	41,2 %	36,1 %	+5,1 %
Anlagendeckung I	301,3 %	229,2 %	+72,1 %
Anlagendeckung II	301,3 %	229,2 %	+72,1 %
Liquiditätsgrad	137,7 %	126,0 %	+11,7 %



6.3 Jahresabschluss des Geschäftsjahres 2024

6.3.1 Bilanz zum 31.12.2024

	2024	2024	2023	2023
	€	€	€	€
Aktivseite				
A. Anlagevermögen				
I. Immaterielle Vermögensgegenstände und dafür geleistete Anzahlungen		76.382,47		103.577,00
II. Sachanlagen				
1. Einrichtungen und Ausstattungen	622.831,29		688.398,00	
2. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	<u>13.797,50</u>	636.628,79	<u>12.697,50</u>	701.095,50
B. Umlaufvermögen				
I. Vorräte				
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	850.679,84		1.051.085,69	
2. Unfertige Leistungen	<u>696.441,09</u>	1.547.120,93	<u>579.906,58</u>	1.630.992,27
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände				
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	2.115.428,99		2.246.146,17	
davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr	(0,00)		(0,00)	
2. Forderungen an Gesellschafter	189.640,32		169.605,83	
davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr	(0,00)		(0,00)	
3. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	134.500,05		103.740,82	
davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr	(0,00)		(0,00)	
4. Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	0,00		0,00	
davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr	(0,00)		(0,00)	
5. Sonstige Vermögensgegenstände	<u>14.148,75</u>	2.453.718,11	<u>15.391,48</u>	2.534.884,30
davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr	(0,00)		(0,00)	
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten		465.836,86		113.582,17
C. Rechnungsabgrenzungsposten		29.428,64		31.987,54
		<u>5.209.115,80</u>		<u>5.116.118,78</u>



Passivseite

A. Eigenkapital

I. Gezeichnetes Kapital	26.000,00		26.000,00	
II. Kapitalrücklagen	0,00		0,00	
III. Gewinnrücklagen (+) / Verlustvortrag (-)	1.818.395,59		1.579.044,51	
IV. Jahresüberschuss (+) / Jahresfehlbetrag (-)	<u>304.055,42</u>	2.148.451,01	<u>239.351,08</u>	1.844.395,59

B. Rückstellungen

1. Steuerrückstellungen	304.040,00		157.564,00	
2. Sonstige Rückstellungen	<u>825.510,00</u>	1.129.550,00	<u>698.079,00</u>	855.643,00

C. Verbindlichkeiten

1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	5.918,24		86.397,63	
davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr	(5.918,24)		(76.800,00)	
2. Erhaltene Anzahlungen	0,00		0,00	
davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr	(0,00)		(0,00)	
3. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	337.661,63		312.730,71	
davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr	(337.661,63)		(312.730,71)	
4. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	1.252.335,44		1.646.144,87	
davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr	(312.466,97)		(486.144,87)	
5. Verbindlichkeiten aus sonstigen Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens	0,00		0,00	
davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr	(0,00)		(0,00)	
6. Verbindlichkeiten gegenüber verbundene Unternehmen	185.684,65		186.384,14	
davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr	(185.684,65)		(186.384,14)	
7. Verbindlichkeiten gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	0,00		0,00	
davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr	(0,00)		(0,00)	
8. Sonstige Verbindlichkeiten	<u>114.442,62</u>	1.896.042,58	<u>175.457,17</u>	2.407.114,52
davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr	(114.442,62)		(175.457,17)	

E. Rechnungsabgrenzungsposter

	<u>35.072,21</u>		<u>8.965,67</u>	
	<u>5.209.115,80</u>		<u>5.116.118,78</u>	

**6.3.2 Gewinn- und Verlustrechnung für den Zeitraum 01.01.2024 – 31.12.2024**

	2024	2024	2023	2023
	€	€	€	€
1. Umsatzerlöse	21.605.601,02		20.338.975,70	
2. Bestandserhöhung unfertige Leistungen	116.534,51		-17.133,16	
3. Andere aktivierte Eigenleistungen	0,00		0,00	
4. Sonstige betriebliche Erträge	<u>155.080,09</u>	21.877.215,62	<u>74.490,98</u>	20.396.333,52
5. Personalaufwand				
a) Löhne und Gehälter	9.356.251,00		9.030.365,06	
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung davon für die Altersversorgung	2.049.277,20 (236.196,90)		1.928.931,06 (260.834,95)	
6. Materialaufwand				
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	5.372.179,96		4.734.085,38	
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	<u>91.446,23</u>	16.869.154,39	<u>195.202,06</u>	15.888.583,56
Zwischenergebnis		5.008.061,23		4.507.749,96
7. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	217.521,33		214.892,30	
8. Sonstige betriebliche Aufwendungen	<u>4.209.469,48</u>	4.426.990,81	<u>3.804.791,61</u>	4.019.683,91
Zwischenergebnis		581.070,42		488.066,05
9. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	4.465,00		3.581,55	
10. Zinsen und ähnliche Aufwendungen davon für Betriebsmittelkredite davon verbundene Unternehmen	<u>67.494,19</u> (0,00) (66.973,58)	-63.029,19	<u>80.261,13</u> (0,00) (78.900,28)	-76.679,58
11. Steuern vom Einkommen und Ertrag		213.765,86		171.535,39
12. Ergebnis nach Steuern		304.275,37		239.851,08
13. sonstige Steuern		219,95		500,00
14. Jahresüberschuss (+)/ Jahresfehlbetrag (-)		304.055,42		239.351,08



7. RKH Klinikenservice und Gastronomie GmbH



7.1 Allgemeine Angaben

Anschrift	Posilipostraße 4 71640 Ludwigsburg
Rechtsform	Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)
Gründungsdatum	14.05.2004

7.2 Rechtliche Verhältnisse

7.2.1 Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist gemäß § 2 des Gesellschaftsvertrages die Erbringung von Serviceleistungen für die RKH Kliniken Ludwigsburg-Bietigheim gGmbH. Im Berichtszeitraum betrifft dies insbesondere

- die Durchführung von Reinigungsleistungen,
- hauswirtschaftliche Aufgaben,
- Küchen- und Verpflegungsdienste sowie
- interne Transportdienste.

Die Gesellschaft mit Sitz in Ludwigsburg hat am 01.07.2004 ihre Geschäftstätigkeit aufgenommen. Im abgelaufenen Geschäftsjahr wurden weiterhin Reinigungsleistungen, Küchen- und Verpflegungsaufgaben sowie Serviceleistungen im Bereich Wahlleistungen erbracht. Seit dem Geschäftsjahr 2006 werden auch die RKH Enzkreis-Kliniken gGmbH (EKK) mit den Krankenhäusern Mühlacker und Neuenbürg sowie die Geriatrische Rehaklinik und seit Mitte 2007 die RKH Orthopädische Klinik Markgröningen gGmbH (OKM) und deren Tochter ORTEMA GmbH von der Gesellschaft versorgt.

In Rahmen dieser Unternehmensentwicklung wurde der Betrieb in die zwei Sparten Gastronomie sowie Hauswirtschaft mit Textilversorgung gegliedert.

Das Konzept zur Textilversorgung wurde im Jahr 2023 grundlegend geändert. Die bis dahin am Klinikum Ludwigsburg selbst betriebene Wäschereinheit wurde im ersten Halbjahr 2023 auch aufgrund von hohen Reinvestitionsbedarfen geschlossen und auf eine entsprechende Fremdversorgung umgestellt. Um Synergie zu heben und die Wettbewerbsfähigkeit stetig zu verbessern sind die Leitungsfunktionen der Sparten mit der Servicegesellschaft der RKH Kliniken des Landkreises Karlsruhe gGmbH personell zusammengeführt. Ergänzend wurde Anfang 2025 die Führung für die Standorte der KLB erweitert.

Für beide Firmen, die ihre gesellschaftsrechtliche Eigenständigkeit fortführen, wurde vor geraumer Zeit ein gemeinsamer Außenaufttritt unter dem Logo „RKH Klinikenservice und Gastronomie“ eingeführt. Im Jahr 2022 wurde die formale Umfirmierung umgesetzt. Dies stärkt die für diese Dienstleistungsgesellschaften Arbeitgebermarke und die gesellschaftsübergreifende Identifikation und Zusammenarbeit und den konstruktiven Austausch auf Führungsebene.



7.2.2 Beteiligungsverhältnisse

Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt 25.000 €

Gesellschafter	Anteil am Stammkapital	Anteil
RKH Kliniken Ludwigsburg-Bietigheim gGmbH	25.000 €	100 %

7.2.3 Beteiligungen des Unternehmens

Die RKH Kliniken Service GmbH ist an keinen Unternehmen beteiligt.

7.2.4 Besetzung der Organe, sowie Gesamtbezüge der Geschäftsführung und des Aufsichtsrats

Organ	Funktion	Name des Mitglieds
Gesellschafterversammlung	Für die RKH Kliniken Ludwigsburg-Bietigheim gGmbH	Prof. Dr. Jörg Martin (bis 30.09.2024)
		Dr. Marc Nickel (ab 01.10.2024)
		Axel Hechenberger (ab 01.08.2024)
Geschäftsführung	Geschäftsführer	Prof. Dr. Jörg Martin (bis 30.09.2024)
		Axel Hechenberger
		Cornelia Frenz (bis 31.01.2024)
Aufsichtsrat	Die Gesellschaft hat keinen Aufsichtsrat.	

Gemäß § 9 Abs. 4 des Gesellschaftsvertrags der Kliniken Service GmbH bedarf der Gesellschafter RKH Kliniken Ludwigsburg-Bietigheim gGmbH für Beschlüsse nach § 9 Abs. 3 des Gesellschaftsvertrags der Zustimmung des Aufsichtsrats der RKH Kliniken Ludwigsburg-Bietigheim gGmbH.

Gesamtbezüge der Mitglieder der Geschäftsführung und des Aufsichtsrats:

Die Gesellschaft macht bezüglich der Bezüge der Geschäftsführung von den Befreiungsvorschriften nach § 286 Abs. 4 HGB Gebrauch.

7.2.5 Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks des Unternehmens

Die Gesellschaft mit Sitz in Ludwigsburg hat am 01.07.2004 ihre Geschäftstätigkeit aufgenommen. Die KSG hatte sich in früheren Geschäftsjahren auf Reinigungsleistungen und hauswirtschaftliche Versorgungsaufgaben konzentriert. Die RKH Enzkreis-Kliniken gGmbH mit den Krankenhäusern Mühlacker und Neuenbürg sowie die Geriatrische Rehaklinik, sowie die RKH Orthopädischen Klinik Markgröningen gGmbH (OKM) und deren Tochter ORTEMA werden von der KSG mitversorgt. Der Leistungsaustausch zwischen der KSG und den Kliniken, als Kunden, wird über Werkverträge geregelt. Dies schließt die Dienstleistungsfelder Verpflegung und Hauswirtschaft ein.



7.2.6 Grundzüge des Geschäftsverlaufs und Lage des Unternehmens

Entwicklung des operativen Geschäfts

Der Umsatz steigt und bildet den Aufbau des Personals sowie die Steigerungsraten durch Tarife und Sachmittel ab. Das Konzept zur Wäscheversorgung wurde 2023 grundlegend geändert und auf Fremdversorgung umgestellt. Dabei konnten die verbliebenen betroffenen Mitarbeiter im Gesamtbetrieb weiterbeschäftigt werden. Betriebsbedingte Beendigungskündigungen waren nicht notwendig.

Im Bereich der Hauswirtschaft wurden die zur Leistungsplanung und Kontrolle erstellten Raumbücher überarbeitet und werden fortlaufend an die sich verändernden Bedürfnisse der Kunden angepasst. Der Einsatz von Leiharbeitskräften war nur temporär und in geringem Umfang notwendig.

Investitionsbereich

Investitionen sind im Gesamtwert von 178.238 € für hauswirtschaftliche Gerätschaften (Vj. 69.592 €) getätigt worden. Dies beinhaltet im Wesentlichen mehrere Waschmaschinen und Trockner, einen Nassschrubbautomat sowie einen Reinigungsroboter. In Abhängigkeit von der räumlichen Infrastruktur der Klinikstandorte kann nur vereinzelt Robotik eingesetzt werden.

Jahresabschluss

Das Geschäftsjahr 2024 hat die KSG mit einem Jahresüberschuss nach Steuern von 245.194,36 € (Vj. 77.885,34 €) abgeschlossen. Die Unternehmensplanung mit einem kalkulierten Jahresergebnis in Höhe von 31,3 T€ konnte weit übertroffen werden.

Ertragslage

Insgesamt sind die betrieblichen Erträge auf 24,72 Mio. € (Vj. 24,32 Mio. €) gestiegen. Von den Umsatzerlösen entfallen auf Reinigungsleistungen 15,62 Mio. € (Vj. 15,12 Mio. €) auf Leistungen der Verpflegungsbetriebe 8,92 Mio. € (Vj. 8,40 Mio. €) sowie auf Wäscherei- und sonstige Leistungen 0,00 Mio. € (Vj. 0,58 Mio. €).

Die sonstigen betrieblichen Erträge sind auf 166 T€ (Vj. 209 T€) gesunken. Davon entfallen 59,72 T€ (Vj. 74,42 T€) auf Erstattungen für Mutterschutz.

Die Personalkosten und Kosten für Zeitarbeitskräfte sind mit 23,55 Mio. € (Vj. 22,61 Mio. €) über dem Vorjahresniveau. In den Personalkosten sind neben den Kosten der eigenen Mitarbeiter auch die Kosten für eingesetzte Zeitarbeitskräfte, die Vergütung für durch den Konzern erbrachte Managementleistung sowie die Kosten für Personalgestaltung durch die Konzerngesellschaften und die Kosten der Personalabrechnung durch das Klinikum Ludwigsburg.

Der Wirtschaftsbedarf ist auf 270 T€ (Vj. 680 T€) gesunken. Im Vorjahr wurden größere Mengen an Reinigungs- und Desinfektionsmitteln bestellt. Die Bestandsreduzierung dieser Reinigungsmittel erfolgte ebenfalls im Jahr 2024.

Der Verwaltungsbedarf ist auf 275,79 T€ (Vj. 582,48 T€) gesunken. Darin enthalten ist größtenteils die Verrechnung für die Dienste der Zentralen Informationsverarbeitung (ZIV, IT), wie auch der Aufwand für Beratungsleistungen und Personalbeschaffungskosten. Im Jahr 2023 übernahm eine externe Beratungsfirma interimweise die Geschäftsführung der Sparte Hauswirtschaft. Im Jahr 2024 konnte die offene Stelle wieder besetzt werden und Beratungskosten gesenkt werden.

Das Investitionsergebnis beinhaltet die Abschreibungen auf Sachanlagen.



Vermögens- und Finanzlage

Das Sachanlagevermögen ist analog den neuen Gerätebeschaffungen (Waschmaschinen) auf 391 T€ (Vj. 302 T€) gestiegen.

Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen beinhalteten im Vorjahr die Forderungen aus dem Verkauf des Wäschebestandes an den nun beauftragten Wäschedienstleister. Der Rückgang der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen auf 131 T€ (Vj. 574 T€) ist auf den entsprechenden Zahlungseingang zurückzuführen.

Die Forderungen gegenüber Gesellschafter, die zum Großteil Jahresschlussabrechnungen aus der Leistungserbringung für die KLB im Bereich der Reinigung und Verpflegung beinhalten, haben sich gegenüber dem Vorjahr auf 1,3 Mio. € (Vj. 1,6 Mio. €) reduziert. Ebenfalls konnten die Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen auf 114 T€ (Vj. 339 T€) reduziert werden.

Der Finanzmittelfonds bestehend aus den Bankguthaben hat sich aufgrund der gesunkenen Forderungen zum Bilanzstichtag um 929 T€ auf 1.720 T€ erhöht.

Das Eigenkapital erhöht sich um den Jahresüberschuss von 0,2 Mio. € auf 1,9 Mio. € (Vj. 1,7 Mio. €). Die Höhe der Rückstellungen hat sich auf 212 T€ (Vj. 293 T€) reduziert sowie verminderten sich die Verbindlichkeiten auf 1,6 Mio. € (Vj. 1,8 Mio. €).

7.2.7 Kapitalzuführungen und -entnahmen

Im Geschäftsjahr 2024 gab es keine Kapitalzuführungen und -entnahmen durch den Landkreis Ludwigsburg.

7.2.8 Anzahl der Beschäftigten

Im Berichtsjahr betrug die durchschnittliche Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer:

	2024	2023
Beschäftigte	582	561
- davon weiblich	503	489
- davon männlich	79	72

7.2.9 Kennzahlen der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Die Vermögens- und Finanzlage ist aus der Bilanz zum 31.12.2024 und den Vorjahreswerten (Darstellung in 7.3.1) ersichtlich.

Die Ertragslage ist aus der Gewinn- und Verlustrechnung zum 31.12.2024 und den Vorjahreswerten (Darstellung in 7.3.2) ersichtlich.

Finanzkennzahlen	2024	2023	Veränderung
Eigenkapitalquote	52,0 %	45,3 %	+6,7 %
Anlagendeckung I	495,6 %	560,2 %	-64,6 %
Anlagendeckung II	495,6 %	560,2 %	-64,6 %
Liquiditätsgrad	185,1 %	166,7 %	+18,4 %



7.3 Jahresabschluss des Geschäftsjahres 2024

7.3.1 Bilanz zum 31.12.2024

	2024	2024	2023	2023
	€	€	€	€
Aktivseite				
A. Anlagevermögen				
I. Sachanlagen				
Einrichtungen und Ausstattungen		390.782,00		301.941,00
B. Umlaufvermögen				
I. Vorräte				
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe		22.270,47		26.718,90
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände				
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	130.596,96		573.767,24	
2. Forderungen an Gesellschafter	1.287.924,74		1.579.668,05	
3. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	113.770,84		339.133,35	
4. Sonstige Vermögensgegenstände	59.351,22	1.591.643,76	121.658,64	2.614.227,28
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten		1.719.668,34		790.890,50
C. Rechnungsabgrenzungsposten		851,44		0,00
		<u>3.725.216,01</u>		<u>3.733.777,68</u>
Passivseite				
A. Eigenkapital				
I. Gezeichnetes Kapital	25.000,00		25.000,00	
II. Gewinnrücklagen	1.666.406,24		1.588.520,90	
III. Jahresüberschuss	245.194,36	1.936.600,60	77.885,34	1.691.406,24
B. Rückstellungen				
1. Steuerrückstellungen	17.000,00		43.000,00	
2. Sonstige Rückstellungen	194.500,00	211.500,00	250.000,00	293.000,00
C. Verbindlichkeiten				
1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	51.701,92		140.966,04	
2. Verbindlichkeiten ggü. Gesellschaftern	864.750,40		853.890,81	
3. Verbindlichkeiten ggü. verbundene Unternehmen	360.561,58		434.078,93	
4. Sonstige Verbindlichkeiten	300.101,51	1.577.115,41	320.435,66	1.749.371,44
D. Rechnungsabgrenzungsposten		0,00		0,00
		<u>3.725.216,01</u>		<u>3.733.777,68</u>

**7.3.2 Gewinn- und Verlustrechnung für den Zeitraum 01.01.2024 – 31.12.2024**

	2024 €	2024 €	2023 €	2023 €
1. Umsatzerlöse	24.662.955,45		24.238.764,42	
2. Sonstige betriebliche Erträge	<u>126.305,32</u>	24.789.260,77	<u>79.632,00</u>	24.318.396,42
3. Materialaufwand				
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	275.950,79		639.810,42	
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	<u>207.204,06</u>	483.154,85	<u>330.248,25</u>	970.058,67
4. Personalaufwand				
a) Löhne und Gehälter Hilfs- und Betriebsstoffe	14.850.369,32		13.693.610,75	
b) Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung davon für die Alters- versorgung	<u>3.237.185,18</u> (169.640,70)	18.087.554,50	<u>2.961.240,11</u> (160.014,48)	16.654.850,86
5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögens- gegenstände des Anlagever- mögens und Sachanlagen	89.397,01		79.450,30	
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen	<u>5.767.302,71</u>	5.856.699,72	<u>6.503.342,29</u>	6.582.792,59
Zwischenergebnis		361.851,70		110.694,30
7. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	322,00		0,00	
8. Steuern vom Einkommen und Ertrag	116.979,34		32.808,96	
9. Ergebnis nach Steuern = Jahresüberschuss		245.194,36		77.885,34



8. RKH MVZ Klinikum Ludwigsburg gGmbH



8.1 Allgemeine Angaben

Anschrift	Posilipostraße 4 71640 Ludwigsburg
Rechtsform	Gemeinnützige Gesellschaft mit beschränkter Haftung (gGmbH)
Gründungsdatum	15.04.2014

8.2 Rechtliche Verhältnisse

8.2.1 Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist die Förderung der medizinischen Versorgung im Landkreis Ludwigsburg. Die RKH MVZ Klinikum Ludwigsburg gGmbH wird im Sinne des § 95 SGB V, insbesondere im Rahmen der vertragsärztlichen und privatärztlichen Versorgung sowie der sonstigen ärztlichen Tätigkeiten betrieben. Mindestens zwei Drittel der Leistungen des MVZ werden gegenüber Kassenpatienten erbracht und kommen somit hilfsbedürftigen Personen im Sinne des § 53 der Abgabenordnung zugute.

8.2.2 Beteiligungsverhältnisse

Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt 25.000 €.

Gesellschafter	Anteil am Stammkapital	Anteil
RKH Kliniken Ludwigsburg-Bietigheim gGmbH	25.000 €	100 %

8.2.3 Beteiligungen des Unternehmens

Die RKH MVZ Klinikum Ludwigsburg gGmbH ist an keinen Unternehmen beteiligt.



8.2.4 Besetzung der Organe, sowie Gesamtbezüge der Geschäftsführung und des Aufsichtsrats

Organ	Funktion	Name des Mitglieds
Gesellschafterversammlung	Für die RKH Kliniken Ludwigsburg-Bietigheim gGmbH	Prof. Dr. Jörg Martin (bis 30.09.2024)
		Dr. Marc Nickel (ab 01.10.2024)
		Axel Hechenberger (ab 01.08.2024)
Geschäftsführung	Geschäftsführer	Prof. Dr. Jörg Martin (bis 30.09.2024)
		Dr. Marc Nickel (ab 01.10.2024)
		Anne Matros
Aufsichtsrat	Die Gesellschaft hat keinen Aufsichtsrat.	

Gemäß § 9 Abs. 4 des Gesellschaftsvertrags der RKH MVZ Klinikum Ludwigsburg gGmbH bedarf der Gesellschafter RKH Kliniken Ludwigsburg-Bietigheim gGmbH für Beschlüsse nach § 9 Abs. 3 des Gesellschaftsvertrags der Zustimmung des Aufsichtsrats der RKH Kliniken Ludwigsburg-Bietigheim gGmbH.

Gesamtbezüge der Mitglieder der Geschäftsführung und des Aufsichtsrats:

Die Gesellschaft macht bezüglich der Bezüge der Geschäftsführung von den Befreiungsvorschriften nach § 286 Abs. 4 HGB Gebrauch.

8.2.5 Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks des Unternehmens

Zweck des Unternehmens ist gemäß § 2 des Gesellschaftsvertrages die Förderung der freien Wohlfahrtspflege. Das MVZ KLB betreibt die Fachbereiche Pathologie, Labormedizin, Anästhesie, Neurochirurgie und Gynäkologie und unterstützt die ambulante medizinische Versorgung im Landkreis Ludwigsburg.

8.2.6 Grundzüge des Geschäftsverlaufs und Lage des Unternehmens

Entwicklung des operativen Geschäfts

Das RKH MVZ Klinikum Ludwigsburg gGmbH nahm im April 2014 mit den beiden Fachgebieten Pathologie und Labormedizin seinen Betrieb auf. Die Kliniken verfolgten mit der Gründung der MVZ KLB das unternehmerische Ziel die Entscheidungshoheit über die beiden Kassenarztsitze der Praxis für Pathologie auch nach Ausscheiden der beiden dort tätigen Pathologen zu behalten.

Der Kundenstamm an Einweisern konnte nach der Übernahme dabei in vollem Umfang erhalten werden. Im Jahr 2018 wurde im Fachgebiet Labormedizin mit dem bestehenden Versorgungsauftrag zusätzlich eine Zweigpraxis in Stuttgart eingerichtet, welche die ambulanten kassenärztlichen Leistungen für das Klinikum Stuttgart durchführt. Im Fachbereich Neurochirurgie wurde ein halber Versorgungsauftrag erworben, um die bestehende und über Ermächtigungen abgebildete ambulante Versorgung der Klinik für Neurochirurgie dauerhaft sicherzustellen. Zum 01.04.2021 wurde ein hausärztlicher KV-Sitz am Standort Ludwigsburg übernommen. Ziel des Erwerbs bestand darin, dass dieser als Ergänzung der Zentralen Notaufnahme des Klinikums Ludwigsburg zur Patientensteuerung genutzt wird. Da für den hausärztlichen Sitz keine adäquaten



Räumlichkeiten innerhalb der Stadt Ludwigsburg gefunden werden konnten und eine Verlagerung des hausärztlichen Angebotes in die Stadt Marbach u.a. von niedergelassenen Ärzten verhindert wurde, wurde der Sitz an die KV zurückgegeben. Zum 01.07.2021 konnte ein gynäkologischer KV- Sitz am Standort Vaihingen erworben werden. Der bis dato ansässige Praxisinhaber und dessen Team wurden im Angestelltenverhältnis für die kommenden drei Jahre übernommen. Nachdem der gynäkologische Sitz zunächst in den bestehenden Räumlichkeiten in Vaihingen weiterbetrieben wurde, erfolgte am 01.10.2022 der Umzug in das Krankenhaus Vaihingen. Hiermit war die Reduktion der Mietkosten an Externe verbunden.

Zum 30.06.2024 ist der Praxisinhaber im Rahmen des Ruhestands ausgeschieden und der Standort Vaihingen wurde aufgegeben. Der gynäkologische KV-Sitz wurde an den Standort Ludwigsburg verlegt und dort zum 01.01.2025 ärztlich neu besetzt. Am Standort Ludwigsburg wird seitdem eine Spezialsprechstunde für Pränataldiagnostik angeboten. Es war geplant den restlichen Teil des gynäkologischen KV-Sitzes am Standort Bietigheim als eine Nebenbetriebsstätte für ambulante Operationen zu eröffnen, was bisher am Zulassungsausschuss der Kassenärztlichen Vereinigung Baden-Württemberg scheiterte. Wir befinden uns hier im Widerspruchsverfahren.

Investitionsbereich

Im Berichtsjahr wurden keine weiteren Sitze in das MVZ KLB eingebracht. Investitionen werden auf Basis der Unternehmensplanung realisiert und mit Eigenmitteln finanziert. Die bauliche Infrastruktur und Praxisausstattung wird durch die Klinikstandorte zur Verfügung gestellt. Im Jahr 2024 fielen keine Ausgaben an.

Jahresabschluss

Aufgrund der soliden Kapitalausstattung wurde die Geschäftsführung, als Vertreter der RKH Kliniken Ludwigsburg-Bietigheim gGmbH, durch den Aufsichtsrat am 23. November 2017 dazu ermächtigt, dass das MVZ KLB ab dem Geschäftsjahr 2016 Gewinnanteile an die KLB ausschüttet. Dies ist gemäß dem Gesellschaftervertrag der MVZ gGmbH nach § 4 Abs. 2 „Gemeinnützigkeit“ im Rahmen der Abgabenordnung möglich. Die Ausschüttung wird dabei so berechnet, dass bei MVZ KLB nach Ausschüttung eine Umsatzrendite in Höhe von mind. 2,0 % verbleibt und die Liquidität, unter Berücksichtigung der Forderungen und kurzfristigen Rückstellungen und Verbindlichkeiten, dafür ausreicht.

Die aus dem Geschäftsjahr 2023 resultierende Gewinnabführung wurde im Rahmen des Jahresabschlusses 2023 mit 222.000 € umgesetzt. Das Geschäftsjahr 2024 hat das MVZ KLB mit einem Jahresüberschuss von 221.795 € (Vj. 380.801 €) abgeschlossen. Die im Herbst 2023 erstellte Unternehmensplanung mit einem kalkulierten Jahresüberschuss in Höhe von rd. 171 T€ konnte übertroffen werden.

Ertragslage

Die Umsätze aus dem Kernbereich konnten im Vergleich zum Vorjahr wieder gesteigert werden. Weiter zeigen die Umsätze mit Dritten ebenfalls eine positive Entwicklung.

Auch auf der Kostenseite zeigt sich eine entsprechende Anpassung. Die Erlösbeteiligung an das MVZ Klinikum Stuttgart hat sich durch die steigenden Umsätze erhöht. Korrespondierend zum Erlöswachstum zeigt sich auch eine Erhöhung bei den Personalkosten, die sich unter anderem durch überproportionale Tarifsteigerungen erhöht haben.

In der Gynäkologie am Standort Vaihingen ging der bisherige Sitzinhaber zum 30.06.2024 in Ruhestand. Die Wiederbesetzung wurde durch Splittung des Sitzes auf zwei Ärzte an den Standorten Ludwigsburg und Bietigheim zum 01.01.2025 vorbereitet.



Die Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände bleiben planmäßig konstant. Innerhalb des MVZ KLB tragen die Deckungsbeiträge aus Pathologie und Labor die defizitären Leistungen z. B. aus der gynäkologischen und neurochirurgischen Versorgung.

Vermögens- und Finanzlage

Das Anlagevermögen stellt den Firmenwert zum 31.12.2024 dar. In den Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sind ausschließlich Forderungen aus Untersuchungsleistungen dargestellt.

Die Finanzlage ist sehr solide und die flüssigen Mittel decken die Verbindlichkeiten als auch die Rückstellungen.

Unter Berücksichtigung der Ausschüttung für das Geschäftsjahr 2024 von 105.000 T€ erhöht sich das Eigenkapital um den verbleibenden Bilanzgewinn von 1.362 T€ auf 1.478 T€.

Die Verbindlichkeiten und Abgrenzungen in Höhe von 454 T€ (Vj. 495 T€) beinhalten Verbindlichkeiten gegenüber der Gesellschafterin, welche unter anderem aus der Gewinnausschüttung in Höhe von 105 T€ (Vj. 222 T€) resultieren. Des Weiteren sind Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen in Höhe von 87 T€ (Vj. 70 T€) enthalten. Die Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistungen resultieren größtenteils aus der Entgeltabrechnung mit dem Klinikum Stuttgart. Durch die Beteiligungsverträge der angestellten Ärzte besteht zusätzlich eine Verbindlichkeit zum Jahresende.

In den sonstigen Rückstellungen mussten die Rückstellungen im Personalbereich hauptsächlich durch die Übernahme von Überstunden erhöht werden. Ebenfalls nahm die Rückstellung für die Budgetbeteiligung der Ärzte zu.

8.2.7 Kapitalzuführungen und -entnahmen

Im Geschäftsjahr 2024 gab es keine Kapitalzuführungen und -entnahmen durch den Landkreis Ludwigsburg.

8.2.8 Anzahl der Beschäftigten

Im Berichtsjahr betrug die durchschnittliche Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer:

	2024	2023
Beschäftigte	22	25
- davon weiblich	12	14
- davon männlich	10	11



8.2.9 Kennzahlen der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Die Vermögens- und Finanzlage ist aus der Bilanz zum 31.12.2024 und den Vorjahreswerten (Darstellung in 8.3.1) ersichtlich.

Die Ertragslage ist aus der Gewinn- und Verlustrechnung zum 31.12.2024 und den Vorjahreswerten (Darstellung in 8.3.2) ersichtlich.

Finanzkennzahlen	2024	2023	Veränderung
Eigenkapitalquote	47,5 %	51,3 %	-3,8 %
Anlagendeckung I	2.420,4 %	1.133,2 %	+1.287,2 %
Anlagendeckung II	2.420,4 %	1.133,2 %	+1.287,2 %
Liquiditätsgrad	186,4 %	196,2 %	-9,8 %



8.3 Jahresabschluss des Geschäftsjahres 2024

8.3.1 Bilanz zum 31.12.2024

	2024	2024	2023	2023
	€	€	€	€
Aktivseite				
A. Anlagevermögen				
Immaterielle Vermögensgegenstände und dafür geleistete Anzahlungen		61.166,80		120.166,76
B. Umlaufvermögen				
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände				
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	942.152,36		373.030,27	
2. Forderungen an Gesellschafter	86.035,28		65.722,92	
3. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	2.902,42		20.079,33	
4. Sonstige Vermögensgegenstände	<u>1.166,08</u>	1.032.256,14	<u>142.445,11</u>	601.277,63
II. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten		2.026.187,25		1.930.397,08
		<u>3.119.610,19</u>		<u>2.651.841,47</u>
Passivseite				
A. Eigenkapital				
I. Gezeichnetes Kapital	25.000,00		25.000,00	
II. Gewinnrücklagen	1.336.685,14		1.177.883,75	
III. Bilanzgewinn	<u>116.794,78</u>	1.478.479,92	<u>158.801,39</u>	1.361.685,14
B. Rückstellungen				
Sonstige Rückstellungen		496.100,00		345.000,00
C. Verbindlichkeiten				
1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	391.961,00		246.096,09	
2. Verbindlichkeiten ggü. Gesellschaftern	453.860,72		495.079,46	
3. Verbindlichkeiten ggü. verbundenen Unternehmen	87.151,80		70.323,52	
4. Sonstige Verbindlichkeiten	<u>212.056,75</u>	1.145.030,27	<u>133.657,26</u>	945.156,33
		<u>3.119.610,19</u>		<u>2.651.841,47</u>

**8.3.2 Gewinn- und Verlustrechnung für den Zeitraum 01.01.2024 – 31.12.2024**

	2024 €	2024 €	2023 €	2023 €
1. Umsatzerlöse	6.725.557,72		6.551.698,65	
2. Sonstige betriebliche Erträge	<u>4.127,46</u>	6.729.685,18	<u>33.408,44</u>	6.585.107,09
3. Materialaufwand				
a) Aufwendungen für Roh- Hilfs- und Betriebsstoff	31.835,29		41.096,57	
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	<u>1.997.297,14</u>	2.029.132,43	<u>1.860.579,19</u>	1.901.675,76
4. Personalaufwand				
a) Löhne und Gehälter Hilfs- und Betriebsstoffe	2.124.979,48		1.950.936,15	
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung davon für die Alters- versorgung	<u>194.590,06</u> (10.072,40)	2.319.569,54	<u>202.589,43</u> (5.476,50)	2.153.525,58
Zwischenergebnis		2.380.983,21		2.529.905,75
5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögens- gegenstände des Anlagever- mögens und Sachanlagen	58.999,96		58.999,98	
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen	<u>2.099.240,56</u>	2.158.240,52	<u>2.090.099,38</u>	2.149.099,36
Zwischenergebnis		222.742,69		380.806,39
7. Zinsen und ähnliche Aufwendungen		3,00		5,00
8. Steuern vom Einkommen und Ertrag		944,91		0,00
9. Jahresüberschuss		221.794,78		380.801,39
10. Gewinnausschüttung Gesellschafter		105.000,00		222.000,00
11. Bilanzgewinn		116.794,78		158.801,39

9. RKH MVZ Orthopädische Klinik Markgröningen gGmbH



9.1 Allgemeine Angaben

Anschrift	Kurt-Lindemann-Weg 10 71706 Markgröningen
Rechtsform	Gemeinnützige Gesellschaft mit beschränkter Haftung (gGmbH)
Gründungsdatum	13.05.2019

9.2 Rechtliche Verhältnisse

9.2.1 Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist die Förderung der medizinischen Versorgung im Landkreis Ludwigsburg. Die RKH MVZ Orthopädische Klinik Markgröningen gGmbH wird im Sinne des § 95 SGB V, insbesondere im Rahmen der vertragsärztlichen und privatärztlichen Versorgung sowie der sonstigen ärztlichen Tätigkeiten, betrieben. Mindestens zwei Drittel der Leistungen des MVZ werden gegenüber Kassenpatienten erbracht und kommen somit hilfsbedürftigen Personen im Sinne des § 53 der Abgabenordnung zugute.

9.2.2 Beteiligungsverhältnisse

Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt 25.000 €.

Gesellschafter	Anteil am Stammkapital	Anteil
RKH Orthopädische Klinik Markgröningen gGmbH	25.000 €	100 %

9.2.3 Beteiligungen des Unternehmens

Die RKH MVZ Orthopädische Klinik Markgröningen gGmbH ist an keinen Unternehmen beteiligt.



9.2.4 Besetzung der Organe, sowie Gesamtbezüge der Geschäftsführung und des Aufsichtsrats

Organ	Funktion	Name des Mitglieds
Gesellschafterversammlung	Für die RKH Orthopädische Klinik Markgröningen gGmbH	Prof. Dr. Jörg Martin (bis 30.09.2024)
		Dr. Marc Nickel (ab 01.10.2024)
		Axel Hechenberger (ab 01.08.2024)
		Olaf Sporys
Geschäftsführung	Geschäftsführer	Prof. Dr. Jörg Martin (bis 30.09.2024)
		Dr. Marc Nickel (ab 01.10.2024)
		Olaf Sporys
Aufsichtsrat	Die Gesellschaft hat keinen Aufsichtsrat.	

Gemäß § 9 Abs. 4 des Gesellschaftsvertrags RKH MVZ Orthopädische Klinik Markgröningen gGmbH bedarf der Gesellschafter RKH Orthopädische Klinik Markgröningen gGmbH für Beschlüsse nach § 9 Abs. 3 des Gesellschaftsvertrags der Zustimmung des Aufsichtsrats der RKH Orthopädische Klinik Markgröningen gGmbH.

Gesamtbezüge der Mitglieder der Geschäftsführung und des Aufsichtsrats:

Die Geschäftsführer erhalten von der Gesellschaft keine Bezüge.

9.2.5 Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks des Unternehmens

Die RKH MVZ Orthopädische Klinik Markgröningen gGmbH wurde im Mai 2019 gesellschaftsrechtlich gegründet, mit dem primären Ziel, den Geschäftsbetrieb in den Kernfachgebieten Orthopädie und Allgemeinmedizin aufzunehmen. Die Gründung des Medizinischen Versorgungszentrums (MVZ) dient dem unternehmerischen Bestreben, eine umfassende und qualitative hochwertige medizinische Versorgung zu gewährleisten. Insbesondere das Fachgebiet Orthopädie-Unfallchirurgie ist für die OKM von großer Bedeutung. Ein großes Risiko stellt die Befristung und – wie zuletzt im handchirurgischen Bereich erfolgt – Begrenzung von Ermächtigungen dar. Auch die zunehmende Ambulantisierung und die notwendige Überwindung von Sektorengrenzen ist eine Herausforderung für Krankenhäuser. Mit der Gründung und dem Betrieb des MVZ begegnet die OKM diesen Herausforderungen aktiv und sichert so die Fortführung und den Ausbau der medizinischen Versorgungsqualität im Landkreis.

Das RKH MVZ Orthopädische Klinik Markgröningen gGmbH ist am 01.04.2021 mit zwei orthopädischen Sitzen in Ludwigsburg in Betrieb gegangen.

9.2.6 Grundzüge des Geschäftsverlaufs und Lage des Unternehmens

Entwicklung des operativen Geschäfts

Die Gründung des MVZ OKM Mitte 2019 ist ein zentraler Bestandteil der strategischen Ausrichtung der OKM, um die medizinische Versorgung in ambulanten Strukturen nachhaltig zu stärken. Wer gesetzlich Krankenversicherte ambulant behandeln und Leistungen mit der KV abrechnen möchte, ohne Vertragsarzt zu sein, braucht dafür eine Genehmigung. Es handelt sich dabei um



eine Ermächtigung zur Teilnahme an der vertragsärztlichen Versorgung. Die gängigste und häufigste Variante ist die persönliche Ermächtigung von Krankenhausärzten. Eine Ermächtigung erteilt der Zulassungsausschuss nur dann, wenn tatsächlich eine Versorgungslücke besteht, die die Niedergelassenen nicht decken können. Eine Ermächtigung ist immer an definierte Rahmenbedingungen geknüpft: Dauer, Ort und Art der Leistungen sind im Ermächtigungsbeschluss des Zulassungsausschusses genau geregelt und auch zeitlich (für max. 2 Jahre), dem Umfang nach und auf Überweisungsvorbehalt begrenzt. Vor dem Hintergrund unserer befristeten und teils unsicheren Ermächtigungen im Fachgebiet Orthopädie/Unfallchirurgie, v.a. im Bereich Handchirurgie, bleibt das MVZ ein wichtiges Instrument, um das ambulante Angebot gezielt auszubauen und auch abzusichern. Der Betrieb des MVZ begann am 01.04.2021 nach intensiven Vorbereitungen und Investitionen in zwei orthopädische Sitze.

Trotz räumlicher Konsolidierung und personeller Verstärkung durch einen Oberarzt aus dem Wirbelsäulenzentrum in 10/2022, zwei Oberärzten der Handchirurgie in 2/2024 sowie einer Oberärztin aus der konservativen Orthopädie und Schmerztherapie in 10/2024 führten erhebliche personelle Ausfälle und die damit verbundenen jeweiligen Umstrukturierungsmaßnahmen bis heute zu kontinuierlichen Herausforderungen und Erlösausfällen. Die eingeleiteten strukturellen Maßnahmen haben noch nicht die gewünschte Stabilisierung des Ergebnisses bewirkt.

Im Jahr 2024 musste noch einmal erheblich in die Hard- und Software investiert werden, um die IT-Infrastruktur in die RKH-Landschaft zu integrieren.

Auch die beschlossenen Maßnahmen zur Etablierung eines Leistungsangebots im Bereich handchirurgischer ambulanter Operationen, die aus wirtschaftlicher Sicht erheblich in die Unternehmensplanung 2024ff eingewirkt haben, konnten auf Grund baulicher Verzögerungen in der RKH Orthopädische Klinik Markgröningen gGmbH bisher nicht umgesetzt werden. Lediglich die Schmerztherapie mittels Facetteninfiltrationen unter Bildwandlerkontrolle konnte seit 2023 als fester Leistungsinhalt implementiert und 2024 weiter ausgebaut werden.

Zudem wurde ein Delegationskonzept unter Einsatz eines Physician Assistant erarbeitet, um die ärztliche Unterbesetzung teilweise zu kompensieren. Einen besonderen Beitrag leistet das MVZ seit Herbst 2023 im Bereich der Versorgung von Menschen mit körperlichen und geistigen Behinderungen in einer Behinderteneinrichtung, für die sich nach Renteneintritt des bisherigen ärztlichen Betreuers, keine Nachfolge aus dem Bereich der niedergelassenen Orthopäden finden ließ.

Investitionsbereich

Im Jahr 2024 wurde eine komplett neue Praxissoftware samt Hardware beschafft, die entsprechend den Abschreibungen über die ZIV Verrechnung dem MVZ belastet werden. Investitionen werden auf Basis der Unternehmensplanung realisiert und mit Eigenmitteln finanziert.

Jahresabschluss

Die Gesellschafterversammlung vom 19.04.2023 hat Maßnahmen zur Sicherung der Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft ergriffen. Das entstandene Defizit im Jahr 2024 wurde analog dem Jahr 2023 durch den Gesellschafter ausgeglichen, sodass das laufende Jahr mit 0 € (Vj. 0 €) abschließt. Die Muttergesellschaft hat im Jahr 2023 zur Stabilisierung des Eigenkapitals eine weitere Zuführung in Höhe von 340.000 € zur Kapitalrücklage beschlossen, die zum Jahresende 615.000 € aufweist. Es ergibt sich ein Eigenkapital von 534.619 € (Vj. 534.619 €). Die Verpflichtungserklärung des Gesellschafters Defizite der Gesellschaft auszugleichen, lief ursprünglich bis zum 30.06.2024. Im Geschäftsjahr 2024 wurde diese Verpflichtungserklärung bis zum 31.12.2026 verlängert.



Ertragslage

Das Geschäftsjahr 2024 wurde erneut durch hohe krankheitsbedingte Ausfälle geprägt. Die Erlöse decken deshalb nicht die laufenden Kosten ab. Der entstandene Fehlbetrag wird durch den Gesellschafter ausgeglichen. Der zugehörige Betrag von 299.195 € (Vj. 194.808 €) wird in der Ertragslage im neutralen Ergebnis ausgewiesen. Ursprünglich wurde für das Geschäftsjahr 2024 mit einem negativen Jahresergebnis von rund 100-150 T€ gerechnet, so dass das Jahresergebnis schlechter abschließt als prognostiziert.

Vermögens- und Finanzlage

Das Eigenkapital hat sich im Jahr 2023 durch die Einzahlung von 340.000 € in die Kapitalrücklage durch die Muttergesellschaft erhöht. Durch den Defizitausgleich des Jahresergebnisses bleibt im Jahr 2024 das Eigenkapital auf Vorjahresniveau. Der Anteil an den Arztsitzen spiegelt sich im immateriellen Vermögen wider. Die Restbuchwerte betragen per 31.12.2024 384 T€ (Vj. 443 T€). Zur Finanzierung hatte die Muttergesellschaft im Jahr 2021 zwei Gesellschafterdarlehen in Höhe von insgesamt 700 T€ zur Verfügung gestellt, welche unter den Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschafter passiviert sind. Im Jahr 2023 wurde ein weiteres Darlehen über 75 T€ gewährt. Die Gesellschafter haben am 19.04.2023 beschlossen die Rückzahlung der Gesellschafterdarlehen zunächst auszusetzen, so dass die Liquidität und Zahlungsfähigkeit gesichert sind. Die Restbuchwerte der drei Gesellschafterdarlehen betragen per 31.12.2024 635 T€ (Vj. 635 T€).

Die Neubewertung des Geschäftsplanes zeigt, dass mittelfristig ausgeglichene Ergebnisse möglich sind. Bis dorthin sichert die Muttergesellschaft den Fortbestand der MVZ-Gesellschaft durch die beschriebenen Maßnahmen.

9.2.7 Kapitalzuführungen und -entnahmen

Im Geschäftsjahr 2024 gab es keine Kapitalzuführungen und -entnahmen durch den Landkreis Ludwigsburg.

9.2.8 Anzahl der Beschäftigten

Im Berichtsjahr betrug die durchschnittliche Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer:

	2024	2023
Beschäftigte	13	13
- davon weiblich	8	10
- davon männlich	5	3

9.2.9 Kennzahlen der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Die Vermögens- und Finanzlage ist aus der Bilanz zum 31.12.2024 und den Vorjahreswerten (Darstellung in 9.3.1) ersichtlich. Die Ertragslage ist aus der Gewinn- und Verlustrechnung zum 31.12.2024 und den Vorjahreswerten (Darstellung in 9.3.2) ersichtlich.

Finanzkennzahlen	2024	2023	Veränderung
Eigenkapitalquote	41,6 %	43,5 %	-1,9 %
Anlagendeckung I	132,8 %	114,6 %	+18,2 %
Anlagendeckung II	132,8 %	114,6 %	+18,2 %
Liquiditätsgrad	748,4 %	1.291,0 %	-542,6 %



9.3 Jahresabschluss des Geschäftsjahres 2024

9.3.1 Bilanz zum 31.12.2024

	2024	2024	2023	2023
	€	€	€	€
Aktivseite				
A. Anlagevermögen				
I. Immaterielle Vermögensgegenstände und dafür geleistete Anzahlungen		383.500,00		442.500,00
II. Sachanlagen Einrichtungen und Ausstattungen		19.712,00		23.987,00
B. Umlaufvermögen				
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände				
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	14.843,73		56.038,74	
2. Forderungen an Gesellschafter	336.959,87		194.807,97	
3. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	1.892,33		512,00	
4. Sonstige Vermögensgegenstände	10.292,79	363.988,72	9.995,12	261.353,83
II. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten		520.609,96		500.814,37
		1.287.810,68		1.228.655,20
Passivseite				
A. Eigenkapital				
I. Gezeichnetes Kapital	25.000,00		25.000,00	
II. Kapitalrücklagen	615.000,00		615.000,00	
III. Verlustvortrag	-105.381,50	534.618,50	-105.381,50	534.618,50
B. Rückstellungen				
Sonstige Rückstellungen		55.000,00		43.000,00
C. Verbindlichkeiten				
1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	3.768,67		6.458,58	
2. Verbindlichkeiten ggü. Gesellschaftern	635.000,00		635.000,00	
3. Verbindlichkeiten ggü. verbundenen Unternehmen	45.510,25		2.851,96	
4. Sonstige Verbindlichkeiten	13.913,26	698.192,18	6.726,16	651.036,70
		1.287.810,68		1.228.655,20

**9.3.2 Gewinn- und Verlustrechnung für den Zeitraum 01.01.2024 – 31.12.2024**

	2024	2024	2023	2023
	€	€	€	€
1. Umsatzerlöse	494.165,52		574.712,14	
2. Sonstige betriebliche Erträge	<u>306.726,23</u>	800.891,75	<u>247.199,00</u>	821.911,14
3. Materialaufwand				
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	14.093,50		31.521,70	
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	<u>11.014,77</u>	25.108,27	<u>10.913,14</u>	42.434,84
4. Personalaufwand				
a) Löhne und Gehälter Hilfs- und Betriebsstoffe	492.975,71		507.536,11	
b) Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	<u>101.843,48</u>	594.819,19	<u>92.894,44</u>	600.430,55
Zwischenergebnis		180.964,29		179.045,75
5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögens- gegenstände des Anlagever- mögens und Sachanlagen	63.275,00		63.275,00	
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen	<u>110.926,84</u>	174.201,84	<u>109.539,00</u>	172.814,00
Zwischenergebnis		6.762,45		6.231,75
7. Zinsen und ähnliche Aufwendungen davon an verbundene Unternehmen	<u>6.762,45</u>	-6.762,45	<u>6.231,75</u>	-6.231,75
	(6.762,45)		(6.231,75)	
8. Jahresüberschuss		0,00		0,00

10. RKH Privatkliniken GmbH



10.1 Allgemeine Angaben

Anschrift	Kurt-Lindemann-Weg 10 71706 Markgröningen
Rechtsform	Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)
Gründungsdatum	13.05.2019

10.2 Rechtliche Verhältnisse

10.2.1 Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb von Privatkliniken an den Standorten der RKH Kliniken Ludwigsburg-Bietigheim gGmbH und der RKH Orthopädischen Klinik Markgröningen gGmbH. Der Betrieb der Krankenhäuser umfasst voll- und teilstationäre sowie vor- und nachstationäre Krankenhausleistungen und ambulante ärztliche, medizinisch-technische, pflegerische, physikalische, orthopädie-technische sowie sonstige für den Krankenhausbetrieb erforderliche Leistungen.

10.2.2 Beteiligungsverhältnisse

Das **Stammkapital** der Gesellschaft beträgt 25.000 €.

Gesellschafter	Anteil am Stammkapital	Anteil
RKH Orthopädische Klinik Markgröningen gGmbH	25.000 €	100 %

10.2.3 Beteiligungen des Unternehmens

Die RKH Privatkliniken GmbH ist an keinen Unternehmen beteiligt.



10.2.4 Besetzung der Organe, sowie Gesamtbezüge der Geschäftsführung und des Aufsichtsrats

Organ	Funktion	Name des Mitglieds
Gesellschafterversammlung	Für die RKH Orthopädische Klinik Markgröningen gGmbH	Prof. Dr. Jörg Martin (bis 30.09.2024)
		Dr. Marc Nickel (ab 01.10.2024)
		Axel Hechenberger (ab 01.08.2024)
		Olaf Sporys
Geschäftsführung	Geschäftsführer	Prof. Dr. Jörg Martin (bis 30.09.2024)
		Axel Hechenberger (ab 01.08.2024)
		Olaf Sporys
Aufsichtsrat	Die Gesellschaft hat keinen Aufsichtsrat.	

Gemäß § 12 Abs. 3 des Gesellschaftsvertrags RKH Privatkliniken GmbH bedarf der Gesellschafter RKH Orthopädische Klinik Markgröningen gGmbH für Beschlüsse nach § 9 Abs. 2 des Gesellschaftsvertrags der Zustimmung des Aufsichtsrats der RKH Orthopädische Klinik Markgröningen gGmbH.

Gesamtbezüge der Mitglieder der Geschäftsführung und des Aufsichtsrats:

Die Geschäftsführer erhalten von der Gesellschaft keine Bezüge.

10.2.5 Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks des Unternehmens

Zunächst war anvisiert, den Betrieb Ende 2019 zu starten. Doch aufgrund von Verzögerungen in den vorgelagerten Erweiterungs- und Umbauten im Zentral-OP sowie der schwierigen Personalsituation war dies damals noch nicht möglich. Der Start in das Jahr 2020 war bekanntermaßen im ersten Quartal vielversprechend. Doch die Corona-Krisensituation ab März / April 2020 und die zweite Welle haben die Inbetriebnahme in 2020 unmöglich gemacht. Für das dritte Quartal 2021 war auf Basis der hohen Nachfrage die Eröffnung geplant. Auch dieser Starttermin musste aufgrund noch fehlender EDV-technischer Umsetzung gestoppt werden. Dies hatte nur deshalb keine negativen finanziellen Folgen, da die Regelungen zum Budget-Erlösausgleich in den Jahren 2021 und 2022 keine Rückzahlung der Mehrerlöse vorgesehen hatten. Die Lösung der EDV-technischen Restriktionen sollte im Jahr 2023 erfolgen. Der im Oktober vorgenommene Testbetrieb ist jedoch gescheitert. Der Softwareanbieter muss hier dringend eine Lösung schaffen, da je nach Budgetvereinbarung die Betriebsaufnahme im Jahr 2024 zwingend geboten ist.

10.2.6 Grundzüge des Geschäftsverlaufs und Lage des Unternehmens

Entwicklung des operativen Geschäfts

Im Geschäftsjahr hat die Gesellschaft ihre operative Tätigkeit aufgenommen. Insgesamt wurden bis zum Jahresende 165 Patienten in der Privatklinik behandelt. Geplant waren ganzjährig 344.



Investitionsbereich

Im Berichtsjahr wurden keine Investitionen getätigt.

Jahresabschluss

Das Geschäftsjahr 2024 schließt mit einem Jahresüberschuss in Höhe von 53.143 € (Jahresfehlbetrag Vj. 3.542 €) ab. Da das Geschäftsjahr 2024 nicht vollständig im Echtbetrieb war, konnte der prognostizierte Jahresüberschuss in Höhe von 87.000 € nicht ganz erreicht werden. Im Bereich Sonstige ordentliche Aufwendungen ist die Abgabe der Beteiligung an die RKH Orthopädische Klinik Markgröningen gGmbH in Höhe von 1.170 T€ abgebildet.

Ertragslage

Die Umsatzerlöse umfassen Krankenhausleistungen in Höhe von 1.157.211 € (Vj. 0 €) und Erlöse aus Wahlleistungen mit 97.722 € (Vj. 0 €). Im Vorjahr betrafen Sie ausschließlich periodenfremde Erlöse in Höhe von 3.570 €. Die sonstigen betrieblichen Erträge beinhalten Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen von 716 € (Vj. 1.860 €).

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen beinhalten das Nutzungsentgelt für empfangene Leistungen aus der Personal- und Sachmittelgestellung durch die Muttergesellschaft mit einem Gesamtbetrag von 1.169.905 € (Vj. 0 €) sowie einen periodenfremden Aufwand von 89 € (Vj. 3.645 €).

Vermögens- und Finanzlage

Durch den Jahresüberschuss erhöht sich das Eigenkapital auf 103.651 € (Vj. 50.508 €). In diesem Zusammenhang hat sich auch das Bankguthaben erhöht. Die Privatklinik ging im Geschäftsjahr 2024 in den Echtbetrieb, dadurch sind die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen gegenüber den Privatpatienten auf 1.001 T€ angestiegen. Die Verbindlichkeiten und Abgrenzung beinhalten im Wesentlichen Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschafter und betreffen die Entgelte für die Überlassung von Personal und Sachmittel.

10.2.7 Kapitalzuführungen und -entnahmen

Im Geschäftsjahr 2024 gab es keine Kapitalzuführungen und -entnahmen durch den Landkreis Ludwigsburg.

10.2.8 Anzahl der Beschäftigten

In den Privatkliniken waren im Jahr 2024 keine Mitarbeiter beschäftigt.

10.2.9 Kennzahlen der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Die Vermögens- und Finanzlage ist aus der Bilanz zum 31.12.2024 und den Vorjahreswerten (Darstellung in 10.3.1) ersichtlich.

Die Ertragslage ist aus der Gewinn- und Verlustrechnung zum 31.12.2024 und den Vorjahreswerten (Darstellung in 10.3.2) ersichtlich.

Finanzkennzahlen	2024	2023	Veränderung
Eigenkapitalquote	8,0 %	91,0 %	-83,0 %
Liquiditätsgrad	109,8 %	1.110,2 %	-1.000,4 %



10.3 Jahresabschluss des Geschäftsjahres 2024

10.3.1 Bilanz zum 31.12.2024

	31.12.2024 €	31.12.2024 €	31.12.2023 €	31.12.2023 €
Aktivseite				
A. Umlaufvermögen				
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände				
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	1.001.202,59		0,00	
2. Forderungen gegen Gesellschafter	12.370,75	1.013.573,34	0,00	0,00
II. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten		280.274,05		55.507,58
		<u>1.293.847,39</u>		<u>55.507,58</u>
Passivseite				
A. Eigenkapital				
I. Stammkapital	25.000,00		25.000,00	
II. Kapitalrücklage	25.507,58		50.000,00	
III. Verlustvortrag	0,00		-20.950,42	
IV. Jahresfehlbetrag	53.143,07	103.650,65	-3.542,00	50.507,58
B. Rückstellungen				
1. Steuerrückstellungen	12.200,00		0,00	
2. Sonstige Rückstellungen	6.000,00	18.200,00	<u>5.000,00</u>	5.000,00
C. Verbindlichkeiten				
1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	2.048,68		0,00	
2. Verbindlichkeiten ggü. Gesellschafter	1.169.905,22		0,00	
3. Verbindlichkeiten ggü. verbundenen Unternehmen	42,84	1.171.996,74	<u>0,00</u>	0,00
		<u>1.293.847,39</u>		<u>55.507,58</u>

10.3.2 Gewinn- und Verlustrechnung für den Zeitraum 01.01.2024 – 31.12.2024

	2024 €	2024 €	2023 €	2023 €
1. Umsatzerlöse	1.255.657,09		3.570,00	
2. Sonstige betriebliche Erträge	716,00	1.256.373,09	1.860,00	5.430,00
3. Materialaufwand				
a) Aufwendungen für bezogene Leistungen	497,84		0,00	
4. Sonstige betriebliche Aufwendungen	1.190.532,18	1.191.030,02	8.972,00	8.972,00
5. Steuern vom Einkommen und Ertrag		12.200,00		0,00
6. Jahresergebnis		53.143,07		-3.542,00



11. ILS gGmbH (Integrierte Leitstelle Landkreis Ludwigsburg)



11.1 Allgemeine Angaben

Anschrift	Marienstr. 22 71634 Ludwigsburg
Rechtsform	Gemeinnützige Gesellschaft mit beschränkter Haftung (gGmbH)
Gründungsdatum	20.02.2014

11.2 Rechtliche Verhältnisse

11.2.1 Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb der Integrierten Leitstelle Ludwigsburg (ILS gGmbH) in den Räumlichkeiten der Hauptfeuerwache Ludwigsburg in der Marienstraße 22 in Ludwigsburg, auf der Basis der jeweils gültigen gesetzlichen Grundlagen. Wesentliche Aufgaben sind hierbei die Annahme und Abwicklung von eingehenden Notrufen der Bevölkerung im Bereich der Feuerwehr und des Rettungsdienstes (Notfallrettung und Krankentransport).

11.2.2 Beteiligungsverhältnisse

Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt 25.000 €.

Gesellschafter	Anteil am Stammkapital	Anteil
Landkreis Ludwigsburg	12.500 €	50 %
DRK Kreisverband Ludwigsburg e.V.	12.500 €	50 %

11.2.3 Beteiligungen des Unternehmens

Die ILS gGmbH ist an keinen Unternehmen beteiligt.



11.2.4 Besetzung der Organe, sowie Gesamtbezüge der Geschäftsführung und des Aufsichtsrats

Organ	Funktion	Name des Mitglieds
Gesellschafterversammlung	Landkreis Ludwigsburg	Landrat Dietmar Allgaier
	DRK Kreisverband Ludwigsburg e.V.	Gerd Maisch
Geschäftsführung	Geschäftsführerin	Ina Jansen
	Geschäftsführer	Wolfgang Breidbach
Aufsichtsrat	Die Gesellschaft hat keinen Aufsichtsrat.	

Gesamtbezüge der Mitglieder der Geschäftsführung:

Die Gesellschaft macht bezüglich der Bezüge der Geschäftsführung von den Befreiungsvorschriften nach § 286 Abs. 4 HGB Gebrauch.

11.2.5 Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks des Unternehmens

Der Landkreis Ludwigsburg ist gesetzlicher Aufgabenträger für die Einrichtung und den Betrieb der Feuerwehroleitstelle und die untere Katastrophenschutzbehörde für den Landkreis Ludwigsburg. Das Deutsche Rote Kreuz, Kreisverband Ludwigsburg e.V., ist gesetzlicher Aufgabenträger für die Einrichtung und den Betrieb der Rettungsleitstelle für Notfallrettung und Krankentransport im Landkreis Ludwigsburg. Durch den gemeinsamen Betrieb einer so genannten „integrierten Leitstelle (ILS gGmbH) beabsichtigen der Landkreis und das DRK die Erfüllung der ihnen obliegenden Aufgaben.

11.2.6 Grundzüge des Geschäftsverlaufs und Lage des Unternehmens

Entwicklung des operativen Geschäfts

Ein Wirtschaftsplan für 2024 wurde erstellt. Es wurde ein Zuschussbetrag i. H. v. netto 2.657.450,00 € durch den Landkreis veranschlagt. Der Zuschussbetrag 2023 lag bei netto 2.241.150 €.

Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Durch die Gesellschaftsstruktur der ILS gGmbH mit ihren beiden Trägern Landkreis Ludwigsburg und DRK Kreisverband Ludwigsburg e.V. ist das Risiko für Schäden des Vermögens und der Liquidität als sehr gering einzustufen.

Ein Risiko für die Ertragslage der Gesellschaft ergibt sich aus ihrer Finanzierungsstruktur. 50% der Erträge werden durch Vermittlungsentgelte erwirtschaftet. Die Kostendeckung dieser Vermittlungsentgelte ergibt sich im Rahmen der Verhandlungen mit den Kostenträgern. Werden bei diesen Verhandlungen Kosten der ILS gGmbH von den Kostenträgern nicht als Kosten des Rettungsdienstes anerkannt, werden die Aufwände dann auch nicht über die Vermittlungsentgelte refinanziert. Durch eine regelmäßige Überwachung der betriebswirtschaftlichen Entwicklung des Geschäftsjahres ist dieses Risiko frühzeitig erkennbar.

Investitionen

Im Berichtsjahr wurden Investitionen in Höhe von rd. 435.000 € für die Erneuerung der Hard- und Software getätigt. Davon entfiel ein erheblicher Teil auf den Digitalfunk.



Liquidität

Die liquiden Mittel haben sich zum Stichtag um 951.253,40 € auf 2.892.383,44 € erhöht. Dies ergab sich aus der Ansparung der Abschreibungen zur Finanzierung von zukünftigen Investitionen, die die ILS gGmbH bislang ausschließlich aus eigenen Mitteln geleistet hat.

Der Jahresabschluss des Jahres 2024 weist einen Jahresüberschuss von vorbehaltlich der Prüfung 135.370,38 € (Vorjahr: 170.488,08 €) aus.

11.2.7 Kapitalzuführungen und -entnahmen

Im Geschäftsjahr 2024 wurden 400.000,00 € aus der Kapitalrücklage mit je 200.000,00 € an die Gesellschafter ausgezahlt.

11.2.8 Anzahl der Beschäftigten

Im Berichtsjahr betrug die durchschnittliche Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer gem. Stellenplan:

	2024	2023
Beschäftigte insgesamt (Angestellte und Arbeiter)	35	30



12. Kleeblatt Pflegeheime gGmbH



12.1 Allgemeine Angaben

Anschrift	Alt-Württemberg-Allee 4 71638 Ludwigsburg
Rechtsform	Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)
Gründungsdatum	30.05.1989

12.2 Rechtliche Verhältnisse

12.2.1 Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist der Bau und der Betrieb kleinerer örtlicher Einrichtungen der stationären bzw. teilstationären und ambulanten Alten- und Krankenpflege im Landkreis Ludwigsburg, zum Zwecke der Förderung des Wohlfahrtswesens.

Mit dem Gegenstand des Unternehmens wird ein öffentlicher Zweck im Sinne der Gemeindeordnung Baden-Württemberg erfüllt. Die Gesellschaft kann sich auch auf gemeinnützigen branchenverwandten Gebieten betätigen. Sie kann insbesondere auch Gesellschafterin, Beteiligte oder Mitglied bei gemeinnützigen Verbänden, Organisationen und Gesellschaften der Wohlfahrtspflege werden.

12.2.2 Beteiligungsverhältnisse

Das **Stammkapital** der Gesellschaft beträgt 736.000 €.

Gesellschafter	Anteil am Stammkapital	Anteil
Landkreis Ludwigsburg	64.000 €	8,7 %
Städte, Gemeinden im Landkreis Ludwigsburg, Zweckverband Pattonville/Sonnenberg	672.000 €	91,3 %

12.2.3 Beteiligungen des Unternehmens

Beteiligungen	Anteil am Stammkapital	Anteil
Kleeblatt Consult GmbH	25.564,59 €	100 %



12.2.4 Besetzung der Organe, sowie Gesamtbezüge der Geschäftsführung und des Aufsichtsrats

Organ	Funktion	Name des Mitglieds
Gesellschafterversammlung	Landkreis Ludwigsburg	Landrat Dietmar Allgaier
Geschäftsführung	Geschäftsführer	Stefan Ebert
Kuratorium	Vorsitz	Christian Eiberger
	Stv. Vorsitz	Rainer Schäuuffe
	Landkreis Ludwigsburg	Landrat Dietmar Allgaier
	Mitglied - CDU	Karl-Heinz Schlumberger***
	Mitglieder - Freie Wähler	Horst Kirschner*
		Rainer Gessler*
		Alexander Fleig**
	Mitglieder - SPD	Ramona Schröder*
		Thomas Reusch-Frey**
	Mitglieder - Grüne	Rainer Breimeier*
Karin Lakotta**		
Mitglied - AfD	Matthias Weißert**	

(* = bis 19.07.2024; ** = ab 19.07.2024; *** = bis/ab 19.07.2024)

Gesamtbezüge der Mitglieder der Geschäftsführung:

Die Gesellschaft macht bezüglich der Bezüge der Geschäftsführung von den Befreiungsvorschriften nach § 286 Abs. 4 HGB Gebrauch.

12.2.5 Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks des Unternehmens

Insgesamt gehören zur Kleeblatt Pflegeheime gGmbH folgende Einrichtungen:

- 26 Pflegeheime, darunter 1 Kompetenzzentrum für Menschen mit Demenz
- 4 Tagespflegeeinrichtungen
- 1 Ambulanter Dienst für die betreuten Wohnungen im Kleeblatt Wohnen

Dies entspricht:

- 759 Pflegeplätzen (Dauer- und Kurzzeitpflege)
- 63 eigenständigen Tagespflegeplätzen
- 690 Wohnungen mit Betreuungsangebot Kleeblatt Wohnen

12.2.6 Grundzüge des Geschäftsverlaufs und Lage des Unternehmens

Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Die gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen in Deutschland sind von anhaltenden Spannungen geprägt: Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt ist 2024 um 0,2 % gesunken, was den wirtschaftlichen Abwärtstrend seit 2023 fortsetzt. Belastend wirken vor allem hohe Energiepreise, steigende Zinsen und eine schwache Inlands- und Auslandsnachfrage.

Trotz aller Bemühungen steht die Altenpflegebranche weiterhin vor einer doppelten Herausforderung: Zum einen gilt es, die steigende Nachfrage nach Pflegeleistungen zu decken, zum anderen müssen innovative und nachhaltige Strategien entwickelt werden, um dem



Fachkräftemangel entgegenzuwirken, sei es durch gezielte Maßnahmen zur Mitarbeiterbindung, die Gewinnung neuer Fachkräfte oder die Entlastung der Mitarbeitenden im Arbeitsalltag. Gleichzeitig bleibt die Sicherstellung einer hohen Pflegequalität von zentraler Bedeutung.

Geschäftsentwicklung für das Geschäftsjahr

Kleeblatt schloss das Geschäftsjahr mit einem Jahresüberschuss in Höhe von 173 T€ ab.

Geschäftsverlauf unter Einbeziehung bedeutsamer finanzieller Indikatoren

Die Belegungsquote ist im Berichtsjahr angestiegen und lag bei 91,09 % (Vj. 87,47 %). Damit ist sie entgegen der Entwicklung im Vorjahr 2023 um 3,62%-Punkte gestiegen und liegt über dem für 2024 vorgegebenen Planwert von 89,00 %. Die Gesamtleistung konnte trotz des im Vergleich zum Vorjahr niedrigeren Ergebnisses um 8,27 % gesteigert werden. Im Berichtsjahr 2024 wurden für die stationäre Pflege und die Tagespflegen neue Pflegesätze verhandelt.

Besonderheiten im Hinblick auf die Beteiligung

Im Hinblick auf die Beteiligung des Landkreises Ludwigsburg ergaben sich für das Geschäftsjahr 2024 keine Änderungen / Neuerungen.

Informationen zur Ertragslage und Finanzlage

Die Gesamtleistung lag im Jahr 2024 bei 53.106 T€. Der Personalaufwand (unter wirtschaftlicher Betrachtungsweise inkl. Aufwand für Zeitarbeitskräfte und sämtlicher Personalnebenkosten) erhöhte sich um 12,91 % auf 36.571 T€ (Vj. 32.390 T€). Der Anstieg ist im Wesentlichen auf eine hohe Tarifsteigerung und gestiegene Löhne und Gehälter sowie auf weiter benötigte Zeitarbeitskräfte zurückzuführen.

Der Wirtschafts- und Verwaltungsbedarf ist im Vergleich zu 2023 um 11,01 % gestiegen.

Die Finanzlage ist als gut geordnet zu beurteilen. Die Gesellschaft war und ist jederzeit in der Lage die finanziellen Verbindlichkeiten zu bedienen.

12.2.7 Kapitalzuführungen und -entnahmen

Im Geschäftsjahr 2024 gab es keine Kapitalzuführungen und -entnahmen durch den Landkreis Ludwigsburg.

12.2.8 Anzahl der Beschäftigten

Im Berichtsjahr betrug die durchschnittliche Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer:

	2024	2023
Mitarbeitende insgesamt (Konzern)	1.063	996
- davon Auszubildende und Praktikanten	89	78



13. Verkehrs- und Tarifverbund Stuttgart GmbH



13.1 Allgemeine Angaben

Anschrift	Rotebühlstr. 121 70178 Stuttgart
Rechtsform	Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)
Gründungsdatum	22.12.1977

13.2 Rechtliche Verhältnisse

13.2.1 Gegenstand des Unternehmens

Die Gesellschaft erfüllt im Verbundgebiet Stuttgart Aufgaben im öffentlichen Personennahverkehr, insbesondere auf dem Gebiet der konzeptionellen Planung und der Koordination des betrieblichen Leistungsangebots, und stellt die tarifliche Integration dieses Verkehrs durch einen Gemeinschaftstarif sicher. Weiterhin erfasst und verteilt sie die im Rahmen des Verbundverkehrs von den Verbundunternehmen erzielten Einnahmen. Die Gesellschaft ist zudem für verbundübergreifende Werbung, Fahrgastinformation und Kundenberatung sowie die Erstellung von Nahverkehrsplänen zuständig.

13.2.2 Gesellschafter des Unternehmens/ Beteiligungsverhältnisse

Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt 248.000 €

Gesellschafter	Anteil am Stammkapital	Anteil
SWEG Bahn Stuttgart GmbH	2.480 €	1,00 %
Arverio Baden-Württemberg GmbH	3.720 €	1,50 %
Landkreis Ludwigsburg	8.432 €	3,40 %
Landkreis Böblingen	8.432 €	3,40 %
Landkreis Esslingen	8.432 €	3,40 %
Rems-Murr-Kreis	8.432 €	3,40 %
Landkreis Göppingen	8.432 €	3,40 %
GbR der Kooperationspartner des VVS	12.400 €	5,00 %
Landeshauptstadt Stuttgart	17.360 €	7,00 %
Land Baden-Württemberg	17.360 €	7,00 %
DB Regio	40.920 €	16,50 %
VRS	47.120 €	19,00 %
SSB	64.480 €	26,00 %



13.2.3 Beteiligungen des Unternehmens

Die Verkehrs- und Tarifverbund Stuttgart GmbH ist an keinen Unternehmen beteiligt.

13.2.4 Besetzung der Organe, sowie Gesamtbezüge der Geschäftsführung und des Aufsichtsrats

Organ	Funktion	Name des Mitglieds
Gesellschafterversammlung	Landkreis Ludwigsburg	Landrat Dietmar Allgaier
Geschäftsführung	Geschäftsführung	Thomas Hachenberger (bis 31.12.2024)
		Cornelia Christian
Aufsichtsrat	Vorsitz	OB Dr. Frank Nopper
	1. stv. Vorsitz	Thomas Moser
	2. stv. Vorsitz	Elmar Steinbacher
	Landkreis Ludwigsburg	Landrat Dietmar Allgaier

Gesamtbezüge der Mitglieder der Geschäftsführung:

Die Gesellschaft macht bezüglich der Bezüge der Geschäftsführung von den Befreiungsvorschriften nach § 286 Abs. 4 HGB Gebrauch.

Der Aufsichtsrat erhielt für seine Tätigkeit eine Vergütung in Höhe von 39.425 €.

13.2.5 Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks des Unternehmens

Im Jahr 2024 verzeichnete der Verbund 366,3 Mio. zahlende Fahrgäste (ohne Schwerbehinderte). Insgesamt ist die Zahl der bezahlten Fahrten mit VVS-Ticket um 32,5 Mio. bzw. 9,7 % gegenüber dem Vorjahr gestiegen. Die Steigerung gegenüber dem Vorjahr basiert u. a. auf der Einführung des Deutschland-Tickets zum 1. Mai 2023 und des Deutschland-Ticket JugendBW zum 1. Dezember 2023. Die Verkaufszahlen beider Produkte entwickelten sich im Jahr 2024 sehr erfreulich. Die reinen Fahrgeldeinnahmen beliefen sich auf insgesamt 451,5 Mio. € (ohne Erstattung für die Schwerbehindertenfreifahrt, Ausgleichsleistungen für die Tarifzonenreform und Ausgleichsleistungen für das Deutschland-Ticket). Dies entspricht einem Anstieg der Einnahmen um 37,3 Mio. € bzw. 9 % im Vergleich zum Vorjahr. Unter Berücksichtigung der Schwerbehindertenfahrten, der Ausgleichsleistungen für die Tarifzonenreform, den Ausgleichsleistungen für das Deutschland-Ticket im Jahr 2024 lagen die Einnahmen 34,2 Mio. € bzw. 5,3 % höher als im Vorjahr.



13.2.6 Grundzüge des Geschäftsverlaufs und Lage des Unternehmens

Die Entwicklung der Rahmenbedingungen für den ÖPNV im Jahr 2024 bot sowohl Chancen als auch Herausforderungen. Die Bevölkerung im Verbundgebiet stieg weiterhin leicht an, zudem sind die PKW-Kosten im Jahr 2024 leicht gestiegen. Die Inflationsrate ist über das Jahr 2024 insgesamt gesunken, stieg im 4. Quartal jedoch wieder an. Sie liegt in Baden-Württemberg nun wieder oberhalb des Zielwertes der Europäischen Zentralbank. Die schwache Konjunktur sorgte auf dem Arbeitsmarkt weiterhin für steigende Arbeitslosigkeit. Die Kostenbelastungen für die Verkehrsunternehmen waren unverändert hoch, bedingt durch steigende Personalkosten und die wieder leicht ansteigenden Energiekosten bei Bahnstrom. Das Preisniveau beim Diesel sinkt jedoch im Jahr 2024. Ebenso hemmen die zunehmend knapper werdenden öffentlichen Haushalte die Möglichkeit, zusätzliche Mittel für Verbesserungen im ÖPNV zur Verfügung zu stellen.

Im Jahr 2024 verzeichnete der Verbund 366,3 Mio. zahlende Fahrgäste (ohne Schwerbehinderte). Insgesamt ist die Zahl der bezahlten Fahrten mit VVS-Ticket um 32,5 Mio. bzw. 9,7 % gegenüber dem Vorjahr gestiegen. Die Steigerung gegenüber dem Vorjahr basiert u. a. auf der Einführung des Deutschland-Tickets zum 1. Mai 2023 und des Deutschland-Ticket JugendBW zum 1. Dezember 2023. Die Verkaufszahlen beider Produkte entwickelten sich im Jahr 2024 sehr erfreulich. Die reinen Fahrgeldeinnahmen beliefen sich auf insgesamt 451,5 Mio. € (ohne Erstattung für die Schwerbehindertenfreifahrt, Ausgleichsleistungen für die Tarifzonenreform und Ausgleichsleistungen für das Deutschland-Ticket). Dies entspricht einem Anstieg der Einnahmen um 37,3 Mio. € bzw. 9 % im Vergleich zum Vorjahr. Unter Berücksichtigung der Schwerbehindertenfahrten, der Ausgleichsleistungen für die Tarifzonenreform, den Ausgleichsleistungen für das Deutschland-Ticket im Jahr 2024 lagen die Einnahmen 34,2 Mio. € bzw. 5,3 % höher als im Vorjahr.

Die betrieblichen Erträge der Gesellschaft beliefen sich auf insgesamt 17.251 T€, was einem Anstieg um 669 T€ bzw. 4 % entspricht. Die betrieblichen Erträge setzen sich aus Umsatzerlösen in Höhe von 10.688 T€, Zuschüssen in Höhe von 6.176 T€ und sonstigen betrieblichen Erträgen in Höhe von 258 T€ zusammen. Die Umsatzerlöse sind um 548 T€ bzw. 5,4 % auf 10.688 T€ angestiegen. Die wichtigste Umsatzposition stellt die Leistungsvergütung der Verkehrsunternehmen dar, die um 5,6 % auf 8.719 T€ angestiegen ist. Der betriebliche Gesamtaufwand (ohne Berücksichtigung von Finanzergebnis und steuerlicher Belastung) lag um 488 T€ bzw. 3 % höher als 2023 und belief sich im Geschäftsjahr 2024 auf 16.998 T€. Unter Berücksichtigung der Steuerlast erzielte die Gesellschaft einen Jahresüberschuss von rund 130 T€. Zum Stichtag 31. Dezember 2024 beschäftigte die Gesellschaft 88 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Das langfristig gebundene Vermögen der Gesellschaft zum 31.12.2024 betrug 2.634 T€. Die Erhöhung um 153 T€ im Vergleich zum Vorjahr ist überwiegend auf Anschaffungen im Softwarebereich zurückzuführen. Das Sachanlagevermögen stieg ebenfalls leicht an. Das kurzfristig gebundene Vermögen der Gesellschaft belief sich zum 31.12.2024 auf 4.554 T€. Der Kassenbestand war mit 1.936 T€ um 659 T€ geringer als im Vorjahr. Nach dem 1. Liquiditätsgrad (104,2 %) können die kurzfristigen Verbindlichkeiten durch kurzfristig verfügbare Mittel gedeckt werden.



13.2.7 Kapitalzuführungen und -entnahmen

Im Rahmen der am 28. November 2012 geschlossenen Zuschussvereinbarung, die die Vereinbarung vom 1. Dezember 1995 ablöste und ab 2014 eine Dynamisierung der Zuschüsse beinhaltet, die zu einer jährlichen prozentualen Steigerung der Zuschüsse führt, entfiel auf die Grundvertragspartner des VVS für 2024 folgender Zuschuss:

	2024	2023
Aufwand VVS GmbH	336.068,00 €	317.644,00 €

13.2.8 Anzahl der Beschäftigten

Im Berichtsjahr betrug die durchschnittliche Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer:

	2024	2023
Angestellte	85	80
Beamte	1	1
Projektmitarbeitende	0	0
Gesamt	86	81

Bei der Ermittlung wurden die beschäftigten Arbeitnehmer/innen alle voll berücksichtigt (sog. Kopfzahl). So werden auch nur anteilig Beschäftigte (z.B. 50%-Stelle, geringfügig Beschäftigte oder Aushilfen) als „ganze“ Arbeitnehmer gerechnet.



14. Komm.ONE AöR / Zweckverband 4 IT



14.1 Allgemeine Angaben

Anschrift	Krailenshaldenstr. 44 70469 Stuttgart
Rechtsform	Anstalt des öffentlichen Rechts
Gründungsdatum	01.07.2018

14.2 Rechtliche Verhältnisse

Zum 01.07.2018 sind die Zweckverbände Zweckverband Kommunale Informationsverarbeitung Reutlingen-Ulm, Ulm (KIRU), Zweckverband Kommunale Datenverarbeitung Region Stuttgart, Stuttgart (KDRS) und Zweckverband Kommunale Informationsverarbeitung Baden-Franken (KIVBF), jeweils unter Einbringung ihres gesamten Vermögens im Wege der Gesamtrechtsnachfolge, der Datenzentrale Baden-Württemberg beigetreten. Gleichzeitig wurde die bisherige Datenzentrale Baden-Württemberg in Komm.ONE Anstalt des öffentlichen Rechts umfirmiert (Komm.ONE). Parallel zur Gründung von Komm.ONE haben sich die drei Zweckverbände KIRU, KDRS und KIVBF zum neuen Zweckverband 4IT zusammengeschlossen, welcher die 88 % Trägerschaft der Komm.ONE für die Kommunen neben der 12 % weiteren Trägerschaft der Komm.ONE durch das Land Baden-Württemberg, ausübt.

Die zugehörigen Betriebsgesellschaften (RZRS GmbH, IIRU GmbH und KRBF GmbH) der ehemaligen Zweckverbände, wurden im Dezember 2018 rückwirkend zum 1.7.2018 zur neuen civillent GmbH verschmolzen. Die übernommenen Geschäftsfelder und Betriebszwecke der verschmolzenen Firmen sind weitgehend deckungsgleich.

Der Zweckverband 4IT hat zum 01.07.2018 seine Geschäftstätigkeit aufgenommen. Er besteht in seiner Funktion als gemeinsamer Träger mit dem Land Baden-Württemberg an der Komm.ONE AöR (ehemals Datenzentrale Baden-Württemberg). Der Anteil von 88 % des Zweckverbandes am Stammkapital der Komm.ONE AöR von 10.000.000 € beträgt 8.800.000 €. Der restliche Anteil i. H. v. 12 % wird vom Land Baden-Württemberg getragen.

14.2.1 Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens Komm.ONE AöR

Das auf die Kommunen ausgerichtete Lösungs- und Serviceangebot der Zweckverbände ist im Zuge der Fusion in das Komm.ONE-Portfolio übergegangen. Die bisher den Mitgliedern durch die Zweckverbände zur Verfügung gestellten Lösungen werden nun durch die Komm.ONE bereitgestellt. Diese Lösungen unterstützten die Mitglieder bei der Erledigung ihrer vielfältigen kommunalen Aufgaben. Dazu betreibt die Komm.ONE-Gruppe Leistungszentren und erbringt dort Dienstleistungen der automatisierten Datenverarbeitung in den Geschäftsfeldern Einrichtung, Wartung und Pflege von Anlagen und Programmen, den Betrieb von Rechnern sowie die organisatorische Beratung in datenverarbeitungstechnischen Bereichen und Schulungen.



Daneben sind die Firmen der Komm.ONE-Gruppe in der Softwareentwicklung und –beratung für Unternehmen der öffentlichen Verwaltung tätig. Ein Schwerpunkt liegt dabei in der Entwicklung und dauerhaften Pflege von landeseinheitlichen Datenverarbeitungsverfahren für die baden-württembergischen Kommunen. Daneben erbringt die Komm.ONE-Gruppe eine Vielzahl von Dienstleistungen wie die Beratung des Landes, der kommunalen Landesverbände und anderer Stellen. Seit den 1990er-Jahren ist die Komm.ONE-Gruppe mit ihren Verfahren auch bundesweit und damit auch außerhalb von Baden-Württemberg tätig.

Die Komm.ONE-Gruppe hat rechtlich unselbstständige Betriebstätten in Ulm, Reutlingen, Karlsruhe, Heidelberg, Heilbronn, Freiburg und Stuttgart.

Gegenstand des Zweckverbands 4IT

Der Zweckverband 4IT hat die Trägerschaft an der Komm.ONE AöR im Interesse seiner Mitglieder auszuüben, insbesondere die Geschäftsführung des Vorstandes zu überwachen, über grundlegende Angelegenheiten der Komm.ONE AöR zu beschließen, deren Ausführung und Aufgabenerfüllung zu überwachen, die Verwendung des in der Komm.ONE AöR als Stammkapital eingebrachte Vermögen zu kontrollieren und die Vertreter des Zweckverbandes 4IT in den Verwaltungsrat der Komm.ONE AöR zu bestellen.

Der Zweckverband verfügt über kein Stammkapital. Der Finanzbedarf des Zweckverbandes wird, soweit er nicht durch Beiträge Dritter, sonstige Erträge und Einzahlungen oder Darlehen gedeckt wird, durch Umlagen finanziert. Die Umlagen werden auf die Zweckverbandsmitglieder entsprechend ihrer durchschnittlichen Stimmzahl nach § 5 der Satzung des Zweckverbandes 4 IT der letzten drei Jahre vor der Umlage umgelegt.

14.2.2 Beteiligungsverhältnisse

Mitglieder des Zweckverbandes:

Die 1140 Mitglieder des Zweckverbandes 4IT sind Städte, Gemeinden, Landkreise und weitere Körperschaften des öffentlichen Rechts und sonstige Mitglieder.

Die Mitglieder des Zweckverbandvorsitzes und des Verwaltungsrates des Zweckverbandes setzen sich im Einzelnen bis zum 31.12.2024 wie folgt zusammen:

Organ	Funktion	Name des Mitglieds
Vorsitzende des Zweckverbandes und des Verwaltungsrats	Verbandsvorsitz	Landrat Stefan Dallinger, Rhein-Neckar-Kreis
	1. Stellvertretung	Landrat Roland Bernhardt, Landkreis Böblingen
	2. Stellvertretung	BM Dr. Albert Käuflein, Stadt Karlsruhe
	3. Stellvertretung	Landrat Dr. Ulrich Fiedler, Landkreis Reutlingen



14.2.3 Beteiligungen des Unternehmens

Der Zweckverband 4 IT ist mit 88 % an der Komm.ONE AöR beteiligt. Diese Beteiligung wurde wie folgt von den vormaligen Zweckverbänden KDRS 22 %, KIRU 22 % und KIVBF 44 % eingebracht.

Die Komm.ONE ist an folgenden Unternehmen beteiligt:

Beteiligungen	Anteil am Stammkapital	Anteil
civillent GmbH (Sitz in Reutlingen)	1.000.000,00 €	100 %
DZ Datenzentrale Entwicklungs- und Vertriebsgesellschaft (EVG), Sitz in Stuttgart	460.162,69 €	100 %
endica GmbH, Sitz in Karlsruhe	430.000,00 €	86 %

V. Mitgliedschaften in Zweckverbänden

1. Zweckverband Strohgäubahn



1.1 Allgemeine Angaben

Anschrift	Hindenburgstr. 40 71638 Ludwigsburg
Rechtsform	Zweckverband
Gründungsdatum	06.03.2010

1.2 Rechtliche Verhältnisse

1.2.1 Gegenstand des Unternehmens

Der Zweckverband nimmt folgende Aufgaben im Verkehrsraum der Strohgäubahn im öffentlichen Personennahverkehr wahr:

- Die Modernisierung der Schienenstrecke zwischen Korntal-Münchingen und Heimerdingen zum Zwecke der Erbringung von Beförderungsleistungen nach dem Landeseisenbahngesetz inklusive der Errichtung der sonstigen betriebsnotwendigen Anlagen.
- Die Bereitstellung der für die Durchführung des Betriebs erforderlichen Fahrzeuge.
- Die Unterhaltung der Schienenstrecke zwischen Korntal-Münchingen und Heimerdingen zum Zwecke der Erbringung von Beförderungsleistungen nach dem Landeseisenbahngesetz sowie die Unterhaltung der sonstigen betriebsnotwendigen Anlagen.
- Die Verpachtung und Vermietung der Schienenstrecke, der betriebsnotwendigen Anlagen und der Fahrzeuge an einen Infrastruktur- und Verkehrsunternehmer. Anstelle einer Verpachtung/Vermietung der Eisenbahninfrastruktur kann der Zweckverband auch als Eisenbahninfrastrukturunternehmen tätig werden.
- Die Festlegung des Bedienungs- und Qualitätsstandards der Schienenstrecke und die Erbringung der Verkehrsleistung der Strohgäubahn zwischen Korntal und Heimerdingen.

1.2.2 Verbandsmitglieder/ Beteiligungsverhältnisse

Mitglieder	Anteil
Landkreis Ludwigsburg	50,00 %
Große Kreisstadt Ditzingen	5,55 %
Stadt Korntal-Münchingen	16,80 %
Gemeinde Schwieberdingen	12,55 %
Gemeinde Hemmingen	15,10 %



1.2.3 Beteiligungen des Unternehmens

Der Zweckverband Strohgäubahn ist an keinen Unternehmen beteiligt.

1.2.4 Besetzung der Organe, sowie Gesamtbezüge der Geschäftsführung und des Aufsichtsrats

Organ	Funktion	Name des Mitglieds
Verbandsvorsitz	Vorsitz	Landrat Dietmar Allgaier
	Stellv. Vorsitz	BM Thomas Schäfer
Geschäftsführung	Geschäftsführer	Axel Meier
	Stellv. Geschäftsführer	Jürgen Vogt
Verbandsversammlung bis 30.06.2024	Landkreis Ludwigsburg	Landrat Dietmar Allgaier
	Vertretung des Kreistags	
	Freie Wähler	Eberhard Weigele
		Werner Nafz
		Klaus Warthon
	CDU	Martin Hönes
		Dr. Klaus Müller
		Sven Waldenmaier
	Grüne	Doris Renninger
		Fabian Obenland
		Harald Wagner
	SPD	Egon Beck
		Erika Pudleiner
FDP	Dr. Horst Ludewig	
Verbandsversammlung ab 01.07.2024	Landkreis Ludwigsburg	Landrat Dietmar Allgaier
	Vertretung des Kreistags	
	Freie Wähler	Klaus Warthon
		Karl-Heinz Balzer
		Michael Ilk
	CDU	Ulrich Bahmer
		Jochen Biesinger
		Martin Hönes
	Grüne	Fabian Obenland
		Doris Renninger
	SPD	Egon Beck
		Dr. Herbert Hoffmann
	AfD	Ralph Flöter
FDP	Viola Noack	
Verwaltungsrat	Landkreis Ludwigsburg	Landrat Dietmar Allgaier
	Große Kreisstadt Ditzingen	OB Michael Makurath
	Stadt Korntal-Münchingen	BM Alexander Noak
	Gemeinde Schwieberdingen	BM Stefan Benker
	Gemeinde Hemmingen	BM Thomas Schäfer



Gesamtbezüge der Mitglieder der Geschäftsführung:

Die Gesellschaft macht bezüglich der Bezüge der Geschäftsführung von den Befreiungsvorschriften nach § 286 Abs. 4 HGB Gebrauch.

1.2.5 Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks des Unternehmens

Der Zweckverband hat im Jahr 2024 den überwiegenden Teil seiner sich selbst gesteckten Ziele erfüllt. Die Anschaffung von neuen Triebwagen, der Neubau der Betriebswerkstatt in Korntal und die Modernisierung der Schienenstrecke zwischen Korntal und Hemmingen sind weitestgehend abgeschlossen. Die neue Leit- und Sicherungstechnik wurde in Betrieb genommen. Es fehlen noch die Modernisierung der Bahnhöfe Heimerdingen und Korntal. Seit dem 01.01.2020 nimmt der Zweckverband Strohgäubahn die Eigenschaft als Eisenbahninfrastrukturunternehmen (EIU) wahr.

1.2.6 Grundzüge des Geschäftsverlaufs und Lage des Unternehmens

Geschäftsentwicklung:

Nach Übernahme der zwei zusätzlichen RegioShuttles erfolgten im Jahr 2024 die Zahlungen für die Umrüstungen der Fahrzeuge. Die Fahrzeuge werden erst im Sommer 2025 zugelassen und werden daher im Anlagevermögen als „Anlage im Bau“ geführt. Für ein Grundstücksstreifen im Bahnhof Korntal fielen noch Kosten für die Vermessung und für die Werkstatt noch Nacharbeiten an der Sanierung des Flachdaches. Im Jahr 2024 wurden weitere Fördermittel für bereits umgesetzte Maßnahmen des GVFG-Projektes ausgezahlt.

Entlang der Strecke konnten an verschiedenen Stellen Instandhaltungen an der Infrastruktur umgesetzt werden. Diese Maßnahmen unterstütze das Land mit Mitteln aus dem Landeseisenbahnfinanzierungsgesetz (LEFG). Die Eigenmittel sind in den Ausgaben in der GuV dargestellt.

Vermögenslage:

Im Laufe des Jahres 2024 wurden folgende Investitionen getätigt:

Investitionen	Angaben
Anzahlungen auf technische Anlagen	887.918,70 €
Geschäfts-, Betriebs- und andere Bauten	37.432,80 €
Grundstücke Grund und Boden	3.321,43 €
Infrastruktur	-112.438,40 €
Gesamt	816.234,40 €

Die Werte des Anlagevermögens sind in der Bilanz und im Anlagespiegel enthalten.

Finanzlage:

Insgesamt wurden für die Ausgaben der Strohgäubahn langfristige Kredite in Höhe von 26,399 Mio. € aufgenommen. Die Kreditsumme bei der L-Bank BW beträgt 9,450 Mio. €, bei der KfW-Bank 11,949 Mio. € und bei der Commerzbank 5,0 Mio. €. Nach Abzug der in den Vorjahren gezahlten Tilgungen beträgt die Schuldenhöhe der langfristigen Kredite zum Jahresende 2024 17,777 Mio. €. Im Jahr 2024 wurden von der KfW-Bank Kreditbeträge in Höhe von 3,0 Mio. € ausgezahlt. Im Jahr 2024 wurden Tilgungen für Kredite in Höhe von 1.272.180,00 € gezahlt. Erstmals haben wir im Jahr 2016 bei der Kreissparkasse Ludwigsburg einen kurzfristiger Roll-Over-Kredit mit einer Laufzeit von 6 Monaten abgeschlossen. Dieser Kredit wird halbjährlich mit neuen Konditionen verlängert. Die Kredithöhe beträgt zum Jahresende 2024 2,0 Mio. € und der Zinssatz entspricht 2,856 %.



Ertragslage:

Gegenüber dem vorgesehenen Planansatz von 4.698.135,00 € ist eine höhere Höhe der Verbandsumlage in Höhe von 4.742.424,60 € erforderlich. Die Differenz von 44.289,71 € wird mit den Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern verrechnet.

Umsätze:

Die Umsätze in Höhe von 2.794.799,80 € bestehen aus der Vermietung unserer Anlagen (1.214.410,80 €) und für die Benutzung unserer Trassen (1.580.224,00 €). Diese Umsätze werden in der Position „Leistungsvergütung Verkehrsvertrag“ gegengerechnet.

Erträge:

Die Erträge bestehen aus der Verbandsumlage (4.742.424,64 €) und den „sonstigen Erträgen“. Die „sonstigen Erträge“ sind die Zuschüsse vom Land für LEFG-Maßnahmen (500.992,00 €), die Zuschüsse für das Deutschlandticket (180.897,96 €), Rückzahlungen zum Schienenkartell (117.674,43 €) und die periodenfremden Erträge (27.542,00 €).

Aufwendungen:

Gegenüber dem vorgesehenen Planansatz werden zum Jahresabschluss 2024 folgende Abweichungen festgestellt. Aufgeführt sind alle Positionen, bei denen der Feststellungswert gegenüber dem Planansatzwert um mehr als 1.000 € abweicht.

Höhere Aufwendungen sind bei folgenden Positionen entstanden:

-	Instandhaltung Infrastruktur	+	896.528,33 €
-	Instandhaltung Fahrzeuge	+	396.235,38 €
-	Zinsaufwendungen,	+	109.366,84 €
-	Verwaltungs- und Sachkostenerstattung	+	27.811,22 €
-	Periodenfremde Aufwendungen	+	26.882,93 €
-	Aufwendungen für Betriebsanlagen	+	3.523,73 €
-	Wartungskosten für Hard- und Software	+	3.660,71 €

Geringere Aufwendungen sind bei folgenden Positionen entstanden:

-	Abschreibungen, gesamt	-	342.581,73 €
-	Leistungsvergütungen mit der WEG, gesamt	-	221.157,72 €
-	Reparatur von Bauten	-	15.000,00 €
-	Rechtanwalt- und Beratungskosten	-	11.020,70 €
-	Abschluss- und Prüfungskosten	-	6.832,50 €
-	Sonstige betriebliche Bedarf	-	4.000,00 €
-	Werbekosten und Öffentlichkeitsarbeit	-	3.805,10 €
-	Sonstige betriebliche Aufwendungen	-	2.000,00 €
-	Gas, Wasser, Strom	-	3.122,25 €
-	Grundstückaufwendungen	-	5.000,00 €



1.2.7 Kapitalzuführungen und -entnahmen

Im Geschäftsjahr 2024 gab es keine Kapitalzuführungen und -entnahmen durch den Landkreis Ludwigsburg.

Die Betriebskostenumlage des Landkreises Ludwigsburg an den Zweckverband Strohgäubahn betrug im Geschäftsjahr 2024 2.371.212,30 € (Vorjahr: 2.321.479,35 €)

1.2.8 Anzahl der Beschäftigten

Zum Stichtag 31.12.2024 hatte der Zweckverband Strohgäubahn keine eigenen Mitarbeiter.

Das eingesetzte Personal besteht aus Ehrenbeamten und zwei vom Landkreis Ludwigsburg abgeordneten Mitarbeitern.



2. Zweckverband Kreisbreitband Ludwigsburg



2.1 Allgemeine Angaben

Anschrift	Hindenburgstr. 30/1 71638 Ludwigsburg
Rechtsform	Zweckverband
Gründungsdatum	09.02.2019

2.2 Rechtliche Verhältnisse

2.2.1 Gegenstand des Unternehmens

Der Zweckverband nimmt folgende Aufgaben für die Mitgliedskommunen im Bereich des Breitbandausbaus wahr:

- a. Übergeordnete Koordination, Planung, Beratung und Begleitung der Verbandsmitglieder bei der Umsetzung von Maßnahmen zur Verbesserung der Breitbandversorgung, insbesondere im Zusammenhang mit der Errichtung von Telekommunikationsinfrastrukturen durch die Verbandsmitglieder nebst dazugehörigen Anlagen sowie bei beabsichtigter Zusammenarbeit oder Kooperation der Verbandsmitglieder mit Unternehmen der Privatwirtschaft mit (Wirtschaftlichkeitslückenförderung) oder ohne Gewährung von Zuwendungen,
- b. Bedarfsgerechte Errichtung und Bau bzw. Erwerb oder Veräußerung von Backbonetrassen zur Errichtung eines Backbonenetzes nebst Zuführungstrassen im Eigentum des Zweckverbandes einschließlich dazugehöriger Bauleitung, Bauüberwachung und Durchführung hierzu erforderlicher Ausschreibungen und sonstiger Maßnahmen. Bedarfsgerecht in diesem Sinne ist die Errichtung insbesondere dann, wenn keine parallelen Infrastrukturen Dritter zur Nutzung als Backbonetrasse oder Backbonenetz vorhanden sind oder die Nutzung paralleler Infrastrukturen Dritter unter Berücksichtigung wirtschaftlicher Aspekte oder aus sonstigen Gründen nicht sinnvoll oder möglich ist. Dies schließt aber nicht aus, dass der Zweckverband in begründeten Einzelfällen zur Erfüllung seiner Aufgaben in Infrastrukturwettbewerb tritt,
- c. Netzbetreibersuche und Einräumung des Nutzungsrechtes an Unternehmen für das Backbonenetz und innerörtliche Telekommunikationsinfrastrukturen,
- d. Ausschreibung zur Gewährung von Zuwendungen an Netzbetreiber zur Sicherstellung der Versorgung mit den geforderten Telekommunikations- bzw. Breitbanddiensten unter Beachtung etwaiger förderrechtlicher Vorgaben wahlweise im eigenen Namen oder im Auftrag der betreffenden Verbandsmitglieder, auf deren Gemarkung die Versorgung mit Telekommunikations- bzw. Breitbanddiensten entsprechend verbessert werden soll und
- e. die Verwaltung der Telekommunikationsinfrastrukturen im Eigentum des Zweckverbandes (Backbonenetz) bzw. für die dem Zweckverband das Nutzungsrecht durch die Verbandsmitglieder oder durch Dritte eingeräumt wurde (z.B. Zuweisung von Pachteinnahmen, Abschluss von (An-)Pachtverträgen, Herausgabe von Dokumentationen etc.).



2.2.2 Beteiligungsverhältnisse

Bis auf die große Kreisstadt Bietigheim-Bissingen sind alle Städte und Gemeinden des Landkreises Ludwigsburg Mitglieder des Zweckverbands Kreisbreitband Ludwigsburg (KBL).

2.2.3 Beteiligungen des Unternehmens

Beteiligungen	Anteil am Stammkapital	Anteil
Gigabit Region Stuttgart GmbH (GRS GmbH)	7.143 €	14,3 %

Vertreter des Zweckverbandes in den Gremien der GRS GmbH sind:

Organ	Funktion	Name des Mitglieds
Aufsichtsrat	Mitglieder des Aufsichtsrats	OB Michael Makurath
		BM Thomas Schäfer
Gesellschafterversammlung	ZV-Vorsitz	Landrat Dietmar Allgaier

2.2.4 Besetzung der Organe, sowie Gesamtbezüge der Geschäftsführung und des Aufsichtsrats

Organ	Funktion	Name des Mitglieds
Verbandsvorsitz	Vorsitz	Landrat Dietmar Allgaier
	Stellv. Vorsitz	OB Michael Makurath
Geschäftsführung	Geschäftsführer	Viktor Kostic
Verwaltungsrat	Mitglieder des Verwaltungsrats	Landrat Dietmar Allgaier
		OB Michael Makurath
		OB Dr. Matthias Knecht
		BM Thomas Schäfer
		BM Torsten Bartzsch
		BM Alexander Fleig
		BM Ralf Zimmermann

Gesamtbezüge der Mitglieder der Geschäftsführung und des Aufsichtsrats:

Die Gesellschaft macht bezüglich der Bezüge der Geschäftsführung von den Befreiungsvorschriften nach § 286 Abs. 4 HGB gebrauch.

2.2.5 Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks des Unternehmens

Die Notwendigkeit für die Gründung des Zweckverband Kreisbreitband Ludwigsburg war darin begründet, eine bestmöglich abgestimmte, gemeinsame Planung sowie die Errichtung einer zusammenhängenden Telekommunikationsinfrastruktur im Landkreis Ludwigsburg zu koordinieren, umzusetzen und zu realisieren — wahlweise durch den Zweckverband (Backbone), durch die Verbandsmitglieder selbst (innerörtliche Netze) oder durch in Frage kommende Unternehmen der Privatwirtschaft. Bis 2025 sollen alle Industrie-, Dienstleistungsunternehmen und Gewerbebetriebe in der Region Zugang zu einem glasfaserbasierten und gigabitfähigen Internet haben.



Bis 2025 sollen 50 % und bis 2030 90 % der Haushalte in der Region Zugang zu einem glasfaserbasierten und gigabitfähigen Internet haben. Des Weiteren soll den Kommunen flächendeckend eine LoRaWAN-Infrastruktur zur Verfügung gestellt werden, um digitale Smart-City-Projekte realisieren zu können.

2.2.6 Grundzüge des Geschäftsverlaufs und Lage des Unternehmens

Geschäftsentwicklung

Im Landkreis Ludwigsburg standen zum Stichtag 31.12.2024 Versorgungsmöglichkeiten für insgesamt knapp 136.000 Haushalte und Gewerbetreibende zur Verfügung. Der prozentuale Anteil der versorgten Haushalte im Landkreis beträgt damit über 50,6 %. Kein anderer Landkreis in der Region Stuttgart hatte zu diesem Zeitpunkt mehr Glasfaseranschlüsse. Das Zwischenziel von 50 % wurde somit ein Jahr früher erreicht.

Die Mobilfunkversorgung mit dem neuesten Standard 5G liegt im Landkreis Ludwigsburg bei einem Spitzenwert von über 95 %.

Die geförderten Ausschreibungen („weiße Flecken“) wurden in zwei Staffeln aufgeteilt: Staffel I umfasst 9 Kommunen in 3 Clustern; die Projekte wurden schrittweise in den Ausbau überführt. Staffel II umfasst 24 Kommunen; der Zuschlag wurde für alle Cluster an die Deutsche Telekom GmbH erteilt. Der Ausbau erfolgt sukzessive in den Jahren 2026/2027. Nach Abschluss des Projekts wird es im Landkreis Ludwigsburg — mit Ausnahme von Bietigheim-Bissingen — keine Adresse mehr mit einer Versorgung unter 30 Mbit/s geben.

Die Stadtwerke Ludwigsburg-Kornwestheim haben Ausbauarbeiten in Ludwigsburg und Pattonville durchgeführt.

Die Deutsche Glasfaser plant, die Kommunen Hessigheim, Mundelsheim und Pleidelsheim nahezu vollständig auszubauen. Baustarts in Mundelsheim und Hessigheim sind für 2025 vorgesehen. Die Stadt Großbottwar ist bereits vollständig durch die Deutsche Glasfaser erschlossen worden.

Der neue Kooperationspartner UGG hat die Projekte der Gemeinden Erdmannhausen, Löchgau, Freudental und Marbach-Rielingshausen von der GVG Glasfaser übernommen und plant, den Ausbau 2025 zu starten.

Die LoRaWAN-Infrastruktur steht flächendeckend zur Verfügung. Für eine bedarfsgerechte Erweiterung bzw. Verdichtung der Infrastruktur wurden Mittel im Wirtschaftsplan eingestellt.

Vermögenslage

Die Bilanzsumme beträgt 589.875,11 €.

Das Vermögen des Zweckverbands besteht aus Sachanlagevermögen in Höhe von 41.857,00 €, der Beteiligung an der GRS GmbH in Höhe von 7.143,00 € sowie aus Guthaben bei Kreditinstituten in Höhe von 540.691,76 €.

Das Gesamtkapital besteht im Wesentlichen aus Eigenmitteln. Die Eigenkapitalquote - das heißt der Anteil des Eigenkapitals in Höhe von 558.394,27 € am Gesamtkapital von 589.875,11 € - beträgt 94,7 %. Die Fremdmittel setzen sich aus kurzfristigen Rückstellungen - insbesondere für ausstehende Rechnungen und die Erstellung des Jahresabschlusses - sowie aus Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen zusammen.

Es wurden weder Kredite für Investitionen noch Kassenkredite aufgenommen.

Ertragslage

Die jährlich bei den Zweckverbandsmitgliedern angeforderten Mittel, die am Ende des Wirtschaftsjahres nicht verbraucht wurden, sind in Abstimmung mit den Verbandsmitgliedern wahlweise an den Landkreis Ludwigsburg zurückzuerstatten oder für die Deckung künftiger Kosten zu verwenden.

Die im Wirtschaftsplan angesetzten Umlagen für laufende Aufwendungen sowie die Zuwendungen für die GRS GmbH wurden vom Landkreis Ludwigsburg in voller Höhe angefordert.

Im Wirtschaftsjahr 2024 wurden Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen erzielt. Es handelt sich um im Wirtschaftsjahr 2023 gebildete Rückstellungen für die Kassenprüfung 2023, die nicht vollständig in Anspruch genommen wurden.

Personalaufwand

Das Personal wird vom Landkreis Ludwigsburg unentgeltlich zur Verfügung gestellt. Weiteres Personal war im Jahr 2024 nicht erforderlich.

Sonstige betriebliche Aufwendungen

Die Umlage an die Gigabit Region Stuttgart GmbH (GRS), Stuttgart, wurde im Wirtschaftsplan in der vereinbarten und angeforderten Höhe erfasst.

Die Aufwendungen für Sachverständige und Beratungsleistungen fielen geringer aus als veranschlagt. Dies ist hauptsächlich darauf zurückzuführen, dass Mittel für Rechts- und Beratungskosten im Zusammenhang mit Ausschreibungsverfahren erst im Jahr 2025 zu erwarten sind; zudem konnten Aufwendungen teilweise durch Fördermittel abgedeckt werden.

Die angefallenen Kosten bestehen hauptsächlich aus Rechts- und Fördermittelberatung, umfassen Markterkundungsverfahren des Beratungsbüros GeoData GmbH sowie die Rechtsberatung durch die Kanzlei Muth & Partner. Hinzu kommen die steuerliche Beratung sowie die Kosten für die laufende Buchhaltung und die Erstellung des Jahresabschlusses durch die KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft.

Weitere angefallene Kosten beziehen sich im Wesentlichen auf diverse Bürokosten.

2.2.7 Anzahl der Beschäftigten

Zum Stichtag 31.12.2024 hatte der Zweckverband Kreisbreitband keine eigenen Mitarbeiter. Drei Mitarbeiter des Landkreises sind zum Zweckverband abgeordnet.



3. Zweckverband Stadtbahn im Landkreis Ludwigsburg



3.1 Allgemeine Angaben

Anschrift	Hoferstraße 9A 71636 Ludwigsburg
Rechtsform	Zweckverband
Gründungsdatum	16.01.2021

3.2 Rechtliche Verhältnisse

3.2.1 Gegenstand des Unternehmens

Der Zweckverband hat die Aufgabe, die Stadtbahn LUCIE im Landkreis Ludwigsburg zu planen, zu bauen und zu betreiben. Der Zweckverband ist in diesem Umfang Aufgabenträger gemäß §§ 5 und 6 ÖPNVG BW. Ferner hat der Zweckverband die Aufgabe, Fördermittel vorrangig des Bundes und des Landes Baden-Württemberg, insbesondere solche nach den Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzen und dem Gesetz über Planung, Organisation und Gestaltung des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNVG BW) in den jeweils geltenden Fassungen zu beantragen und zu vereinnahmen.

Der Zweckverband kann sich bei der Erfüllung seiner Aufgaben Dritter bedienen und schließt im Rahmen seiner Aufgaben die entsprechenden Verträge. Er kann alle Maßnahmen ergreifen, die zur Durchführung seiner Aufgaben notwendig sind, sie fördern oder ergänzen.

3.2.2 Verbandsmitglieder/ Beteiligungsverhältnisse

Mitglieder	Anteil
Landkreis Ludwigsburg	50,000 %
Stadt Ludwigsburg	25,711 %
Markgröningen	8,931 %
Möglingen	4,537 %
Remseck a. N.	4,623 %
ZV Pattonville	2,979 %
Gemeinde Schwieberdingen	3,219 %

3.2.3 Beteiligungen des Unternehmens

Der Zweckverband Stadtbahn im Landkreis Ludwigsburg ist an keinem Unternehmen beteiligt.



3.2.4 Besetzung der Organe, sowie Gesamtbezüge der Geschäftsführung und des Aufsichtsrats

Aufgrund der am 09.06.2024 stattgefundenen Kommunalwahlen hat sich die Besetzung der Verbandsversammlung und des Verwaltungsrates geändert. Zur vereinfachten Darstellung wurde die Bezeichnung „Name des Mitglieds ‚alt‘“ bzw. „Name des Mitglieds ‚neu‘“ gewählt.

Organ	Funktion	Name des Mitglieds ‚alt‘	Name des Mitglieds ‚neu‘	
Verbandsvorsitz	Vorsitz	Landrat Dietmar Allgaier	Landrat Dietmar Allgaier	
	1. Stellvertretung	BM Rebecca Saile	BM Jens Hübner	
	2. Stellvertretung	OB Dr. Matthias Knecht	OB Dirk Schönberger	
Geschäftsführung	Geschäftsführer	Frank von Meißner bis 30.09.2024	Michael Ilk ab 01.10.2024	
Verbandsversammlung	Landkreis Ludwigsburg	Landrat Dietmar Allgaier	Landrat Dietmar Allgaier	
		Michael Ilk	Karl-Heinz Balzer	
		Klaus Warthon	Klaus Warthon	
		Karl-Heinz-Balzer	Jochen Biesinger	
		Konrad Epple	Martin Hönes	
		Robert Feil	Edda Bühler	
		Jürgen Walter	Matthias Häcker	
		Brigitte Muras	Stefanie Liepins	
		Ingrid Farian	Ralph Flöter	
		Ender Engin	Jochen Eisele	
	Stadt Ludwigsburg	OB Dr. Matthias Knecht	OB Dr. Matthias Knecht	
		Dr. Christine Knoß	Dr. Christine Knoß	
		Klaus Hermann	Klaus Hermann	
		Jochen Zeltwanger	Jochen Zeltwanger	
		Margit Liepins	Nathanael Maier	
		Jochen Eisele	Rainer Ziemann	
	Stadt Markgröningen	BM Jens Hübner	BM Jens Hübner	
	Stadt Remseck a. N.	OB Dirk Schönberger	OB Dirk Schönberger	
	Möglingen	BM Rebecca Saile	BM Rebecca Saile	
	Schwieberdingen	BM Stefan Benker	BM Stefan Benker	
	ZV Pattonville	OB Nico Lauxmann	OB Nico Lauxmann	
	Verwaltungsrat	Vorsitz	Landrat Dietmar Allgaier	Landrat Dietmar Allgaier
		Mitglieder	OB Dr. Matthias Knecht	OB Dr. Matthias Knecht
BM Jens Hübner			BM Jens Hübner	
BM Rebecca Saile			BM Rebecca Saile	
OB Dirk Schönberger			OB Dirk Schönberger	
BM Stefan Benker			BM Stefan Benker	
OB Nico Lauxmann			OB Nico Lauxmann	

Gesamtbezüge der Mitglieder der Geschäftsführung und des Aufsichtsrats:

Die Gesellschaft macht bezüglich der Bezüge der Geschäftsführung von den Befreiungsvorschriften nach § 286 Abs. 4 HGB gebrauch.



3.2.5 Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks des Unternehmens

LUCIE ist das derzeit größte Infrastrukturprojekt im Landkreis Ludwigsburg, das in mehreren Ausbaustufen geplant und realisiert werden soll. Die Vorplanung und die Kostenschätzung für die Ausbaustufe 1 (der sogenannte Vorlaufbetrieb von Markgröningen bis Ludwigsburg) sind vollständig ausgearbeitet. Wenn alle genehmigungsrelevanten Unterlagen vorliegen – das wird voraussichtlich bis zum Frühjahr 2026 der Fall sein – kann das Planfeststellungsverfahren für den Vorlaufbetrieb eingeleitet werden. Bis zum Ende des Jahres 2031, mit dem Wechsel auf den Winterfahrplan, soll LUCIE auf der reaktivierten Strecke Markgröningen – Ludwigsburg in Betrieb genommen werden. Parallel arbeitet das Team an den Planungen der Ausbaustufe 2 (Ludwigsburg - Pattonville & Oßweil-Süd und Markgröningen – Schwieberdingen). Die Entscheidung über den Bau der Ausbaustufe 3 (vom Ludwigsburger Bahnhof durch die Innenstadt nach Schlösslesfeld) soll zu einem späteren Zeitpunkt getroffen werden.

3.2.6 Grundzüge des Geschäftsverlaufs und Lage des Unternehmens

Geschäftsentwicklung

Ende 2024 konnte der Zweckverband ein Beteiligungskonzept an die Agentur DIALOG BASIS vergeben und trägt somit dem § 25 Abs. 3 LVwVfG (Verwaltungsverfahrensgesetz für Baden-Württemberg) Rechnung. Unabhängig von dieser Verwaltungsvorschrift ist der Zweckverband der Überzeugung, dass durch eine frühzeitige Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger, der Mandatsträger und der örtlichen Akteure bei wesentlichen Planungsschritten sowie durch eine transparente, fortlaufende Öffentlichkeitsarbeit die erforderliche Akzeptanz und daraus resultierend ein möglichst breiter Konsens für die Planungen und die Umsetzung unerlässlich ist.

Stand Planung Los 1: Die Konzeption der Leit- und Sicherungstechnik wurde durchgeführt. Die Konzeption der Fahrleitungsplanung sowie der Fahrstromversorgung mit Standortfindung erforderlicher Unterwerke wurde ebenfalls fertiggestellt.

Der Pachtvertrag mit der Deutschen Bahn für den Streckenabschnitt zwischen dem Bahnhof Markgröningen und dem Einfahrtsignal in den Bahnhof Ludwigsburg im Bereich der August-Bebel-Straße wurde abgeschlossen. Laufzeitbeginn ist am 1. Januar 2026, der Vertrag läuft auf unbestimmte Zeit. Er kann frühestens auf den 31.12.2053 gekündigt werden und beinhaltet ein Sonderkündigungsrecht für den Fall, dass die Bahn nicht gebaut wird.

Stand Planung Los 2: Die Planungen der Planungsgemeinschaft werden aus Kapazitätsgründen sukzessive eingereicht und dem Prüflauf zugeführt. Im Anschluss an eine Überarbeitung und Korrektur der Unterlagen erfolgt der Prüflauf der Stadt Ludwigsburg sowie die Konzeption der Fahrleitungs- und Fahrstromversorgung und der Leit- und Sicherungstechnik.

Stand der Vergabe zu „Schall- und Erschütterungsgutachter“: Das Ingenieurbüro Krebs & Kiefer wurde als Schall- und Erschütterungsgutachter beauftragt. In einem ersten Schritt soll eine Abschätzung von Schallemissionen auf der Markgröninger Bahn erfolgen. Hieran anschließend erfolgen auch schalltechnische Ersteinschätzungen für die Stadtbahnstrecken Los 2.

Stand der Vergabe zu Umweltgutachter: Das Vergabeverfahren für die Umweltverträglichkeitsprüfung wurde angestoßen. Die Bietergespräche fanden Ende 2024 statt.

Stand der Vergabe zu Projektsteuerung: Das Vergabeverfahren für die Projektsteuerung wurde Ende 2024 angestoßen.



Vermögenslage

Im Laufe des Jahres 2024 wurden Investitionen in Planungs- und Gutachterleistungen getätigt. Die für das Geschäftsjahr gezahlte Eigenvermögensumlage in Höhe von 4.020.000 € wurde allerdings nicht vollständig benötigt. Der nicht benötigte Anteil von 2.687.194,25 € wird den Mitgliedern im Verhältnis ihrer Anteile zurückerstattet.

Finanzlage

Es wurden im Jahr 2024 keine Darlehen aufgenommen.

Die liquiden Mittel betragen zum Bilanzstichtag 4.384.04,24 €. Aufgrund der Finanzierung der Investitionen, Verbindlichkeiten und der Rückstellungen mit den Umlagen der Mitglieder beträgt der Liquiditätsgrad 100 %. Das bedeutet, dass die Investitionen, Verbindlichkeiten und Rückstellungen im Geschäftsjahr über die Betriebskostenumlage, die Eigenvermögensumlage und den Bankbestand des Zweckverbands finanziert und gedeckt waren.

Ertragslage

Zur Finanzierung der laufenden Betriebs- und Planungskosten wurden im Wirtschaftsjahr 2024 2.048.248,51 € benötigt.

Im Jahr 2024 wurden von den Verbandsmitgliedern 2.219.400,00 € an Vorauszahlungen auf die Umlagen gezahlt.

Der verbleibende Restbetrag i. H. v. 171.151,49 € wird nach Feststellung des Jahresabschlusses an die Mitglieder im Verhältnis ihrer Beteiligung am Zweckverband ausbezahlt.

Umsätze

Im Jahr 2024 wurden keine Umsätze getätigt.

Erträge

Mit einer Gesamtsumme der Erträge von 2.084.525,17 € wurden im Erfolgsplan weniger Mittel benötigt, als im Wirtschaftsplan 2024 veranschlagt. Die Erträge bestehen aus der Betriebskostenumlage der Mitglieder in Höhe von 2.048.248,51 € der Auflösung einer Rückstellung in Höhe von 1.930,04 € sowie der Auflösung des Sonderpostens mit Rücklageanteil und anderer Sonderposten in Höhe von 34.346,62 €.

3.2.8 Anzahl der Beschäftigten

Zum Stichtag 31.12.2024 hatte der Zweckverband Stadtbahn im Landkreis Ludwigsburg zwölf eigene Mitarbeiter. Davon waren zwei Mitarbeiterinnen auf Minijob-Basis angestellt und ein Mitarbeiter Werkstudent.



4. Zweckverband Helene-Lange-Gymnasium Markgröningen

SCHULVERBAND
Helene-Lange-Gymnasium Markgröningen
Horizonte weiten - Kreativität stärken - Gemeinschaft leben
Aufbaugymnasium in Ganztagesform



4.1 Allgemeine Angaben

Anschrift Hindenburgstraße 40
 71638 Ludwigsburg

Rechtsform Zweckverband

Gründungsdatum 24. Juni 1988

4.2 Rechtliche Verhältnisse

4.2.1 Gegenstand des Unternehmens

Nachdem der Ministerrat des Landes Baden-Württemberg am 24.06.1985 beschlossen hatte, das Staatliche Aufbaugymnasium mit Heim in Markgröningen aufzulösen bzw. in herkömmlicher Form nicht mehr weiterzuführen, haben der Landkreis Ludwigsburg und die Stadt Markgröningen den Schulverband Helene-Lange-Gymnasium gegründet, damit die Schule im Ganztagesbetrieb weitergeführt werden kann.

Verbandsmitglieder sind der Landkreis Ludwigsburg und die Stadt Markgröningen.

4.2.2 Beteiligungsverhältnisse

Der Zweckverband verfügt über kein Stammkapital.

4.2.3 Beteiligungen des Unternehmens

Der Zweckverband ist an keinen Unternehmen beteiligt.



4.2.4 Besetzung der Organe, sowie Gesamtbezüge der Geschäftsführung und des Aufsichtsrats

Aufgrund der am 09.06.2024 stattgefundenen Kommunalwahlen hat sich die Besetzung der Verbandsversammlung und des Verwaltungsrates geändert. Zur vereinfachten Darstellung wurde die Bezeichnung „Name des Mitglieds ‚alt‘“ bzw. „Name des Mitglieds ‚neu‘“ gewählt.

Organ	Funktion	Name des Mitglieds „alt“	Name des Mitglieds „neu“	
Verbandsvorsitz	Vorsitz	Landrat Dietmar Allgaier	Landrat Dietmar Allgaier	
	Stellv. Vorsitz	BM Jens Hübner	BM Jens Hübner	
Verbandsversammlung	Gesetzlicher Vertreter des Landkreis Ludwigsburg	Landrat Dietmar Allgaier	Landrat Dietmar Allgaier	
		BM Jens Hübner	BM Jens Hübner	
	Vertretung des Landkreises Ludwigsburg	Rainer Gessler	Rainer Gessler	
		Julian Göttlicher	Julian Göttlicher	
		Andreas Frisch	Dirk Schaible	
		Sibylle Gutjahr	Albrecht Pfeiffer	
		Claudia Häcker	Claudia Häcker	
		Klaus Herrmann	Klaus Herrmann	
		Michael Klumpp	Markus Kleemann	
		Martin Queißer	Martin Queißer	
		Florian Lutz	Karin Lakotta	
		Brigitte Muras	Matthjas Häcker	
		Dorothea Bechtle-Rüster	Dorothea Bechtle-Rüster	
		Werner Nafz	Christian Herbst	
		Susanne Schwarz-Zeeb	Rainer Götz Pflüger	
		Marianne Stellmacher	Sven Michael Curth	
		Veronika Wernstedt	Carmen Dötterer	
		Ingrid Farian	Nadja Schmidt	
		Vertretung der Stadt Markgröningen	Hans Bader	Hans Bader
			Matthias Reutter	Matthias Reutter
	Katja Drobac-Liebmann		Kurt Hengel	
	Maximilian Gessler		Markus Pfeiffer	
	Sabrina Wild-Zechmeister		Sabrina Wild-Zechmeister	
Claudia Thannheimer	Christina Enders			
Martin Krämer	Martin Krämer			

Gesamtbezüge der Mitglieder der Geschäftsführung und des Aufsichtsrats:

Die Gesellschaft macht bezüglich der Bezüge der Geschäftsführung von den Befreiungsvorschriften nach § 286 Abs. 4 HGB gebrauch.



4.2.5 Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks des Unternehmens

Der Schulverband ist Schulträger für das Helene-Lange-Gymnasium im Sinne von § 27 Abs. 1 des Schulgesetzes für Baden-Württemberg.

4.2.6 Grundzüge des Geschäftsverlaufs und Lage des Unternehmens

Im Haushaltsjahr 2024 wurden die Digitalisierung am Helene-Lange-Gymnasium weiter fortgesetzt sowie Maßnahmen im Bereich des laufenden Gebäudeunterhalts umgesetzt.

Soweit der Finanzbedarf des Verbands nicht durch sonstige Erträge und Einzahlungen gedeckt werden kann, wird er von den Verbandsmitgliedern durch Umlagen aufgebracht.

Der durch den Schulbetrieb verursachte Aufwand im Ergebnishaushalt (Betriebskostenumlage) und der Finanzbedarf für bewegliches Vermögen im Finanzhaushalt (Investitionsumlage Beschaffung) wird vom Landkreis Ludwigsburg mit einem Anteil von 68/100 und von der Stadt Markgröningen mit einem Anteil von 32/100 getragen.

Beim Schulverband waren 2024 als Betriebskostenumlage insgesamt 626.076,58 € und 176.000 € als Investitionsumlage „Beschaffung“ veranschlagt, in Summe 802.076,58 €.

Abgerechnet zum 31.12.2024 wurden eine Betriebskostenumlage über insgesamt 588.609,83 € und eine Investitionsumlage Beschaffungen in Höhe von insgesamt 96.995,85 €, in Summe 685.605,68 €.

4.2.7 Kapitalzuführungen und -entnahmen

Der Zweckverband verfügt über kein Stammkapital, daher erfolgen keine Kapitalzuführungen und -entnahmen durch den Landkreis Ludwigsburg.

4.2.8 Anzahl der Beschäftigten

Im Berichtsjahr betrug die durchschnittliche Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer:

	2024	2023
Mitarbeitende insgesamt	13	14
- davon Aushilfen, geringfügig Beschäftigte und Praktikanten	1	1

Mit Ausnahme des Hausmeisters handelt es sich bei den beiden Schulsekretärinnen sowie beim Küchen- und Reinigungspersonal um Teilzeitbeschäftigte.



VII. Weitere Gesellschaften / Beteiligungen

1. Stiftung Schullandheim Strümpfelbrunn



1.1 Allgemeine Angaben

Anschrift	Landheimweg 10 - 12 69429 Waldbrunn
Rechtsform	Rechtsfähige Stiftung des bürgerlichen Rechts
Gründungsdatum	30. April 1970

1.2 Rechtliche Verhältnisse

1.2.1 Gegenstand des Unternehmens

Zweck der Stiftung ist die Förderung der Bildung und Erziehung. Dieser wird insbesondere durch projektorientierte und fächerübergreifende Bildung im Bereich der Umwelterziehung, Naturwissenschaften, Technik, Gesundheitserziehung u.a., Bildung im Bereich Musik, interkulturelle Begegnungen, soziale und integrative Maßnahmen sowie sportliche Aktivitäten, verwirklicht. Die Stiftung betreibt und verwaltet ein Schullandheim in Waldbrunn-Strümpfelbrunn im Neckar-Odenwald-Kreis.

Die Stiftung verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke i.S. des Abschnitts „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung. Sie ist selbstlos tätig und verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke.

1.2.2 Beteiligungsverhältnisse

Das **Stammkapital** der Stiftung beträgt 81.806,70 €.

Stiftungsträger	Anteil am Stammkapital	Anteil
Landkreis Ludwigsburg	40.903,35 €	50 %
Kreissparkasse Ludwigsburg	40.903,35 €	50 %

1.2.3 Beteiligungen des Unternehmens

Die Stiftung Schullandheim Strümpfelbrunn ist an keinen Unternehmen beteiligt.



1.2.4 Besetzung der Organe, sowie Gesamtbezüge der Geschäftsführung und des Aufsichtsrats

Organ	Funktion	Name des Mitglieds
Stiftungsträger	Landkreis Ludwigsburg	
	Kreissparkasse Ludwigsburg	
Geschäftsführung	Geschäftsführung	Daniela Bräunling
	Stv. Geschäftsführung	Beatrice Theissen
Stiftungsvorstand	Vorsitz	Landrat Dietmar Allgaier
	Stv. Vorsitz	Direktor Thomas Raab (Kreissparkasse Ludwigsburg)
	Mitglieder des Kreistags des Landkreises Ludwigsburg	Julian Göttlicher***
		Marianne Stellmacher*
		Michael Meyle**
		Susanne Schwarz-Zeeb***
	Mitglieder des Verwaltungsrats der Kreissparkasse Ludwigsburg	Christian Herbst***
		Jürgen Kessing****
		Reinhold Noz****
		Hans Schmid****
		Gerd Maisch****
Mitglied der Schulverwaltung	Thomas Nitz****	
	Sabine Conrad	

(* = bis 19.07.2024; ** = ab 19.07.2024; *** = bis/ab 19.07.2024; **** = bis/ab 12.09.2024))

Gesamtbezüge der Mitglieder der Geschäftsführung und des Stiftungsvorstands:

Die Gesellschaft macht bezüglich der Bezüge der Geschäftsführung von den Befreiungsvorschriften nach § 286 Abs. 4 HGB gebrauch.

1.2.5 Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks des Unternehmens

Der Schullandheimaufenthalt soll hauptsächlich Schülerinnen und Schülern der öffentlichen Schulen aus dem Landkreis Ludwigsburg ermöglicht werden. Soweit der Belegungsplan dies zulässt, können im Schullandheim auch Schüler von Schulen außerhalb des Landkreises oder gemeinnützige Vereine in- und außerhalb des Landkreises Ludwigsburg untergebracht werden.

Das Schullandheim ist eine moderne Freizeit- und Tagesstätte. Es bietet Platz für rund 100 Personen und verfügt über 23 gut ausgestattete Vier- und Fünfbett-Zimmer für Schüler und Jugendliche.



1.2.6 Grundzüge des Geschäftsverlaufs und Lage des Unternehmens

Gemäß der Satzung der Stiftung hat sich der Vorstand eine Geschäftsordnung gegeben, die die Abläufe beim Zusammentreffen des Vorstands regelt, um Sachverhalte zu besprechen und zu entscheiden.

In der Satzung der Stiftung wird weiter festgelegt, dass der Vorstand für jedes Geschäftsjahr einen Haushaltsplan und für jedes abgelaufene Geschäftsjahr eine Jahresrechnung und einen Geschäftsbericht zu erstellen hat.

Der Vorstand der Stiftung hat bei der Vorstandssitzung am 17.12.2025 den Geschäftsbericht 2024 zur Kenntnis genommen und die Jahresrechnung 2024 für das Schullandheim Strümpfelbrunn genehmigt.

Bei Gesamtausgaben von 467.713,87 € (ohne Abschreibungen) zuzüglich einem Investitionsbedarf von 4.873,10 € (= Gesamtausgaben von 472.586,97 €) und Gesamteinnahmen von 218.902,59 € ergibt sich somit im Jahr 2024 ein Zuschussbedarf von 253.684,38 €.

Die Jahresrechnung 2024 wurde am 19.11.2025 vom Stabsbereich Prüfung und Kommunalaufsicht des Landratsamtes geprüft, am 17.12.2025 vom Stiftungsvorstand genehmigt und anschließend dem Regierungspräsidium Stuttgart vorgelegt.

1.2.7 Kapitalzuführungen und -entnahmen

Im Geschäftsjahr 2024 gab es keine Kapitalzuführungen und -entnahmen durch den Landkreis Ludwigsburg.

1.2.8 Anzahl der Beschäftigten

Informationen zu den durchschnittlichen Beschäftigten im Geschäftsjahr:

	2024	2023
Beschäftigte insgesamt	7	7

Bei der Ermittlung wurden die beschäftigten Arbeitnehmer/innen alle voll berücksichtigt (sog. Kopfzahl). So werden auch nur anteilig Beschäftigte (z.B. 50%-Stelle, geringfügig Beschäftigte oder Aushilfen) als „ganze“ Arbeitnehmer gerechnet.



2. Stiftung Burg Lichtenberg Oberstenfeld

2.1 Allgemeine Angaben

Anschrift	Großbottwarer Str. 20 71720 Oberstenfeld
Rechtsform	gemeinnützige kommunale Stiftung
Gründungsdatum	31.01.2019

2.2 Rechtliche Verhältnisse

2.2.1 Gegenstand des Unternehmens

Der Zweck der Stiftung ist die Förderung von Kunst und Kultur sowie des Denkmalschutzes und der Denkmalpflege. Die Stiftung verfügt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnitts „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung.

2.2.2 Beteiligungsverhältnisse

Das **Stammkapital** der Stiftung beträgt 475.000 €.

Gesellschafter	Anteil am Stammkapital	Anteil
Landkreis Ludwigsburg	300.000 €	63 %
Gemeinde Oberstenfeld	175.000 €	37 %

2.2.3 Beteiligungen des Unternehmens

Die Stiftung Burg Lichtenberg Oberstenfeld ist an keinen Unternehmen beteiligt.

2.2.4 Besetzung der Organe, sowie Gesamtbezüge der Geschäftsführung und des Aufsichtsrats

Organ	Funktion	Name
Vorstand	Vorstandsvorsitz	Edmund Hug (bis 08.03.2024) Irmgard Nesper (ab 21.03.2024)
	Technisches Vorstandsmitglied	Alois Braunmiller
	Kaufmännisches Vorstandsmitglied	Julia Rügler
Stiftungsrat	Landrat Landkreis Ludwigsburg	Dietmar Allgaier
	Gemeinde Oberstenfeld	BM Markus Kleemann
	Mitglied des Vorstands der Kreissparkasse Ludwigsburg	Thomas Geiger



Gesamtbezüge der Mitglieder der Geschäftsführung und des Aufsichtsrats:

Die Gesellschaft macht bezüglich der Bezüge der Geschäftsführung von den Befreiungsvorschriften nach § 286 Abs. 4 HGB Gebrauch.

2.2.5 Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks des Unternehmens

Der Landkreis Ludwigsburg fördert mit der Beteiligung an der Stiftung Burg Lichtenberg Kunst und Kultur sowie den Erhalt und die Pflege des Denkmals. Ein öffentlicher Zweck ist damit erfüllt.

2.2.6 Grundzüge des Geschäftsverlaufs und Lage des Unternehmens

Die Stiftung hat den Großteil des Stiftungskapitals in verschiedene Geldanlagen angelegt. Damit werden Erträge generiert. Über die Verwendung dieser Erträge entscheidet der Aufsichtsrat der Stiftung im Rahmen des jeweiligen Haushaltsplans.

Im Jahr 2022 wurden die Anlagen getätigt. Investitionen oder andere Verwendungen des Stiftungskapitals haben nicht stattgefunden.

Erträge und Ausschüttungen betragen im Jahr 2024 8.558,10 €. Die erzielten Überschüsse in Höhe von 1.947,53 € wurden der Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses zugeführt.

Bei der Geschäftsführung der Stiftung gibt es keine Auffälligkeiten.

2.2.7 Kapitalzuführungen und -entnahmen

Im Geschäftsjahr 2024 gab es keine Kapitalzuführungen und -entnahmen durch den Landkreis Ludwigsburg.

2.2.8 Anzahl der Beschäftigten

Die Stiftung verfügt über kein eigenes Personal.



3. Landschaftserhaltungsverband Landkreis Ludwigsburg e.V.



Landschaftserhaltungsverband
Landkreis Ludwigsburg e.V.

www.lev-ludwigsburg.de

3.1 Allgemeine Angaben

Anschrift	Hindenburgstraße 40 71638 Ludwigsburg
Rechtsform	Gemeinnütziger Verein
Gründungsdatum	01.12.2015

3.2 Rechtliche Verhältnisse

3.2.1 Gegenstand des Unternehmens

Zweck des Vereins ist die Förderung des Naturschutzes und der Landschaftspflege im Sinne des Bundesnaturschutzgesetzes und des Landesnaturschutzgesetzes Baden-Württemberg sowie des Umweltschutzes.

Dieser wird insbesondere verwirklicht durch:

1. Erhaltung, Pflege und Entwicklung der Kulturlandschaft in ihrer standorttypischen Ausprägung insbesondere die Entwicklung von Maßnahmen zum Erhalt und zur Pflege von Streuobstwiesen und zur Erhaltung von Trockenmauer-Steillagen,
2. Erhaltung reizvoller Landschaftsbilder in ihrer Vielfalt und ihrem Artenreichtum,
3. Offenhaltung der Kulturlandschaft und beratende Mitwirkung bei entsprechenden Flurerneuerungsverfahren,
4. Erhaltung und Pflege besonderer Biotop- und ökologisch wertvoller Flächen sowie die Pflege und Entwicklung von Biotopverbundsystemen und die Entwicklung von Biotopvernetzungs-konzepten,
5. Organisation und Pflegemaßnahmen in Schutzgebieten und anderen geförderten Gebieten sowie von Artenschutzmaßnahmen im Auftrag der Naturschutzverwaltung,
6. Beratung bei der Umsetzung von Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen nach Bundes- und Landesnaturschutzgesetz und der
7. Mitwirkung bei der Umsetzung des Europäischen Schutzgebietsnetzes Natura 2000, namentlich durch die Umsetzung von Managementplänen (MAP).



3.2.2 Vereinsmitglieder/ Beteiligungsverhältnisse

Der Landschaftserhaltungsverband verfügt über kein Stammkapital.

In der Satzung ist die drittelparitätische Vertretung

1. des Landkreises und der Gemeinden,
 2. der anerkannten Naturschutzvereinigungen und der höheren Naturschutzbehörde und
 3. der landwirtschaftlichen Berufsvertretung und der höheren Landwirtschaftsbehörde
- festgeschrieben.

Zu den Mitgliedern zählen aktuell 31 der insgesamt 39 Kommunen im Landkreis, mehrere Landwirtschafts- und Naturschutzverbände sowie Privatpersonen.

3.2.3 Beteiligungen des Unternehmens

Der Verein ist an keinen Unternehmen beteiligt.

3.2.4 Besetzung der Organe, sowie Gesamtbezüge der Geschäftsführung und des Aufsichtsrats

Organ	Funktion	Name
Vorstand	Vorsitz	Landrat Dietmar Allgaier
	Kommunen	BM Thomas Winterhalter (Stadt Steinheim an der Murr)
		BM Albrecht Dautel (Stadt Bönningheim)
	Höhere Naturschutzbehörde	Ulrike Möck (Regierungspräsidium Stuttgart)
	Anerkannte Naturschutzvereinigungen	Werner Brekle (Landesnatschutzverband e.V., LNV)
		Klaus Rüdener (Naturschutzverbund Deutschland e.V., NABU)
	Höhere Landwirtschaftsbehörde	Cornelia Kästle (Regierungspräsidium Stuttgart)
	Landwirtschaftliche Berufsvertretung	Eberhard Zucker (Bauernverband Heilbronn-Ludwigsburg e.V.)
Florian Petschl (Bauernverband Heilbronn-Ludwigsburg e.V.)		
Geschäftsstelle	Geschäftsführer	Andreas Fallert
	Stv- Geschäftsführerin	Charlotte Ritter
	Biotopverbund- Fachberaterin	Johanna Klebe
	Sekretariat	Sandra Obele



Mitglieder	Landkreis	Ludwigsburg
	Kommunen	Affalterbach
		Asperg
		Bietigheim-Bissingen
		Bönnigheim
		Ditzingen
		Eberdingen
		Erdmannhausen
		Erligheim
		Gemrigheim
		Gerlingen
		Großbottwar
		Hemmingen
		Hessigheim
		Ingersheim
		Kirchheim am Neckar
		Korntal-Münchingen
		Kornwestheim
		Ludwigsburg
		Marbach am Neckar
		Markgröningen
		Möglingen
		Murr
		Oberstenfeld
		Pleidelsheim
		Remseck am Neckar
		Sachsenheim
		Schwieberdingen
		Steinheim an der Murr
		Tamm
	Vaihingen an der Enz	
	Walheim	
	Vereine	Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V. Kreisverband Ludwigsburg
Bauernverband Heilbronn-Ludwigsburg e.V.		
Schwäbischer Albverein e.V.		
Stromberg-Gau		
Landesnaturschutzverband Baden-Württemberg e.V. (Arbeitskreis Ludwigsburg)		
Maschinenring Rems-Murr-Neckar-Enz e.V.		
NABU Kreisverband Ludwigsburg e.V.		
Jägervereinigung Ludwigsburg e.V.		
Kreisverband für Obstbau, Garten und Landschaft		
Fachwarte für Obst und Garten im Landkreis Ludwigsburg e.V.		
FOGE Forschungsgemeinschaft zur Erhaltung einheimischer Eulen e.V.		



		Kreisverband für Obstbau, Garten und Landschaft
		Landesfischereiverband Baden-Württemberg e.V.
	Privatpersonen	4 private Mitglieder

3.2.5 Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks des Unternehmens

Eine wesentliche Aufgabe des Landschaftserhaltungsverband (LEV) besteht in der Unterstützung von Land, Kreis und Kommunen, Interessenverbänden (u.a. Landwirtschafts-, Jagd- oder Naturschutzverbänden) sowie Privatpersonen bei der Umsetzung von Maßnahmen zum Erhalt von geschützten Biotopen, Lebensräumen, Habitaten und Arten, gemäß § 65 NatSchG. Im Rahmen ihrer Unterstützung beraten die Mitarbeiter/-innen des LEV auch die jeweiligen Fachbehörden bei der verwaltungsrechtlichen Umsetzung bzw. Förderung durch die Landschaftspflegerichtlinie (LPR). Dabei werden hierbei insbesondere Angebote über die (landesspezifischen) Förderungen der LPR hinaus geschaffen, die explizit nicht über die Landesförderprogramme (z.B. LPR, FAKT, Kronenpflegezuschuss im Streuobst, etc.) finanziert werden, für die aber ein erheblicher naturschutzfachlicher Bedarf besteht.

Durch die Zuschüsse des Landkreises an den LEV werden jährlich Maßnahmen für den Erhalt der in §65 NatSchG BW genannten Gegenstände umgesetzt, die ohne diese Zuschüsse nicht umgesetzt werden könnten und an vielen Stellen zum Verlust (Stichwort: Erhaltungsgebot und Verschlechterungsverbot gemäß FFH- und Vogelschutzrichtlinie) derselben führen würden.

Der LEV fördert zudem dem Wissenserhalt über die Bewirtschaftung und die Wertschätzung der biologischen Vielfalt in Streuobstwiesen durch Aktionen wie „Die Streuobstwiese - Das Klassenzimmer im Grünen, Streuobstpädagogik an Grundschulen“. Auch die dezentrale Sammlung von Schnittgut in Streuobstwiesen, die Beauftragung von Revitalisierungsschnitten in europarechtlich geschützten Streuobstwiesen und solchen in denen eine Streuobstkonzepktion vorliegt, außerdem das Projekt zum Erhalt gefährdeter Offenlandbrüter und die Sanierung von Trockenmauern in Schutzgebietskulissen, die durch Landschaftspflegeverträge bewirtschaftet werden, zählen zu den nennenswerten Aufgaben des LEV.

3.2.6 Grundzüge des Geschäftsverlauf und Lage des Unternehmens

Das Geschäftsjahr 2024 ist das neunte Arbeitsjahr des Landschaftserhaltungsverbandes (LEV) Landkreis Ludwigsburg.

Einen großen Anteil der Arbeit der LEV-Geschäftsstelle haben im Jahr 2024 die Fortführung von auslaufenden Verträgen nach den Landschaftspflegerichtlinien, die Umsetzung des Kreispflegeprogramms, die Natura2000-Umsetzung sowie die Vorbereitung und Umsetzung von dreizehn Biotopverbundplänen sowie die Umsetzung von diversen Biotopverbundmaßnahmen eingenommen. Weitere Schwerpunkte der LEV-Arbeit lagen in 2024 – neben der Planung und Umsetzung von Landschaftspflegemaßnahmen und der fachlichen Beratung von Mitgliedern und Landbewirtschaftern – wieder in der Umsetzung bzw. Weiterführung mehrerer Kooperationsprojekte im Bereich der satzungsgemäßen Aufgabenschwerpunkte „Entwicklung von Maßnahmen zum Erhalt und zur Pflege von Streuobstwiesen“ und „Erhaltung von Trockenmauersteillagen“.

Für die Umsetzung der einzelnen Projekte des LEV stand in 2024 erneut die Landkreisförderung zur Verfügung, die für 2024 um 10.000 € auf insgesamt 40.000 € (Vorjahr: 30.000 €) aufgestockt wurde. Diese konnte in 2024 nahezu vollständig (39.471,54 € = 98,68 %) für Maßnahmen und



Projekte eingesetzt werden. Zusätzlich zur Landkreisförderung konnten noch Förderungen der Stiftung Umwelt- und Naturschutz der Kreissparkasse Ludwigsburg (36.000 €) und dem Fachbereich Umwelt des Landratsamts Ludwigsburg (4.000 €) vereinnahmt werden, die für die Sanierung von Trockenmauern in Landschaftspflegegebieten eingesetzt wurden. Die Anteile der Projekte, welche nicht durch Förderungen und Zuschüsse des laufenden Jahres finanziert werden konnten, wurden durch Überträge aus dem Vorjahr, Mitgliedsbeiträgen und Spenden finanziert.

Die Gesamteinnahmen des LEV beliefen sich in 2024 auf 344.703,38 €, die sich insbesondere aus den Personalkostenzuschüssen (Land = 190.627,86 €, Landkreis = 33.657,13 €) und den Förder-/Zuschüssen (Dritter = 42.378,86 €, Landkreis = 43.471,54 €) ergeben. Die Gesamtausgaben, die der LEV für das Jahr 2024 verausgabte, beliefen sich auf 342.012,82 €, wovon der größere Anteil auf die Personalkosten (65,58 % = 224.284,99 €) als auf die Sachaufwendungen (34,42 % = 117.727,83 €) fiel.

Der LEV konnte somit für das Jahr 2024 einen Überschuss von 2.690,56 € erzielen.

3.2.7 Kapitalzuführungen und -entnahmen

Im Geschäftsjahr 2024 gab es keine Kapitalzuführungen und -entnahmen durch den Landkreis Ludwigsburg.

3.2.8 Anzahl der Beschäftigten

Die Geschäftsstelle ist mit vier Personen und 3,2 Stellenäquivalenten besetzt.

	2024	2023
Beschäftigte insgesamt	4	4
- davon Aushilfen, geringfügig Beschäftigte und Praktikanten	1	1

Bei der Ermittlung wurden die beschäftigten Arbeitnehmer/innen alle voll berücksichtigt (sog. Kopfzahl). So werden auch nur anteilig Beschäftigte (z.B. 50%-Stelle, geringfügig Beschäftigte oder Aushilfen) als „ganze“ Arbeitnehmer gerechnet.